

Studies on the History of Totalitarianism I
Uurimusi totalitarismi ajaloost I

Daniel R. Bonenkamp

Am Rad der Geschichte drehen.
Die Aktion „Verwüstung“ des MfS
gegen die Bundesrepublik Deutschland

Am Rad der Geschichte drehen.
Die Aktion „Verwüstung“ des MfS
gegen die Bundesrepublik

Am Rad der Geschichte drehen.
Die Aktion „Verwüstung“ des MfS
gegen die Bundesrepublik

Daniel R. Bonenkamp



UNIVERSITY OF TARTU

Press

1632

Studies on the History of Totalitarianism 1
Uurimusi totalitarismi ajaloost 1

Das Manuskript von Daniel R. Bonenkamp „Die Aktion Verwüstung und der Einfluss des Ministeriums für Staatssicherheit auf die deutsch-deutschen Beziehungen“ wurde im Jahre 2021 durch den Internationalen Nachwuchsforschungswettbewerb des Estnischen Instituts für Historisches Gedächtnis in der Kategorie unveröffentlichte Arbeiten ausgezeichnet.

Herausgegeben vom Estnischen Institut für Historisches Gedächtnis

Projektkoordination Olev Liivik
Lektorat Olaf Mertelsmann
Layout Kairi Kullasepp
Cover design Kalle Paalits

© Daniel R. Bonenkamp, 2022
Estnisches Institut für Historisches Gedächtnis (Eesti Mälu Instituut), 2022

ISSN 2806-1721
ISSN 2806-173X (pdf)
ISBN 978-9949-03-877-0
ISBN 978-9949-03-906-7 (pdf)

University of Tartu Press
www.tyk.ee

Vorwort

Die Coronapandemie und der Ukraine-Krieg zeigen aktuell mehr denn je auf, welche Rolle Desinformationen auch 30 Jahre nach Ende des Kalten Krieges immer noch spielen. Dabei gehörte die Streuung von falschen Informationen seit jeher zu den Tätigkeiten moderner Geheimdienste. So auch in der deutsch-deutschen Geschichte. Während das Passierscheinabkommen, der Häftlingsfreikauf oder der Grundlagenvertrag sinnbildlich für die vierzigjährige Teilung stehen und umfassend erforscht wurden, sind ostdeutsche Desinformationskampagnen kaum ins Blickfeld der historischen Aufarbeitung geraten. An diesem Punkt möchte die folgende Studie anknüpfen: Die Aktion „Verwüstung“ illustriert, wie sehr ostdeutsche Institutionen darum bemüht waren, auf die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik einzuwirken und so sprichwörtlich „am Rad der Geschichte zu drehen“.

Die vorliegende Untersuchung wurde im Februar 2020 als Qualifikationsarbeit an der Universität Münster angenommen. Dabei unterstützten mich zahlreiche Personen, von denen jedoch nur einige Erwähnung finden können: Zu nennen ist an dieser Stelle zuallererst mein Mentor und guter Freund Lukas Grawe, der das Manuskript nicht nur mehrfach in mühevoller Detailarbeit gegengelesen hat, sondern auch in zahlreichen Brainstormings bei der Konzeption unterstützte. Erwähnt werden sollten zudem meine Kommilitonen und gute Freunde Lukas Alex, Alex Lang, Niklas Lenhard-Schramm und Christian Froch, die die fertige Studie redigierten. Auch das Institut für Zeitgeschichte im Auswärtigen Amt und das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), namentlich Dieter H. Kollmer, haben meine Recherche nicht nur durch die Ermöglichung zahlreicher Archivbesuche unterstützt. Auch boten sie mir im Rahmen diverser Praktika die Rahmenbedingungen für das Verfassen dieser Studie. Zu guter Letzt möchte ich mich bei meiner Mutter bedanken, die mich bisher immer bedingungslos unterstützt hat, und bei meinem Onkel, der mich auf dieses spannende Thema aufmerksam machte.

Münster, im März 2022

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	11
Gegenstandsbereich und Fragestellung	11
Forschungsstand und Quellenlage	18
1 ‚Aktive Maßnahmen‘ und Desinformationskampagnen	28
1.1 Ausgangspunkt: Die ‚Westarbeit‘ des MfS	28
1.2 ‚Aktive Maßnahmen‘ und die Abteilung X der HV A	32
1.3 Die Abteilung Agitation des Ministeriums für Staatssicherheit	39
2 Die Aktion ‚Verwüstung‘	42
2.1 Die Planungsphase	42
2.2 Die Beschaffungs- und Aufbereitungsphase	49
2.3 Die Verteilungs- und Analysephase	54
2.2.1 Multiplikator: Ehrenfried Petras	54
2.3.2 Zwischenanalyse, Publikationen und Einstellung der Aktion	81
3 Die Bundesrepublik: Auswirkungen und Folgen	87
Schluss und Ausblick	100
Anhang	109
Quellenverzeichnis	110
Unveröffentlichte Quellen	110
Veröffentlichte Quellen	112
Zeitungen	112

Magazine	112
Literaturverzeichnis	113
Nachschlagewerke	124
Internetlinks	124

Abkürzungsverzeichnis:

Amt für Sicherheit der Bundeswehr	ASBw
Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaft	ARD ABBAW
Außerparlamentarischen Opposition	APO
Auswärtiges Amt	AA
Berliner Zeitung	BZ
Bezirksverwaltung für Staatssicherheit	BVfS
Bundesamt für Verfassungsschutz	BfV
Bundesarchiv	BArch
Ehemaliger Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR	BStU
Bundesgesetzblatt	BGBI
Bundeskriminalamt	BKA
Bundesministerium der Verteidigung	BMVg
Bundesministerium des Innern	BMI
Bundesministerium für Wirtschaft	BMWi
Bundesnachrichtendienst	BND
Central Intelligence Agency	CIA
Demokratischer Frauenbund Deutschlands	DFD
Deutsche Demokratische Republik	DDR
Deutsches Rundfunkarchiv	DRA
Freie Deutsche Jugend	FDJ
Hauptverwaltung A	HV A
Inoffizieller Mitarbeiter	IM
Institut für Wissenschaft und Politik	IPW
Komitee für Staatssicherheit (Komitet gosudarstvennoj bezopastnosti)	KGB
Kommunistische Partei Deutschlands	KPD
Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa	KSZE
Landesarchiv Schleswig-Holstein	LASH
Militärischer Abschirmdienst	MAD
Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten	MfAA
Ministerium für Staatssicherheit	MfS/Stasi
Nationale Volksarmee	NVA
Neues Deutschland	ND
North Atlantic Treaty Organization	NATO
Perspektiv-IM	PIM

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes	PA-AA
Reichsgesetzblatt	RGBI
Rundfunk im amerikanischen Sektor	RIAS
Rüstungskontrollamt	RKA
Sekretariat des Ministers	SdM
Sozialistische Einheitspartei Deutschlands	SED
Sozialistischer Deutscher Studentenbund	SDS
Sektor Wissenschaft und Technologie	SWT
Universitätsarchiv Greifswald	UAG
Universitätsarchiv Jena	UAJ
Westdeutscher Rundfunk	WDR
Westeuropäische Union	WEU
Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe	ZAIG
Zentralkomitee	ZK
Zweites Deutsches Fernsehen	ZDF

Einleitung

Gegenstandsbereich und Fragestellung

„Wie ich erfahren habe, soll das Interesse ausländischer, auch westlicher, Korrespondenten auf dieser Konferenz besonders groß gewesen sein.“¹

Mit diesen Worten informierte die Dienststelle Berlin die Zentrale des Auswärtigen Amtes in Bonn über eine aufsehenerregende Pressekonferenz vom 6. Dezember 1968 im Außenministerium der DDR. Dort war der Übersiedler Ehrenfried Petras mit weitreichenden Vorwürfen an die Öffentlichkeit gegangen: Die Bundesrepublik bereite für einen zukünftigen Krieg den Einsatz biologischer und chemischer Kampfmittel vor. Alle einschlägigen Arbeiten auf diesem Gebiet würden durch das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) für „militärisch-offensive Zwecke“² nutzbar gemacht. Als Laborleiter habe er – Petras – im Institut für Aerobiologie im sauerländischen Grafschaft Forschungen zur „Vorbereitung der B- und C- Kriegführung“³ durchgeführt, welches ausschließlich zu diesem Zwecke gegründet worden sei. Mit diesen Kampfmitteln bestehe die Möglichkeit, strategische und taktische Ziele zu erreichen, die „in ihrer Auswirkung auf das Gesamtkriegsgeschehen annähernd gleichbedeutend sind mit dem Einsatz von Kernwaffen“.⁴ Um sich nicht an einem erneuten „ungeheuerlichen Verbrechen am deutschen Volk und an der

¹ Dienststelle Berlin an AA, 6.12.1968, PA-AA, B 130, Bd. 1426A, unpaginiert.

² Erklärung Petras, 6.12.1968, BArch, MfS, HA VI, Nr. 16181, Bl. 186.

³ Ebd., Bl. 188.

⁴ Pressematerial des MfAA, 6.12.1968, BArch, MfS, HA VI, Nr. 16181, Bl. 206. Auch abgedruckt in BArch, BVfS Leipzig, Abt. KuSch 00477, Bl. 2-13. Die Wirkungskraft von B- und C- Waffen wurden auf bundesdeutscher Seite bereits zu Beginn der 1960er Jahre ausgiebig diskutiert. Siehe dazu den Bericht über die Planungsarbeiten auf dem Gebiet der ABC-Kriegführung, 6.8.1964, BArch, BH 2/1584, unpaginiert.

gesamten Menschheit“⁵ schuldig zu machen, habe er sich verpflichtet gefühlt, diese Informationen zu veröffentlichen. Um politisches Asyl zu erhalten, sei er in die DDR übergetreten, damit er seine „Kenntnisse und Ansichten hier und in dieser Form“⁶ darlegen könne.

Für die Bonner Regierung waren die Anschuldigungen durchaus brisant, da die Bundesrepublik und namentlich Bundeskanzler Adenauer sich 1954 zum Verzicht auf die Entwicklung und Herstellung von ABC-Waffen verpflichtet hatten.⁷ Neben der Reputation der noch jungen Bundesrepublik stellte die in Ost-Berlin abgehaltene Pressekonferenz daher auch die Vertrauenswürdigkeit Westdeutschlands als Verhandlungspartner in Frage, zumal nach den Verbrechen des Zweiten Weltkrieges jegliche Beschäftigung mit Massenvernichtungsmitteln von weitreichender Bedeutung war. Neben der Ost-West Konfrontation spielte die Angst vor einer erstarkten, militärisch gerüsteten Bundesrepublik zusätzlich noch immer eine wesentliche Rolle. Dies erklärt auch die Versuche des BMVg, die Anschuldigungen umgehend zu dementieren.⁸

Beim genaueren Hinsehen offenbaren Dokumente des Stasi-Unterlagen-Archivs im Bundesarchiv jedoch ein ambivalentes Bild. Weiterführende Aktenstudien entlarven die Pressekonferenz in Ost-Berlin als den Ausgangspunkt einer von langer Hand geplanten Desinformationskampagne mit dem Decknamen ‚Verwüstung‘.⁹ Diese sah vor, den ‚Klassenfeind‘ mit propagandistischen

⁵ Erklärung Petras, 6.12.1968, BArch, MfS, HA VI, Nr. 16181, Bl. 201. Sein Handeln rechtfertigte Petras ebenso in einem Brief an zahlreiche westliche Fachkollegen in einem ähnlichen Wortlaut. Für diese Korrespondenz siehe Petras an Regula, 15.11.1968, BArch, B 136/6892, unpaginiert. Für den Antrag auf politisches Asyl siehe den von Petras verfassten Lebenslauf in seinem Personalbogen der Ernst-Moritz-Arndt Universität Greifswald, 3.1.1969, UAG, PA Aspiranten Nr. 81, Ehrenfried Petras, unpaginiert. Das Bitten um politisches Asyl findet sich ebenso in seiner Kurzbiographie, BArch, MfS, ZAIG, Nr. 10628, Bl. 111.

⁶ Erklärung Petras, 6.12.1968, BArch, MfS, HA VI, Nr. 16181, Bl. 201.

⁷ Dem war bereits ein Anwendungsverbot im Genfer Protokoll von 1925 vorausgegangen, RGBl. 1929, Teil II, S. 173–178. Der Verzicht von 1954 ermöglichte der Bundesrepublik den Eintritt in die NATO. Siehe Bulletin, 11.12.1968, Nr. 159, S.1399; Europa-Archiv 1954, S. 7171–7181; sowie Europa-Archiv 1954, S. 7135–7139. Zudem *Thoß*, Beitritt, 1993; *Grewe*, Deutschlandvertrag, 1999.

⁸ Presseerklärung BMVg, 24.11.1968, BArch, BW 1/25350, Bl. 161; Erklärung des BMVg, 25.11.1968, PA-AA, B 130, Bd. 1426, unpaginiert; sowie den Entwurf des Bundespresseamtes (BPA), 6.12.1968, BArch, BW 1/25350, Bl. 132.

⁹ Wolf an Mielke, 22.10.1968, BArch, MfS, ZAIG, Nr. 10628, Bl. 7–11; HV A/X an Mielke, 19.4.1967, BArch, MfS, SdM, Nr. 1465, Bl. 125–129; sowie Verhandlungen zwischen MfS und KGB, 25.4.1967, BArch, MfS, SdM, Nr. 1465, Bl. 135–149.

Mitteln auf internationaler Bühne zu diskreditieren. Auf einer großangelegten Pressekonferenz wurde zu diesem Zweck ein vermeintlicher Kronzeuge präsentiert und behauptet, wie das ‚Dritte Reich‘ strebe auch die Bundesrepublik eine erneute europäische Grenzrevision an und intensiviere daher ihre Bemühungen, in die Verfügungsgewalt von Massenvernichtungswaffen zu gelangen. Das mediale Ereignis bildete den Beginn eines Propagandafeldzuges gegen die Bundesrepublik, der bis in die 1970er Jahre hinein andauerte.

Die von ostdeutscher Seite durchgeführten Desinformationskampagnen sind von der historischen Forschung bislang kaum untersucht worden. Daher möchte die vorliegende Studie an diesem Punkt anknüpfen und rückt die Aktion ‚Verwüstung‘ in den Mittelpunkt der Betrachtung. Ausgangspunkt für DDR-Propagandamaßnahmen bildete das Streben nach staatsrechtlicher Anerkennung, die ihr, aufgrund der westdeutschen Hallstein-Doktrin, bis zum Grundlagenvertrag 1972 verwehrt bleiben sollte.¹⁰ Um die eigene internationale Isolierung aufzubrechen und als eigenständiger Staat angesehen zu werden, konzentrierten sich außenpolitische Maßnahmen Ost-Berlins vermehrt darauf, den Einfluss der Bundesrepublik einzudämmen.¹¹ Als Verleumdungsaktion

¹⁰ Auf eine detaillierte Darstellung der innerdeutschen Beziehungen wird in der vorliegenden Studie verzichtet. Auswahl an Literatur: *Rödder*, Bundesrepublik, 2004, S. 35–43, S. 124–137 und S. 248; *Görtemaker*, Ursprünge, 1998, S. 44–58; *Kaiser*, Machtwechsel, 1997, S. 232–370; *Faulenbach/Jelich* (Hrsg.), Parallelgeschichte, 2005; *Kleßmann*, Ostpolitik, 2004, S. 15–26; *Mittler*, Mauer, 2012; *Pfeil* (Hrsg.), DDR, 2001; *Potthoff*, Bonn, 1997; *Niedhart*, Entspannung, 2014; sowie *Potthoff*, Mauer, 1999. Zur Hallstein-Doktrin: Die Bundesrepublik drohte mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu denjenigen Staaten, die Ost-Berlin staatsrechtlich anerkannten. Bundeskanzler Adenauer betrachtete dies als einen „unfreundlichen Akt“. Siehe dazu die Regierungserklärung des Bundeskanzlers Adenauer vor dem Deutschen Bundestag am 22.9.1955, S. 5643–5647. Zusätzlich *Kleßmann*, Ostpolitik, 2004, S. 17; *Booz*, Hallsteinzeit, 1995; *Potthoff*, Bonn, 1997; *Gray*, Germany’s Cold War, 2003; *Kilian*, Hallstein-Doktrin, 2001.

¹¹ *Scholz*, Active measures, 2010, S. 113. Die SED versprach sich dadurch einen innenpolitischen Stabilisierungseffekt des eigenen Regimes. Dadurch erklären sich auch die ostdeutschen Bestrebungen, die sowjetische Außenpolitik zu unterstützen und gleichzeitig die sogenannte Weltrevolution zu verbreiten. Auch die ab Mitte der 1960er Jahre eintretende Entspannungspolitik der Bonner Regierungen änderte an dieser Unternehmung zunächst nichts, bewertete die SED-Führung diese doch als „Aggression auf Filzlatzchen“. Das Politbüro der SED bestimmte jegliche Maßnahmen gegenüber der Bundesrepublik, weshalb auch der ministeriale Apparat in Form des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten nur bedingt politischen Einfluss ausüben konnte und kaum unabhängige Handlungskompetenzen besaß. Siehe *Potthoff*, Mauer, 1999, S. 11; sowie *Roth*, Bestandsaufnahme, 2013, S. 47–64. Zur SED-Deutschlandpolitik siehe *Amos*, SED-Deutschlandpolitik, 2015; *Maibaum*, Deutschlandpolitik, 1998; *Bauerkämper/Sabrow/Stöver*, Zeitgeschichte, 1998; *Staad*, Westpolitik, 1993; sowie *Engelmann/Erker*, Annäherung, 1993, S. 133–197.

stand die Kampagne der DDR in den 1960er Jahren demnach stellvertretend für ein beständiges Streben nach politischer Anerkennung und darauf aufbauend für ein entscheidendes Merkmal der ostdeutschen Außenpolitik und Sicherheitsarchitektur. Der Untersuchungsgegenstand konzentriert sich auf drei aufeinander aufbauende Fragestellungen: Unter welchen politischen und institutionellen Rahmenbedingungen führte das Ministerium für Staatssicherheit (MfS/Stasi) Desinformationskampagnen durch? Was lässt sich anhand der Aktion ‚Verwüstung‘ zu Ablauf, Struktur und Vorgehensweise einer Desinformationskampagne rekonstruieren? Und welche Auswirkungen hatte dies in der Bundesrepublik? Hieraus ergibt sich der Aufbau der vorliegenden Arbeit, die sich in drei inhaltliche Blöcke unterteilt:

1. Im ersten Kapitel richtet sich die Aufmerksamkeit zunächst auf zentrale Begriffe und wichtige Aspekte des historischen Kontextes, der bislang keineswegs hinreichend erforscht ist. Zu ‚aktiven Maßnahmen‘ und im Speziellen zu Desinformationskampagnen finden sich kaum zufriedenstellende Studien, die beispielsweise für einen Vergleich hätten herangezogen werden können. Um diesem Phänomen der ostdeutschen Geheimdiensttätigkeiten zu begegnen, gilt es zunächst auf die sogenannte Westarbeit des Ministeriums für Staatssicherheit einzugehen und diese Bezeichnung hinsichtlich der Fragestellung des Kapitels zu deuten. Welchen Auftrag führte die Behörde mit dieser Tätigkeit aus (Kapitel 1.1)? Und welche außenpolitische Rolle nahm sie darin ein? Diese Analyse dient vorrangig zwei Zielen: Zum einen soll ersichtlich werden, aus welchen Gründen die DDR überhaupt Desinformationskampagnen gegen den ‚Klassenfeind‘ initiierte. Hierbei wird sich zeigen, welche bedeutende Funktion die staatsrechtliche Isolation Ost-Berlins dabei einnahm. Zum anderen sollen in diesem Abschnitt konkrete Strategien und Methoden nachgezeichnet werden, mit denen das MfS versuchte, auf die innerdeutschen Beziehungen einzuwirken. Daran anschließend konzentriert sich das Kapitel auf den Begriff der ‚aktiven Maßnahmen‘ (Kapitel 1.2). Unter diesem Terminus firmierte der geheimdienstliche Versuch des MfS, in staatliche Angelegenheiten eines anderen Landes, zumeist der Bundesrepublik einzugreifen.¹² Dabei sollen auch die Verantwortungsbereiche der im MfS zuständigen Dienststellen benannt werden: die Abteilung X der ostdeutschen Auslandsaufklärung (Kapitel 1.2) sowie die Abteilung Agitation des MfS (Kapitel 1.3).¹³

¹² Johnson, *Actions*, 1989, S. 84f.; sowie Jakob, *Nachrichtendienste*, 1999, S. 137.

¹³ Aus formalen Gründen beschränkt sich die vorliegende Arbeit auf die Rolle des MfS, weshalb auf das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten nicht näher eingegangen wird.

2. Der nachfolgende Teil untersucht die Aktion ‚Verwüstung‘ und bildet daher den Kern der vorliegenden Arbeit. Um die Besonderheiten dieser Kampagne besser darzustellen, orientiert sich die Analyse am *intelligence cycle*.¹⁴ Anhand dieses geheimdienstlichen Organisationsprozesses sollen Informationen „gewonnen, gesammelt, übertragen, bewertet, analysiert und als ‚Erkenntnisse‘ (*finished intelligence*) an die Abnehmer in den entsprechenden politischen Entscheidungseinheiten übermittelt werden“.¹⁵ Die Forschung wertet den Begriff *intelligence* als eine besondere Form beschaffter sowie weitergegebener Informationen, die über eine bestimmte Sache beziehungsweise einen Tatbestand berichten.¹⁶ Steht hinter solchen Erkenntnissen eine gezielte Täuschung, handelt es sich um Desinformationen.¹⁷ Durch die neu aufgeworfenen Fragen und Aufklärungsziele kann sich dieser Prozess wiederholen, weshalb von einem Kreislauf oder auch Zyklus gesprochen wird. Als theoretisches Hilfsgerüst bietet sich dadurch die Möglichkeit, die Verleumdungsaktion strukturierter und somit ausführlicher aufzubereiten. Hauptaufgabe von *intelligence* ist es, dem entsprechenden Entscheidungsträger bei seiner Entscheidungsfindung zu unterstützen und dementsprechend als Kräftermultiplikator eines Staates zu dienen.¹⁸ Bei der Aktion ‚Verwüstung‘ handelte es

¹⁴ Diese Methode der Informationsgewinnung geht auf ein Konzept des amerikanischen Nachrichtendienstexperten Sherman Kent zurück, der dieses 1949 in der Frühphase des Kalten Krieges entwickelte. Siehe *Kent, Intelligence*, 1949. Die vorliegende Arbeit basiert auf der neueren Darlegung von *Jakob, Nachrichtendienste*, 1999, S. 55–115.

¹⁵ *Macartney, Intelligence*, 1988, S. 464–466; sowie *Jakob, Nachrichtendienste*, 1999, S. 53. Auch die CIA gliedert ihren Phasenprozess nach derselben Methode, *Jordan/Taylor, Policy*, 1990.

¹⁶ *Jakob, Nachrichtendienste*, 1999, S. 40–42. Bis heute streitet die Intelligence Community über eine einheitliche Definition. Siehe dazu *Bell, Feindaufklärung*, 2016, S. 27. Zum Begriff der ‚Information‘ siehe *Brendecke/Friedrich/Friedrich, Information*, 2008, S. 11–44, hier S. 16f. Zur unterschiedlichen Rolle von ‚intelligence‘ siehe *Herman, Intelligence*, 1996.

¹⁷ Für den Begriff der Desinformation verwendet Michael Hermann die NATO-Definition: „those measures designed to mislead the enemy by manipulation, distortion or falsification of evidence to induce him to react in a manner prejudicial to his interests.“ *Hermann, Intelligence*, 1996, S. 170. Zusätzlich zu der Definierungsschwierigkeit des Begriffs ‚intelligence‘ kommt im Deutschen die Problematik hinzu, das Wort angemessen zu übersetzen.

¹⁸ Gute und solide nachrichtendienstliche Arbeit sieht vor, die auftraggebende Regierung mit verlässlichen Informationen zu versorgen, auf deren Grundlage politische Entscheidungen getroffen werden können. Durch eigene Nachrichtendienste hat die Regierung anschließend die Möglichkeit Dinge zu tun, die sie der eigenen Öffentlichkeit nur schwer erklären kann. *Jackson, 2005*, S. 11–51, hier S. 12.

sich jedoch nicht um einen klassischen Spionagevorgang der Informationsbeschaffung, bei der geheimdienstliches Material für politische oder militärische Entscheidungsträger gewonnen und aufbereitet werden sollte. Vielmehr ging es darum, die bereits gesammelten Daten zu modifizieren und sie medial zu streuen. Um mit dem Grundgerüst des *intelligence cycle* erfolgreich operieren zu können, bedarf diese Methode daher einiger Anpassungen, damit aus der ursprünglichen Informationsgewinnung eine -verteilung wird. Diese Anpassung wird in der vorliegenden Arbeit als ‚Desinformationsmethode‘ bezeichnet und erstmals angewendet.

Der ursprüngliche *intelligence cycle* beginnt mit der sogenannten Planungsphase, in welcher die Intelligenceabnehmer ihre Informationsbedürfnisse formulieren (Kapitel 2.1). Hierbei müssen wichtige grundlegende Punkte geklärt werden, wie beispielsweise der Startpunkt oder die zeitliche Abfolge einzelner Schritte. Neben der Formulierung von ‚Aufklärungsforderungen‘ (*intelligence requirements*) für die Aufgabenverteilung eigener Abteilungen, erfolgte auch ein Austausch mit Nachrichtendiensten anderer Staaten.¹⁹ Für Desinformationskampagnen war es zudem erforderlich, die Multiplikatoren der Aktion zu bestimmen. Dabei handelte es sich um Personen, die durch ihre gesellschaftliche Positionierung Einfluss auf die öffentliche Meinung nehmen konnten, indem sie bestimmte Informationen verbreiteten. Um das Auswahlverfahren und die Rolle eines entsprechenden Multiplikators zu verstehen, gilt es, den Hintergrund einer solchen Person genauer zu beleuchten. Dadurch wird nicht nur ersichtlich, welche politischen Voreinstellungen für diese Funktion notwendig waren, auch kann dies einen weiteren Einblick in die Denk- und Vorgehensweise des MfS ermöglichen. Das Kapitel soll aufzeigen, auf welche behördlichen Mittel die Verantwortlichen bei der Kampagne zurückgreifen konnten.

Der zweite Abschnitt der ‚Desinformationsmethode‘ des MfS beinhaltete die Beschaffungs- und Aufbereitungsphase (Kapitel 2.2).²⁰ Die Aufgabe

¹⁹ Jakob, Nachrichtendienste, 1999, S. 55, 57 und 60.

²⁰ Ebd., S. 56. Die Intelligence-Community definiert fünf verschiedenen Beschaffungsformen: Die *Human Source Intelligence* (*HUMINT*) bezeichnet die durch menschliche Quellen beschafften Informationen, die entweder bereits über die entsprechenden Daten verfügen oder den Zugang zu ebendiesen ermöglichen können. Dahinter verbirgt sich oftmals die ‚klassische‘ Spionagearbeit. In der *Signals Intelligence* (*SIGINT*) wird der Intelligencebedarf beispielweise durch abgehörte Kommunikationssignale oder Datenübertragungen gewonnen. Bei der *Imagery Intelligence* (*IMINT*) können die zu beschaffenden Daten unter anderem durch den Gebrauch von Satelliten als Bildmaterial gewonnen werden. Die *Measurement and Signature Intelligence* (*MASINT*) beinhaltet die

bestand darin, aus den eigenen Archiven verwertbares Material zusammenzutragen und es mit dem KGB abzustimmen beziehungsweise zu ergänzen. Danach mussten diese Dokumente für Pressekonferenzen, Printpublikationen oder Reden aufbereitet werden. Hierbei war es notwendig, dieses Material auf die jeweiligen Multiplikatoren abzustimmen und zu entscheiden, was wann und vor allem wofür verwendet werden sollte. Hinzu kamen fachliche Gutachten zumeist externer Spezialisten, da Desinformationen durchaus einen Kern Wahrheit und ein gewisses Maß an Glaubwürdigkeit benötigten. Deren Aufgabe bestand darin, Manuskripte hinsichtlich des Inhalts und der Sprache zu verwissenschaftlichen und das Verhältnis von Wahrheit und Lüge zu kontrastieren.

Anders als beim ursprünglichen Verlauf des *intelligence cycle* folgte darauf nicht die Auswertung der gesammelten Informationen. Da sich die Intention einer Desinformationskampagne von der eigentlichen Zielvorstellung unterschied, war es ab einem Zeitpunkt zwingend, mit der Verteilungsphase zu beginnen (Kapitel 2.3.1).²¹ Dabei stellte nunmehr die Öffentlichkeit den Intelligenceabnehmer dar, der durch die Multiplikatoren in Pressekonferenzen oder durch Publikationen in Kenntnis gesetzt werden sollte. Wie aber ließen sich die Darlegungen der Multiplikatoren am besten inszenieren? In welchen Abständen sollten sie öffentlich auftreten und wie viel gaben sie jeweils preis? An diesem Punkt war es daher angebracht, in einer vorläufigen Auswertungsphase die bisherige Wirksamkeit der Aktion zu analysieren (2.3.2).²² Hatten die Adressaten der Kampagne den Köder geschluckt oder musste dementsprechend nachjustiert werden? Erschien es dienlich, die Kampagne durch Publikationen oder erneute Pressekonferenzen zu unterstützen? Diese entscheidende, letzte Phase konnte dazu führen, den Einsatz weiterer Multiplikatoren zu planen, weshalb sich die Schritte der Verteilung und Auswertung entsprechend oft wiederholen konnten.

3. Welche Wirkung löste die Desinformationskampagne letztendlich beim ‚Klassenfeind‘ aus? Um die Konsequenzen der Kampagne einschätzen zu können, richtet sich das Blickfeld im dritten und letzten Kapitel auf die

Sammlung von Daten wie die Standorte von Nuklearwaffen. Die *Open Source Intelligence* (OSINT oder OSCINT) beschreibt die offene Informationsgewinnung. Für die Aktion ‚Verwüstung‘ fanden vermutlich die Schritte HUMINT und OSINT/OSCINT statt. Siehe Jakob, Nachrichtendienste, S. 64. Auch der deutsche Bundesnachrichtendienst arbeitet mit demselben Konzept.

²¹ Jakob, Nachrichtendienste, 1999, S. 56.

²² Ebd.

Bundesrepublik. Dabei orientiert sich der Abschnitt an den Zielen, die das MfS selbst für die Aktion festgelegt hatte und die zuvor in Kapitel 2 benannt werden sollen. Im Mittelpunkt stehen hierbei die Fragen, welche Reaktionen die Ereignisse international auslösten und ob es der DDR gelang, das westdeutsche Renommee zu beschädigen (Kapitel 3). Beeinträchtigen die ostdeutschen Anschuldigungen das Verhältnis Westdeutschlands zu den NATO-Partnern, insbesondere zu den Vereinigten Staaten? Neben der Einsicht in den Schriftwechsel des Auswärtigen Amtes mit den jeweiligen Botschaften werden hierfür auch Presseartikel und Fernsehreportagen ausgewertet. Erreichte es die Kampagne demnach, einen Keil in das westliche Bündnis zu treiben? Gleichbedeutend richtet sich die Aufmerksamkeit auf die Bundesregierung, genauer gesagt auf das Bundesministerium der Verteidigung und das Auswärtige Amt (AA). Wussten diese Behörden, dass sie es mit einer ostdeutschen Desinformationskampagne zu tun hatten, und stimmten sie ein etwaiges Krisenmanagement gezielt darauf ab? Von Bedeutung erscheint dabei zudem die Korrespondenz zwischen dem Auswärtigen Amt und dem BMVg, die einen Einblick in ministeriale Kompetenzstreitigkeiten der jungen Bundesrepublik gibt.

Forschungsstand und Quellenlage

Ostdeutsche Desinformationskampagnen haben in der historischen Forschung bisher nur eine untergeordnete Bedeutung eingenommen.²³ Als eine Form der sogenannten ‚aktiven Maßnahmen‘ versuchte die DDR dadurch westdeutsche Amtsträger mit einer möglichen nationalsozialistischen Vergangenheit zu konfrontieren. Sie fungierten bereits unter dem Leiter der Agitationskommission des Politbüros der SED, Albert Norden, seit Anfang der 1950er Jahre als ein anerkanntes und viel genutztes Instrument der ostdeutschen Machtinhaber.²⁴

²³ Im modernen Sprachgebrauch wird für Desinformation zumeist der Begriff ‚Fake News‘ verwendet. Nach Romy Jaster und David Lanus beinhalten Fake News drei Aspekte: 1. Berichte über jüngste Ereignisse; 2. Diese Berichte sind an die Öffentlichkeit adressiert; und 3. Diese Öffentlichkeit sind die traditionellen und neuerdings auch die sozialen Medien. Siehe *Jaster/Lanus, Wahrheit*, 2019, S. 26. Die vorliegende Arbeit hat jedoch bewusst den Begriff der ‚Fake News‘ vermieden, da diese nicht zwingend staatlichen Ursprungs sein müssen.

²⁴ Zur Agitationskommission siehe *Holzweißig, Medienlenkung*, 1994, S. 58–71; *Holzweißig, Waffe*, 2002; *Fiedler, Medienlenkung*, 2014, S. 51–72; sowie *Lemke, Kampagnen*, 1993, S. 153–175.

Die wohl bekannteste Aktion stellt hierbei die sogenannte ‚Braunbuch-Kampagne‘ dar, die eine Zusammenstellung von Personen beinhaltete, die während des ‚Dritten Reiches‘ entweder selbst Verbrechen begangen oder zumindest mit dem Hitler-Regime kollaboriert hatten.²⁵ Die Machthaber in Ost-Berlin erhofften sich damit, die Existenz ihres friedlichen, neuen Deutschlands zu rechtfertigen. Der größte Teil der historischen Forschung tendiert jedoch dazu, von einem Scheitern dieser Bemühungen zu sprechen. Vielmehr hätten diese Vorwürfe dazu beigetragen, sich in Westdeutschland intensiver mit der Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit auseinanderzusetzen.²⁶

Auch auf die ‚aktiven Maßnahmen‘ hat sich die Wissenschaft bislang kaum konzentriert. Dabei handelte es sich um den nachrichtendienstlichen Versuch, aktiv in die Angelegenheiten eines anderen Staates einzugreifen und so sprichwörtlich am „Rad der Geschichte zu drehen“.²⁷ Der Forschungsstand ähnelt jedoch dem der DDR-Außenpolitik, die der Historiker Oliver Bange zutreffend als *Terra incognita* beschreibt.²⁸ Die einzige detaillierte Forschungsarbeit zu

²⁵ *Marxen/Werle* (Hrsg.), *Strafjustiz und DDR-Unrecht*, Bd. 4, 2004, S. 473 sowie 485f. Zum Braunbuch: https://archive.org/stream/braunbuchBRD/braunbuch_djvu.txt (22.11.2019 09:38). Zudem *Leide*, *NS-Verbrecher*, 2006. Der bekannteste Fall betraf den damaligen Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte Theodor Oberländer. Siehe *Wachs*, *Oberländer*, 2000; *Müller*, *DDR*, 2010, S. 54–57; *Friedman*, *Nazi-Minister*, 2004; sowie *Wachs*, *Inszenierung*, 2001. Einen weiteren prominenten Fall bildete der damalige Bundespräsident Heinrich Lübke. Dazu *Keil/Kellerhoff*, *KZ-Baumeister*, 2017; *Knabe*, *Republik*, 1999, S. 140–143; sowie *Knabe*, *West-Arbeit*, 1999, S. 83f. Zudem: Bundespräsident Lübke baute Hitlers Konzentrationslager, 24.1.1966, *BArch*, *DZ* 9/2436, unpaginiert; die Kampagne gegen die Verjährung der Nazikriegsverbrechen, *BArch*, *DZ* 9/2294, unpaginiert; sowie die Beispiele, bei denen die DDR als Urheber erkennbar war, in *BStU*, *MfS*, *SdM*, Nr. 1416, Bl. 45–47. Auch deutsche NATO-Generäle wie Hans Speidel und Adolf Heusinger gehörten zu den Betroffenen. Kurzbiographien zu beiden Offizieren finden sich in *Hammerich/Kollmer/Rink/Schlaffer*, *Heer*, 2006, S. 703.

²⁶ Siehe das Vorwort in: *Herbstritt/Müller-Engbergs*, 2003, S. 9–13, hier S. 9; Zudem *Goldbeck*, *Unterlagen*, 2019, S. 245f.; *Leide*, *NS-Verbrecher*, 2006; sowie *Volkmann*, *Das verweigerte historische Erbe*, 2004.

²⁷ Rede Oberst Rolf Wagenbreths vor ostdeutschen Staatssicherheitsoffizieren im Jahr 1986. Dieser leitete ab 1966 die Abteilung X der HV A. Zitiert aus: *Bohnsack/Brehmer*, *Auftrag: Irreführung*, 1992, S. 22.

²⁸ Bange vergleicht das bisherige Wissen mit einer Seekarte in der frühen Neuzeit, die neue Erdteile erst noch skizzieren muss. *Bange*, *Außenpolitik*, 2004, S. 492–500, hier S. 492. Aktuellste Studie zur DDR-Außenpolitik: *Wentker*, *Außenpolitik*, 2007; Studie mit Forschungsstand aus den 1980er Jahren: *Bruns*, *Außenpolitik*, 1985. Studien aus dem Jahr 2003: *Scholtyssek*, *Außenpolitik*; sowie *Kuppe*, *Außenpolitik*, 2003, S. 318–327. Zum *MfAA Amos*, *Westpolitik*, 1999, S. 46–50; eine globalgeschichtliche Perspektive des SED-Staates siehe *Lorke*, *Die Welt in der DDR*, 2021, S. 416–449.

einer ‚aktiven Maßnahme‘/Desinformationskampagne der Staatssicherheit stammen aus den Federn von Douglas Selvage und Christopher Nehring.²⁹ Gegenstand dieser Untersuchung ist die auch als AIDS-Kampagne bekannte Operation ‚Denver‘. Osteuropäische Länder warfen der USA vor, den Erreger in einem Militärlabor gezüchtet zu haben, um diesen anschließend weltweit unter der farbigen Bevölkerung zu verbreiten. Obwohl diese Pionierarbeit bedeutende Aspekte zur Praxis von Desinformationskampagnen aufzeigt, unternimmt die Studie nicht den Versuch, generelle Strukturen solcher Aktionen nachzuzeichnen und Gemeinsamkeiten sowie Kontinuitäten zu benennen.

Zur Aktion ‚Verwüstung‘ liegen daher kaum aussagekräftige Studien vor: Hubertus Knabe thematisiert die Kampagne eher beiläufig und beschränkt sich darauf, wichtige Daten und Hintergründe zusammenzufassen.³⁰ Von der Naturwissenschaftlerin Änne Bäumer-Schleinkofer wird die Aktion ausgiebiger aufgearbeitet. Ihre Analyse begrenzt sich jedoch auf die sprachliche Untersuchung einzelner Quellenpassagen und resümiert einige Pressekonferenzen der Kampagne. In einem Unterkapitel geht sie kurz auf die Auswirkungen der Kampagne in der Bundesrepublik ein, indem sie einige westdeutsche Presseartikel anführt.³¹ Michael L. Müllers Studie steigt hingegen erst zur zweiten Jahreshälfte 1969 ein und thematisiert nicht die für diese Studie relevanten Reaktionen auf Regierungsebene.³² Detlef Kühn verzichtet fast gänzlich auf einen wissenschaftlichen Anmerkungsapparat, weshalb sein Aufsatz weitgehend ausgeklammert werden muss.³³ Zudem liegen zum ‚Multiplikator‘ Ehrenfried Petras und zu seiner Arbeitsstätte, dem Institut für Aerobiologie, einige Studien vor, wobei die Autoren zumeist einen naturwissenschaftlichen Hintergrund haben.³⁴ Daher existiert bislang keine historische Untersuchung, die der angeführten AIDS-Kampagne in ihrem Umfang, ihrer Ausführlichkeit sowie

²⁹ Beim KGB firmierte die Aktion unter dem Decknamen ‚Infektion‘, beim MfS unter der Tarnbezeichnung ‚Denver‘. Siehe *Selvage/Nehring, AIDS-Verschörung*, 2014; sowie <https://www.wilsoncenter.org/blog-post/operation-denver-kgb-and-stasi-disinformation-regarding-aids> (06.11.2019 16:04). In einem Aufsatz von Herbert Romerstein wird dieselbe Kampagne ebenfalls kurz angeschnitten. Dazu *Romerstein, Disinformation*, 2001, S. 60f.; sowie *Boghardt, Operation Infektion*, 2009, S. 1–24.

³⁰ *Knabe, Republik*, 1999, S. 241–243.

³¹ *Bäumer-Schleinkofer, ABC-Waffenkampagne*, 2005.

³² *Müller, DDR*, 2010, S. 208–221. Seine Untersuchungen konzentrieren sich beispielsweise auf den Sektor der Privatwirtschaft und die Rolle der Bayer AG.

³³ *Kühn, Waffen*, 2004.

³⁴ *Geißler, Biowaffen*, 2005; *Geißler, Drosophila*, 2010; *Geißler, Anthrax*, 2003; *Kirschner/Johannsen, Institut*, 2006; sowie *Kirschner/Johannsen, Petras*, 2012.

ihrem Schwerpunkt auf Desinformationen gleichkommt und sich zugleich auf die Bundesrepublik konzentriert.

Obwohl sich die Geschichtswissenschaft intensiv mit der Westspionage der Staatssicherheit auseinandersetzte, dienten die meisten Studien primär der Rekonstruktion des ostdeutschen Geheimdienstsystems. Dabei wurden ‚aktive Maßnahmen‘ in der Regel nur beiläufig behandelt, zumeist in kürzeren Unterkapiteln zusammengefasst oder anhand von Einzelschicksalen umrissen.³⁵ Dies ist dahingehend bemerkenswert, da diese Geheimdiensttätigkeiten während des Kalten Krieges zweifellos einen Schwerpunkt der Unternehmungen von Ost und West darstellten. Nachrichtendienste erlangten während dieser Zeit einen Stellenwert wie nie zuvor in der modernen Staatengeschichte. Für die Regierungen fungierten sie nicht mehr bloß als Hilfsmittel der Diplomatie, sondern vielmehr als Ersatz für kriegerische Konflikte zwischen den Machtblöcken.³⁶

Für die Wiedergabe des Forschungsstandes zur ‚Westarbeit‘ des MfS ist es hilfreich, die einschlägigen Publikationen zeitlich dreizuteilen: Zum einen erschienen bereits zu Lebzeiten der DDR zahlreiche Publikationen, die zumeist auf Aussagen von Überläufern, entsprechenden Verhaftungen oder dem Bundesnachrichtendienst basierten.³⁷ Zum anderen befasste sich die Geschichtswissenschaft nach 1989 intensiver mit der geheimdienstlichen Aufarbeitung des zweiten deutschen Staates, die um die Jahrtausendwende in ihrem absoluten Höhepunkt kulminierte.³⁸ Besonders der Sammelband *Das Gesicht dem Westen zu* von Georg Herbstritt und Helmut Müller-Engbers stellte sich dabei

³⁵ Siehe beispielhaft *Stiller*, Spionage, 1986. Lediglich Douglas Selvage arbeitet aktuell an einer Studie zum vorliegenden Themenkomplex. Die Studie firmiert unter dem Arbeitstitel *Active Measures and Propaganda, 1966–1989*. Siehe <https://www.geschichte.hu-berlin.de/de/bereiche-und-lehrstuehle/gewest/personen/1692029> (26.10.2019 15:28)

³⁶ *Krieger*, Geheimdienste, 2014, S. 251f. Bei Krieger finden sich ebenfalls zahlreiche Beispiele für verdeckte Aktionen der CIA. Siehe dazu die Seiten 291–322. Zudem *Droit*, Geheimdienste, 2018, S. 137–149. In der Bundesrepublik existiert lediglich eine Abteilung an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, die sich mit der Geschichte der Geheimdienste beschäftigt.

³⁷ Auswahl: *Fricke*, DDR-Staatssicherheit, 1989; *Fricke*, MfS Intern, 1991; *Schlomann*, Operationsgebiet, 1989; *Knabe*, Stasi, 1997; *Stiller*, Spionage, 1986; sowie *Gieseke*, Mielke-Konzern, 2001. Siehe zudem die Liste für die Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Übertritt des MfS-Offiziers Werner Stiller, BArch, B 136/25193, unpaginiert.

³⁸ Auswahl: *Knabe*, West-Arbeit, 1999; *Knabe*, Stasi, 1997; *Fricke*, Abwehr, 1997; *Fricke/Marquardt*, DDR-Staatssicherheit, 1995; *Schlomann*, Maulwürfe, 1994; *Gill/Schröter*, Staatssicherheit, 1991; *Knabe*, Charme, 2001; *Staad*, Westpolitik, 1993; *Richter/Rösler*, Wolfs-West-Spione, 1992.

als richtungsweisend heraus.³⁹ Von weitreichender Bedeutung war zudem die Rekonstruktion der SIRA-Datenbanken im Jahr 1998 durch den ehemaligen BStU. Im System der Informationsrecherche der Hauptverwaltung A speicherte der DDR-Auslandsgeheimdienst ab 1969 die Ein- und Ausgangsberichte ihrer Westspione (*finished intelligence*).⁴⁰ Mit dem Zugang zu den Rosenholz-Dateien begann 2003 eine dritte Forschungsetappe, die bis heute andauert. Bei den Dateien handelt es sich um mikroverfilmte Sicherheitskopien aus dem Januar 1988, in denen die DDR-Auslandsaufklärung seine Spione anhand von Karteikarten erfasste.⁴¹ Der Wissenschaft war es nun möglich, dezidiert Fragen zur Westspionage der DDR zu untersuchen, die ohne die Rekonstruktion der SIRA-Datenbanken sowie der Rosenholz-Karteien nur schwer möglich gewesen wären. Dementsprechend erschienen in den letzten Jahren vermehrt Publikationen, die den Einfluss des MfS auf einzelne Ereignisse des Kalten Krieges analysierten.⁴²

Zu Hochzeiten der DDR-Spionageforschung um die Jahrtausendwende führte die Geschichtswissenschaft die Diskussion rund um die Frage, wie

³⁹ Von weitreichender Bedeutung erwiesen sich zudem die zahlreichen Untersuchungsverfahren des Generalbundesanwaltes beim Bundesgerichtshof (GBA) in Karlsruhe gegen ehemalige Angehörige des MfS. Den Ermittlungsbehörden ist es zu verdanken, dass heute überhaupt zuverlässige Aussagen über die DDR-Westspionage getroffen werden können. Beispielsweise gelang es dem Generalbundesanwalt, mit zahlreichen Angehörigen des MfS Interviews zu führen. Der entsprechende Band beinhaltet dabei etliche Anklageschriften gegen Mitarbeiter des MfS und der HV A. Siehe *Marxen/Werle* (Hrsg.), *Strafjustiz*, 2004; Auf den Ermittlungsakten basiert die Studie von *Herbstritt*, *Bundesbürger*, 2007.

⁴⁰ Die Ein- und Ausgangsberichte der SIRA-Datenbanken stellen ein Beispiel für *finished intelligence* durch den *intelligence cycle* dar. Darin speicherte die HV A die Eingangsinformationen ihrer Westspione sowie die Ausgangsberichte, die anschließend an entsprechende Personen und Behörden weitergeleitet wurden. Dabei resümierte die HV A oftmals in einem Bericht, was zuvor durch unterschiedliche geheimdienstliche Tätigkeiten an Informationen geliefert wurde. Für die Forschung bleibt hierbei unklar, wie viel des ursprünglich gelieferten Materials dabei auf der Strecke blieb. Siehe *Konopatzky*, *SIRA-Datenbanken*, 2003, S. 112–118; *Herbstritt*, *Bundesbürger*, 2007, S. 54–64.

⁴¹ Während der Wende waren diese auf bisher ungeklärte Weise in die Hände der CIA geraten, dem Auslandsgeheimdienst der USA.

⁴² Exemplarisch ist hier die Studie von Douglas Selvae und Walter Süß zu nennen, welche die Rolle des MfS bei der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ab 1975 untersucht. Siehe *Selvae/Süß*, *Staatsicherheit und KSZE-Prozess*, 2019. Des Weiteren stechen die Arbeiten von *Gieseke/Bahr*, *Staatsicherheit und die Grünen*, 2016; *Herbstritt*, *Entzweite Freunde*, 2016; sowie *Nehring*, *Zusammenarbeit*, 2016 heraus. Siehe zudem das Fallbeispiel der Westarbeit im Ruhrgebiet *Kleßmann*, *Deutschland*, 2012; oder im Bezirk Halle/Nordrhein-Westfalen bei *Mönnighoff*, *Hettstedt*; 1998. Zudem *Schulenberg*, *Top-Spion*, 2015; oder *BStU* (Hrsg.), *Stasi*, 2017.

effektiv die Geheimdiensttätigkeit der Hauptverwaltung A (HV A) in der Bundesrepublik wirklich war. Hatte sie es geschafft, Westdeutschland zu unterwandern und politische Prozesse zu beeinflussen? Bei dieser Auseinandersetzung standen sich lange Zeit zwei Lager gegenüber: Hubertus Knabe bezifferte die Anzahl bundesdeutscher ‚Inoffizieller Mitarbeiter‘(IM) in den Diensten der DDR auf 20.000 bis 30.000, da er die festgehaltene Zahl aus dem Jahr 1988 auf die vierzig Jahre der Existenz des sozialistischen Staates hochrechnete. Knabe ging daher von einem hohen Wirkungsgrad der DDR-Auslandsspionage aus.⁴³ Dem gegenüber schätzte Georg Herbstritt das ostdeutsche Agentennetz auf 3.000 bis 4.000 Personen – eine Zahl, die auf den Anklageschriften des Generalbundesanwalts beim Bundesgerichtshof aus den 1990er Jahren basiert.⁴⁴ Neben Herbstritt ging auch Ilko-Sascha Kowalczuk von einer relativen Ineffektivität der Westspionage aus. Von einer „Unterwanderung der Bundesrepublik oder gar einer Steuerung“⁴⁵ könne nicht einmal ansatzweise gesprochen werden.

Beiden Forschungsgruppierungen ist der Ansatz gemein, die Wirkmächtigkeit der ostdeutschen Spionage anhand von Zahlen zu definieren. Obwohl die von Knabe angeführte Schätzung für die gegenwärtige Forschung keine Relevanz mehr besitzt und bereits als überholt gilt, steht weiterhin die Behauptung der kompletten Unterwanderung der Bundesrepublik im Raum.⁴⁶ In diesem Zusammenhang versuchte die Soziologin Sabine Kittel gegenzusteuern: Vielmehr müsse die entsprechende Debatte *jenseits von Zahlen* geführt werden, da sonst „Fragen nach dem tatsächlichen Gehalt der Informationen und den Konsequenzen der Informationsweitergabe durch IM“⁴⁷ kaum zu beantworten seien. Zusammen mit Thomas Großbölting plädiert sie dafür, sich in den zukünftigen Untersuchungen stärker vom „geheimdienstlich-bürokratischen Blick zu lösen“⁴⁸ und gänzlich neue Bewertungsmaßstäbe aufzustellen. Die Stasi-Akten dürften lediglich ein solides Fundament darstellen, dem eine

⁴³ Puzzlespiel, in: Der Tagesspiegel vom 3.4.1998, S. 11; sowie Knabe, Republik; 1999; Knabe, Täter, 2009.

⁴⁴ Herbstritt, Bundesbürger, 2007, S. 82. Auch Ilko-Sascha Kowalczuk kommt bei seinen Forschungen in etwa zu derselben Zahl. Siehe Kowalczuk, Stasi konkret, 2013, S. 247–263.

⁴⁵ Kowalczuk, Stasi konkret, 2013, S. 250.

⁴⁶ Müller, DDR, 2010.

⁴⁷ Kittel, Zahlen, 2014, S. 4.

⁴⁸ Großbölting/Kittel, Wirklichkeit, 2019, S. 10.

„qualitative Forschung folgt, die im Idealfall auf einer breiteren Quellenbasis agiert“.⁴⁹ Diese Arbeit möchte den Denkanstoß nutzen, sich von der bisherigen Vorgehensweise lösen und den Stasi-Unterlagen gezielt bundesdeutsche Dokumente gegenüberstellen. Schon 2001 warf Helmut Müller-Enbergs eine zentrale Frage auf, mit der die ‚Westarbeit‘ untersucht werden sollte: Wozu diente die Spionage der DDR? Konkreter ausgedrückt: Wie konnte Ost-Berlin die gewonnenen Erkenntnisse politisch, wirtschaftlich oder militärisch verwenden?⁵⁰ Die vorliegende Untersuchung möchte daran anschließen, indem sie folgende These aufwirft: Die aus der Bundesrepublik gewonnenen Spionageberichte wurden auch für ‚aktive Maßnahmen‘ und insbesondere Desinformationskampagnen politisch genutzt und gezielt nach Westdeutschland zurückgespielt.

Warum aber beschäftigt sich eine weitere Arbeit mit der DDR? Welchen Beitrag erhofft sich die vorliegende Studie? Und gleichbedeutend: Warum stellt eine weitere Untersuchung das Ministerium für Staatssicherheit in den Mittelpunkt? Schließlich plädiert die ehemalige Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Marianne Birthler, dafür, die Geschichtsschreibung des gescheiterten Landes nicht auf das MfS zu beschränken, da beispielsweise die Rolle der SED für den ostdeutschen Staat entscheidender gewesen sei.⁵¹ Für die erneute Thematisierung der DDR und der Stasi sprechen jedoch einige gewichtige Argumente: Zum einen kann bei der vorliegenden Arbeit aufgezeigt werden, dass die ‚aktiven Maßnahmen‘ des MfS eines der zentralen Merkmale darstellten, welche die deutsch-deutschen Beziehungen von östlicher Seite her beeinflussen sollten. Die Aktion ‚Verwüstung‘ zeichnet sich zum anderen als eine Stasi-Kampagne aus, wobei das MfS das wichtigste Machtinstrument der Sozial-

⁴⁹ Ebd. Ein passendes Beispiel liefert hierfür Stephan Konopatzky. Anhand der SIRA-Datenbank untersuchte er die durch Günter Guillaume gelieferten Berichte, die in der Zentrale in Ost-Berlin mit Schulnoten bewertet wurden. Von insgesamt 19 betrachteten Berichten erhielten 14 das Prädikat III und nur 5 die Bewertung II. Letztere befassten sich mit Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten zu Beginn der 1970er Jahre. Guillaume lieferte demnach kaum wertvolle Informationen in die Ruschestraße. Seine Einstufung als Top-Spion speist sich daher ausschließlich aus seiner Platzierung in der unmittelbaren Nähe des Bundeskanzlers. Siehe *Konopatzky*, SIRA-Datenbanken, 2003, S. 112–133. Günter Guillaume wurde unter dem Decknamen ‚Hansen‘ geführt; Registriernummer: XV/19142/60; Vorgangsart: IMA, 9.9.1954–1.6.1985. BArch, SIRA TDB 21, ZV 8259394. Zu Guillaume siehe *Michels*, Guillaume, 2013. Zu den Bewertungskriterien siehe *Müller-Enbergs*, Inoffizielle Mitarbeiter, Teil 2, 1998, S. 172–175.

⁵⁰ *Müller-Enbergs*, DDR-Spionage, 2010, S. 36.

⁵¹ ZDF zu 30 Jahren Einheit, <https://www.zdf.de/dokumentation/zdfzeit/zdfzeit-30-jahre-mauerfall-joachim-gaucks-suche-nach-der-einheit-100.html> (05.11.2019 22:39).

listischen Einheitspartei darstellte.⁵² Da die vorliegende Analyse den Versuch unternimmt, die Muster von Desinformationskampagnen ihrem politischen Nutzen gegenüberzustellen, können daher auch entsprechende Rückschlüsse auf das SED-Zentralkomitee am Werderschen Markt getroffen werden. Zudem möchte die Untersuchung der aktuellen Forschungstendenz folgen und die innerdeutsche Geschichte nicht mehr separat voneinander betrachten.

Wie der vorherige Überblick aufgezeigt hat, fehlen für die vorliegende Desinformationskampagne brauchbare Vorarbeiten, auf denen die Studie aufbauen könnte. Daher wurde in großem Maße heterogenes Quellenmaterial hinzugezogen, dessen besondere Eigenschaften im Folgenden vorgestellt werden sollen: Während der Wendezeit konnte die ostdeutsche Auslandsaufklärung einen Großteil seiner Akten vernichten, weshalb sich zur HV A kaum Originalquellen erhalten haben.⁵³ Die in den Beständen des ehemaligen BStU aufgefundenen Dokumente zur Aktion ‚Verwüstung‘ speisen sich daher aus den Verteilern der einzelnen Abteilungen an den Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, sowie aus der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG), welche für die Berichterstattung an die Parteiführung zuständig war. Deren Überlieferungen bilden das Fundament für die vorliegende Arbeit, da sie auch zahlreiche Akten der Abteilung Agitation des MfS beinhalten.⁵⁴

Weiteres Aktenmaterial befindet sich in den Unterlagen der Hauptabteilung VI des MfS für grenzüberschreitenden Reiseverkehr, der Bezirksverwaltung der Staatssicherheit in Leipzig sowie im Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaft. Des Weiteren lagert in den Universitätsarchiven in Jena und Greifswald Material zu Ehrenfried Petras.⁵⁵ Der Einblick in die Unterlagen des Stasi-Unterlagen-Archivs bietet dabei der historischen Forschung

⁵² Zum Verhältnis zwischen MfS und SED, *Gerick*, SED, 2013, S. 29–70.

⁵³ Der ‚Politik der Reißwölfe‘ waren über 100 Lastkraftwagen an Aktenmaterial zum Opfer gefallen. Siehe *Müller-Enbergs*, Rosenholz, 2007, S. 5; sowie *Engelmann/Halbrock/Joestel*, Vernichtung, 2020. Zur Auflösung der HV A siehe *Marxen/Werle* (Hrsg.), Strafjustiz und DDR-Unrecht, Bd. 4, 2004, S. 495f.

⁵⁴ Auswahl an Akten aus dem Sekretariat des Ministers (SdM): BArch, MfS, SdM, Nr. 1416; 1468; 1890; sowie 1465. Auswahl an Akten aus der ZAIG: BArch, ZAIG, Nr. 10628, 10637, 6979, 10871, 11724, 11725, 11727, 11728 und 11739. Zur ZAIG siehe *Engelmann/Joestel*, Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (MfS-Handbuch). Hg. BArch. Berlin 2009. <http://www.nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0292-97839421302024> (05.11.2019 19:01).

⁵⁵ BArch, BVfS Leipzig, Abt. KuSch 00477; BArch, MfS, HA VI, Nr. 16181; sowie BArch, MfS, HA XX Nr. 2921; LASH Abt. 47 Nr. 2140; Personenkartei F16/HV A zu Petras; Ehrenfried Personenkartei F22/HV A zu Petras, Ehrenfried; PA-AA, B 130, Bd. 1426; ABBAW, Erhard Geißler, Bestand Buch, Nr. A1603; AABAW, VA-PA, Dr. Ehrenfried

eine einzigartige Gelegenheit, da Geheimdienstakten ansonsten nur in einem sehr eingeschränkten Maße zur Verfügung stehen. Dabei sollten vor allem die Arbeitsunterlagen in Form mehrerer Rede- und Publikationsmanuskripte hervorgehoben werden, da diese einen ungetrübten Einblick in die Planung und Vorgehensweise der Behörde ermöglichen. In diesem Fall ist daher auch von einer hohen Glaubwürdigkeit auszugehen, stellten die Akten doch das wichtigste Arbeitsinstrument des MfS dar, weshalb etwaige Verfälschungen für die eigene Tätigkeit als wenig zweckmäßig erscheinen. Dafür spricht auch die Tatsache, dass – im Gegensatz zu den Bundesministerien – die Verantwortlichen nicht davon ausgehen mussten, dass der Wissenschaft sowie der Öffentlichkeit zu einem späteren Zeitpunkt Einsicht gewährt werden würde.⁵⁶

Um die Defizite in der vorhandenen Aktenlage zu kompensieren, wurden einerseits Abschlussarbeiten der Juristischen Hochschule des MfS in Potsdam gesichtet und andererseits der Versuch unternommen, einige Zeitzeugen zu befragen. Beides stellte sich jedoch als wenig gewinnbringend heraus. Während ehemalige Mitarbeiter des ostdeutschen Geheimdienstes eine Zusammenarbeit ablehnten, konnte keine der eingesehenen Hochschulschriften für das vorliegende Thema weitere Erkenntnisse liefern.⁵⁷

Auch im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde ließen sich kaum relevante Dokumente finden. Die Überlieferungen beschränken sich lediglich auf einen Informationsbericht an das Zentralkomitee (ZK) der SED sowie auf ein Auskunftersuchen der Nationalen Volksarmee (NVA).⁵⁸ Letzteres ist vor al-

Petras; UAG, Personalakten Aspiranten Nr. 81, Ehrenfried Petras; UAG, Math. Habil. Nr. 175.1, Ehrenfried Petras; UAJ, Bestand Studentenakten, Nr. 19009.

⁵⁶ Auch Markus Goldbeck ist der Ansicht, „dass der Stellenwert solcher Informationen über ihren informativen Gehalt hinausgeht“. Siehe dafür *Goldbeck*, *Unterlagen*, 2019, S. 233. Zur Bedeutung der MfS-Akten für die Zeitgeschichtsforschung siehe *Engelmann/Henke* (Hrsg.), *Aktenlage*, 1995.

⁵⁷ Siehe: Die Lösung von Aufgaben der staatlichen Öffentlichkeitsarbeit zum Schutz und zur Sicherung der DDR durch Kooperation des Ministeriums für Staatssicherheit und des Presseamtes beim Vorsitzenden des Ministerrates unter besonderer Berücksichtigung der Durchführung gemeinsamer Aktionen im Kampf gegen die subversive Tätigkeit des Feindes, BArch, JHS, Nr. 21805; sowie Zur zielgerichteten Gewinnung operativ bedeutsamer Informationen und deren Nutzung für die operative Arbeit im und nach dem Operationsgebiet, BArch, JHS, Nr. 1475-83. Für eine komplette Liste der Abschlussarbeiten siehe *Förster*, *Bibliografie*, 1998; sowie *Förster*, *Dissertationen*, 1994. Auch in der Bibliothek in Berlin-Lichterfelde konnte keine weitere graue Literatur zum Thema gefunden werden. Die Anfragen des Verfassers an die ehemaligen Mitarbeiter des Geheimdienstes Werner Großmann und Horst Kopp wurden am 28.11. sowie am 20.12.2019 abgelehnt.

⁵⁸ SED-Hausmitteilung an den Leiter der Westabteilung, Albert Norden, 21. November 1968, BArch, DY 30, 68946, Bl. 260f. Darin informiert der stellvertretende Leiter der

lem deswegen bemerkenswert, weil eine potenzielle BC-Waffenrüstung der Bundesrepublik in direktem Maße die Kompetenzen und Aufgabengebiete des eigenen Militärs betroffen hätte. Vielmehr deutet das Schriftstück darauf hin, dass die NVA keinerlei Kenntnisse über die Desinformationskampagne besaß.

Welche Reaktion die Aktion in Westdeutschland auszulösen vermochte, verdeutlichen zahlreiche bundesrepublikanische Aktenbestände. Im Bundesarchiv Koblenz und im Bundesarchiv-Abt. Militärarchiv in Freiburg, aber auch im Politischen Archiv (PA) des Auswärtigen Amtes in Berlin, ließ sich eine große Menge an relevanten Aktenbeständen einsehen.⁵⁹ Darunter befinden sich einige Dokumente, die hinsichtlich ihrer Geheimhaltungsstufe eigens für die Benutzung im Rahmen der vorliegenden Studie herabgestuft werden mussten, wie beispielsweise eine Sicherheitsüberprüfung zu Petras durch das Bundesministerium des Innern oder entsprechende Akten zu biologischen und chemischen Waffen im Bestand des Politischen Archivs.⁶⁰ Die wenigen Unterlagen im Bestand des Bundeskanzleramtes weisen darauf hin, dass ein Großteil der Kommunikation nicht schriftlich dokumentiert wurde, sondern mündlich erfolgte und somit nicht überliefert ist.

Westabteilung, Günter Pötschke, seinen Chef über einleitende Maßnahmen zur Aktion ‚Verwüstung‘ durch den Kronzeugen Petras. Dabei wird deutlich, dass das ZK bis dahin nur teilweise informiert gewesen sein kann. Siehe zusätzlich *Staadt/Voigt/Wolle, Operation Fernsehen*, 2008, S. 169f. Zum Auskunftersuchen der NVA siehe Hoffmann an Mielke, 13.12.68, BArch, MfS, SdM, Nr. 1890, Bl. 8.

⁵⁹ Auswahl Bundesarchiv Koblenz: B 136/6892, B 136/27165, B 136/27173, B 196/7176. Auswahl Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg: BW 1/25350, BW 1/25351, BW 1/25376, BW 1/34350. Auswahl Politisches Archiv: PA-AA, B 43, Bd. 107; PA-AA, B 43, Bd. 108; PA-AA, B 43, Bd. 186; PA-AA, B 43, Bd. 187; PA-AA, B 43, Bd. 188; PA-AA, B 43, Bd. 189; und PA-AA, B 43, Bd. 193.

⁶⁰ Sicherheitsüberprüfung für Petras, BArch, B 106/203172, sowie PA-AA, B 130, Bd. 573A; PA-AA, B 130, Bd. 877A; PA-AA, B 130, Bd. 976A; PA-AA, B 130, Bd. 1426A; und PA-AA, B 130, Bd. 1427A.

1 ‚Aktive Maßnahmen‘ und Desinformationskampagnen

1.1 Ausgangspunkt: Die ‚Westarbeit‘ des MfS

„Wir müssen die Arbeit auch in der Beziehung verändern, daß wir unsere Probleme an die Menschen in Westdeutschland herantragen, daß wir die positiven Kräfte stärken und die Ultras und ihre Lakaien zersetzen. Wir müssen eine scharfe Auseinandersetzung zwischen den verhandlungsbereiten Kräften und den Kräften, die an der alten Position festhalten, herbeiführen“.⁶¹

Ähnlich wie sein Vorbild, der sowjetische KGB,⁶² verstand sich das Ministerium für Staatssicherheit in der Berliner Normannenstraße als ‚Schild und Schwert‘ der Partei. Die Hauptaufgabe des Staatssicherheitsapparates bestand neben der Sicherung auch in der Erweiterung der sozialistischen Herrschaft, symbolisierte das Emblem doch die Fähigkeit, gleichzeitig Angriffe abzuwehren als auch selbst auszuführen.⁶³ Dabei orientierte sich die tägliche Arbeit

⁶¹ Mielke auf einer Kollegiumssitzung, 13.12.1961, BArch, ZA, SdM, Nr. 1558, Bl. 6.

⁶² Die am 20.12.1917 gegründete sowjetische Geheimpolizei, auch Tscheka (translitteriert: ČK) genannt, wechselte im Laufe der Jahre mehrmals den Namen: GPU, OGPU, NKVD, MGB und ab 1954 KGB. In der vorliegenden Arbeit wird stets das Kürzel KGB verwendet. Dieses steht für Komitet gosudarstvennoj bezopasnosti (deutsch: Komitee für Staatssicherheit). Siehe dazu: *Roewer/Schäfer/Uhl*, Lexikon, 2003; sowie *Andrew/Gordievsky*, KGB, 1990; *Krieger*, Geheimdienste, 2014, S. 252-257; sowie *Fricke/Marquardt*, Zusammenarbeit zwischen MfS und KGB, 1995.

⁶³ Gesetzesblatt der DDR Nr. 15/1950 vom 21.2.1950. Siehe zudem *Kowalczyk*, Stasi konkret, 2013, S. 10; *Heidemeyer*, Ministerium, 2015, S. 10–18, hier S. 10; *Süß*, Schild, 1995, S. 83–97; *Engelmann/Joestel*, Grundsatzdokumente, 2004, S. 61–63; *Gieseke*, Staatssicher-

des Geheimdienstes an den Vorgaben des Zentralkomitees der SED, dessen Dienstleister und wichtigstes Machtinstrument er darstellte. Als Satellitenstaat Moskaus besaß die DDR und daher auch das MfS nur bedingt operative Selbstständigkeit, weshalb den einzelnen Abteilungen bis in die 1960er Jahre jeweils sowjetische Berater vorstanden.⁶⁴ Dies machte sich vor allem bei der Auslandsspionage bemerkbar, da die sowjetischen Instruktoren den deutschen Kollegen beliebig Vorgänge übergeben oder entziehen konnten.⁶⁵

Bei der Nachrichtenbeschaffung musste das Ministerium für Staatsicherheit daher zwei Bedürfnisse gleichzeitig bedienen: Zum einen hatte es durch die SED die Vorgabe erhalten, den eigenen Staat funktionsfähig zu halten. Zum anderen drängte der KGB darauf, durch den ostdeutschen Satellitenstaaten Informationen aus der Bundesrepublik und West-Berlin zu erhalten; dem sogenannten Operationsgebiet.⁶⁶ Wegen derselben Kultur und Sprache, zahlreicher familiärer Bindungen und der offenen Sektorengrenze bestanden Voraussetzungen, die den sowjetischen Diensten selbst nicht geboten wurden.⁶⁷

Unter dem Begriff der ‚Westarbeit‘ definierte die Staatssicherheit die Arbeit „im und nach dem Operationsgebiet“⁶⁸ mit dem Schwerpunkt Bundesrepublik. Auch das in Westdeutschland mit der Spionageabwehr der ostdeutschen Nachrichtendienste beauftragte Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) bün-

heit, 2003, S. 117–126; sowie *Engelmann, Schild*, 2003, S. 251. Zum Selbstverständnis des MfS: *Siebenmorgen, Staatssicherheit*, 1993, S. 1–28; sowie *Engelmann, Schild*, 2003, S. 248. Zudem eine soziologische Studie über die hauptamtlichen Mitarbeiter der Stasi bei *Krähnke, Dienst*, 2017. Zu der Interpretation der ‚Tschekeiten‘ siehe das Schlusswort Mielkes auf der Kreisdelegiertenkonferenz im MfS zur Vorbereitung des X. Parteitages vom 20. bis 21.2.1981, BArch, MfS, ZAIG, Nr. 3967, Bl. 1–54, hier Bl. 13. Für die Entwicklung der Geheimpolizei in der SBZ siehe *Knabe, West-Arbeit*, 1999, S. 60–79.

⁶⁴ Befehl 67/51 Wilhelm Zaissers, 11.12.1951, BArch, ZA, BdL-Dok., Nr. 39; *Engelmann, Diener zweier Herren*, 1997, S. 51–72; sowie *Engelmann, Westarbeit*, 2003, S. 144. Der größte Teil der sowjetischen Berater zog sich erst 1958 aus der DDR zurück. Zu ihrer Funktion im MfS siehe *Engelmann/Fricke, Konzentrierte Schläge*, 1998, S. 24–30. Zu Beziehung des MfS zum KGB siehe *Suckut, Probleme*, 2010, S. 403–439.

⁶⁵ *Petrov, Geheimdienstmitarbeiter*, 2010; Zum Verhältnis SED-MfS siehe *Heidemeyer, Verhältnis*, 2015, S. 10–18; *Gerick, SED und MfS*, 2013, S. 29–70; sowie *Engelmann, Westarbeit*, 2003, S. 252.

⁶⁶ *Müller-Enbergs, DDR-Spionage*, 2003, S. 34. Nahezu jeder dritte ostdeutsche Spionagebericht ging an den KGB. Siehe dazu *Richter/Rösler, Wolfs-West-Spione*, 1992, S. 37; *Müller-Enbergs, DDR-Spionage*, S. 37; *Wettig, Deutschlandpolitik*, 2011, S. 311–318; *Müller-Enbergs, Deutschlandpolitik*, 2003, S. 338–346; sowie *Engelmann, Schild*, 2003, S. 259. Zur Rechtslage West-Berlins siehe *Roth, Insel*, 2009.

⁶⁷ *Engelmann, Westarbeit*, 2003, S. 143.

⁶⁸ Richtlinie 2/79, Bl. 6.

delte unter diesem Begriff die „Summe der Spionageaktivitäten [...] gegen die Bundesrepublik Deutschland“.⁶⁹ Hinzu kam, dass der SED-Staat aufgrund der fehlenden staatsrechtlichen Anerkennung nicht die Möglichkeit hatte, über die üblichen diplomatischen Kanäle tätig zu werden. Demnach übernahm das MfS oftmals Aufgaben, die normalerweise in den Aufgabenbereich des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten gefallen wären; wenn auch zumeist mit geheimdienstlichen Mitteln.⁷⁰

Für die Schwerpunktlegung der nach Westen ausgerichteten Geheimdiensttätigkeit sollten sich zwei Ereignisse als einschneidend erweisen: der Aufstand des 17. Juni 1953 sowie der westdeutsche Beitritt zur NATO und zur Westeuropäischen Union (WEU). Der Aufstand des Jahres 1953, der erst durch den Einsatz sowjetischer Panzer niedergeschlagen werden konnte, hatte der DDR-Führung vor Augen geführt, wie stark der eigene Machtbereich von Moskau abhängig war.⁷¹ Zudem interpretierte das Politbüro die Vorkommnisse als einen durch „westliche Hintermänner und Agenten“⁷² ausgeführten Putschversuch. Aus der Sicht des Regimes hatte die verantwortliche Staatssicherheit auf ganzer Linie versagt, weshalb auch der damalige Minister, Wilhelm Zaisser, sein Amt verlor.⁷³ Operative Ergebnisse der Westspionage seien „zu zögerlich in Verhaftungen umgesetzt und damit der Unterminierung der DDR durch die westlichen Feindzentralen Vorschub geleistet“⁷⁴ worden. Die anschließenden sogenannten ‚konzentrierten Schläge‘ führten zur stärksten Repression in

⁶⁹ Dörrenberg, *Erkenntnisse*, 2003, S. 72.

⁷⁰ Engelmann, *Westarbeit*, 2003, S. 152; sowie Gieseke, *Espionage*, 2008, S. 395–424.

⁷¹ Während des Aufstandes des 17. Junis 1953 erhoben sich weite Teile der ostdeutschen Bevölkerung gegen die von der SED beschlossenen Maßnahmen. Um die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des sozialistischen Staates zu bewältigen, hatte die Partei erhöhte Arbeitsnormen beschlossen, wodurch sich die Einkommen der Arbeiterschaft verringert hätten. Siehe dazu Protokoll des Politbüros des ZK der SED, 20.1.1953, BArch, DY 30/42228, unpaginiert. Auswahl an weiterführender Literatur: Engelmann, *Die DDR im Blick der Stasi 1953*, 2003; Diedrich, *Waffen*, 2003; Diedrich/Kowalczyk, *Staatsgründung*, 2005; Kowalczyk, *17. Juni 1953*, 2013; Kowalczyk, *Volksaufstand*, 2003; Kowalczyk, *Geschichte eines Aufstands*, 2013; Neubert, *Geschichte*, 1998, S. 80–98; sowie Judt, *DDR-Geschichte*, 1997.

⁷² Zitiert aus: Kowalczyk, *Stasi konkret*, 2013, S. 287.

⁷³ Wilhelm Zaisser war der erste Minister für Staatssicherheit der DDR. Nach dem Aufstand des 17. Juni 1953 musste er die Ereignisse vor der SED-Führung verantworten. Daraufhin verlor er sein Ministeramt sowie die Mitgliedschaft im Zentralkomitee der SED. Siehe dazu Müller-Enbergs, *Zaisser*, 2003.

⁷⁴ Schlusswort Ulbrichts auf dem 15. Plenum des ZK der SED, 26.7.1953, BArch, DY 30/40646, Bl. 173f.

der Geschichte dieses sozialistischen Staates.⁷⁵ Bis zum Ende der DDR 1990 schwebte der Aufstand wie ein Damoklesschwert über dem Ministerium für Staatssicherheit.

Die Pariser Verträge vom Oktober 1954 stellten das zweite wichtige Ereignis dar. Die Beitritte der Bundesrepublik zur NATO sowie zur Westeuropäischen Union (WEU) verankerten das Land politisch und vor allem militärisch endgültig in die westliche Staatengemeinschaft.⁷⁶ Für die Sowjetunion entstand dadurch politisch wie militärisch eine missliche Situation, die eine verstärkte nachrichtendienstliche Aktivität erforderte. Auf einer im März 1955 stattfindenden Konferenz zahlreicher osteuropäischer Staatssicherheitsdienste gab die sowjetische Seite vor, die Spionagetätigkeiten in den Westen zu intensivieren.⁷⁷ Der nach den Unruhen im Jahr 1953 eingesetzte Staatssekretär, Ernst Wollweber, verkündete wenig später neue Aufgabenschwerpunkte: Zum einen sollten die Dienste die Beschaffung von „Informationen aus den politischen Zentren der feindlichen Länder“⁷⁸ verstärken. Zum anderen galt es, etwaigen Differenzierungen im westlichen Lager besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Neben der Einflussnahme auf die öffentliche Meinung konzentrierten sich zukünftige Aktionen auf die Unterstützung von Personen und Gruppierungen, die „Elemente des Widerstandes gegen die feindliche Politik bilden“.⁷⁹ Die Umorientierung ging dabei auf Kosten der inneren Überwachung. Wollwebers Devise lautete: „50 % das Gesicht dem Westen zu“.⁸⁰

⁷⁵ Als ‚konzentrierte Schläge‘ werden die im Anschluss an den 17. Juni 1953 einsetzenden Verhaftungen und Repressionsmaßnahmen bezeichnet. Siehe dazu *Engelmann/Fricke, Schläge*, 1998.

⁷⁶ Dabei gab Adenauer den ABC-Verzicht bekannt. *Anders* (Hrsg.), Pariser Verträge, 1954; *Marauhn*, Chemiewaffen-Verzicht, 1994; *Krieger* (Hrsg.), Wiederbewaffnung, 2000; sowie *Timmermann* (Hrsg.), Deutschlandvertrag, 2003.

⁷⁷ Dienstanweisung Nr. 18/56 des Ministers, 17.10.1956, BArch, MfS, BdL-Dok., Nr. 2225, Bl. 1; zusätzlich *Zubok*, Der sowjetische Geheimdienst in Deutschland und die Berlinkrise 1958–61, 1997, S. 121–143, hier S. 125f.; sowie *Engelmann*, Schild, 2003, S. 256.

⁷⁸ Protokoll der Dienstbesprechung vom 22.3.1955, BArch, ZA, SdM, Nr. 1921, Bl. 104–111, hier. Bl. 104. Dazu zählten dokumentarische Beweise über Geheimverträge, Mobilisierungs- und Einsatzpläne des Gegners, die Stärke der gegnerischen Stützpunkte, die Verteilung der gegnerischen Kräfte sowie deren Technik und Ausrüstung. Nach dem 17. Juni war das Ministerium für Staatssicherheit kurzweilig dem Ministerium des Innern unterstellt worden. Der neu eingesetzte Chef der Behörde fungierte demnach nicht als Minister, sondern lediglich als Staatssekretär. Kurze Zeit später machte das ZK der SED diese Entscheidung wieder rückgängig. Siehe *von Flocken/Scholz*, Wollweber, 1994.

⁷⁹ *Engelmann*, Westarbeit, 2003, S. 148.

⁸⁰ *Engelmann*, Schild, 2003, S. 256.

Die Westspionage charakterisierte sich als eine auf lange Sicht ausgerichtete Geheimdiensttätigkeit.⁸¹ Dies machte sich vor allem in der personellen Besetzung deutlich. Im Zuge der veränderten Akzentuierung wechselten hochrangige Kader der Spionageabwehr in den 1956 neu geschaffenen Auslandsnachrichtendienst, der Hauptverwaltung A (HV A).⁸² Für Roger Engelmann bildete der neue Schwerpunkt den „Grundstein für die spätere Stärke der Auslandsspionage im MfS“.⁸³ Die zunehmende Verschmelzung der Verantwortungsbereiche von klassischer Spionage mit geheimpolizeilichen Tätigkeiten entsprach zusätzlich verstärkt dem sowjetischen Ideal der „Einheit von Abwehr und Aufklärung“.⁸⁴ Eine wichtige Aktivität stellten dabei die ‚aktiven Maßnahmen‘ dar.

1.2 ‚Aktive Maßnahmen‘ und die Abteilung X der HV A

Im Jahr 1986 hielt der Leiter der Abteilung X der HV A, Rolf Wagenbreth, eine Rede vor ostdeutschen Geheimdienstoffizieren. Bis zu diesem Zeitpunkt bestanden kaum Vorkenntnisse über das Tätigkeitsfeld und den Auftrag der für die ‚aktiven Maßnahmen‘ und insbesondere für Desinformationen zuständigen Dienststelle. Ausschließlich die Führungsetage im 9. Stock der Auslandsaufklärung in der Ruschestraße war die Existenz dieser Eliteeinheit bekannt,

⁸¹ *Herbstritt/Stadelmann-Wenz*, Westarbeit, 2015, S. 140.

⁸² Dienstanweisung Nr. 18/56, 17.8.1956, BArch, MfS, BdL-Dok., Nr. 2225, Bl. 1. In vielen einschlägigen Publikationen heißt der ostdeutsche Auslandsspionagedienst auch Hauptverwaltung Aufklärung. Im Zuge der Herbstrevolution 1989/90 brachten die Leiter der HV A diese Bezeichnung gezielt in Umlauf, um dadurch ihre klassische Auslandsspionage-tätigkeit zu akzentuieren und klar von den restlichen Tätigkeiten des Ministeriums für Staatssicherheit zu trennen. Zur Hauptverwaltung A existiert bis heute keine Publikation, die ihre Rolle und ihre Tätigkeit innerhalb des ostdeutschen Staatsapparates entsprechend aufarbeitet. Dies liegt wahrscheinlich an der bescheidenen Quellenlage. Für den ehemaligen Präsidenten des BND sowie des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heribert Hellenbroch, zählte die HV A nach dem israelischen Mossad, der CIA und der 1. Hauptverwaltung des KGB zu den besten und effektivsten Geheimdiensten des Kalten Krieges; weit vor dem Bundesnachrichtendienst. Zur Entstehungsgeschichte Anfang der 1950er Jahre siehe *Knabe*, West-Arbeit, 1999, S. 64–67.

⁸³ *Engelmann*, Schild, 2003, S. 259.

⁸⁴ Ebd., S. 257. Zur „Einheit von Abwehr und Aufklärung“ siehe *Knabe*, West-Arbeit, 1999.

wurde sie doch auch innerhalb des Ministeriums geheim gehalten.⁸⁵ Wagenbreth erklärte: „Unsere Freunde in Moskau nennen es ‚Desinformazija‘, unsere Feinde in Amerika nennen es ‚active measures‘ und ich, liebe Freunde, nenne es ‚meine Lieblingsbeschäftigung“.⁸⁶ Anschließend konkretisierte er das Aufgabengebiet: „Es geht um den Versuch, am Rad der Geschichte zu drehen. [...] Wir transportieren die aus dem Westen kommende geheime oder vertrauliche Information nach entsprechender sachdienlicher Bearbeitung bei Nutzung inoffizieller Kräfte an den Ursprungsort zurück. Diese Information funktioniert dann nach dem Zeitbombenprinzip [...]: Zum günstigsten politischen Zeitpunkt und am optimal berechneten Ort fliegt sie explosiv in die Luft, natürlich ohne tödliche Wirkung, aber – wie man so schön sagt – die moralische Wirkung ist eine ungeheure.“⁸⁷

Ab Mitte der 1960er Jahre stellten die ‚aktiven Maßnahmen‘ eine der Hauptbetätigungen der HV A dar, dienten sie doch der aktiven Einmischung in „innen- und außenpolitische Angelegenheiten von Staaten mit westlichen Gesellschaftssystemen“.⁸⁸ Dabei ging es den Verantwortlichen nicht ausschließlich darum, beim ‚Klassenfeind‘ die eigene Ideologie zu verbreiten. Vielmehr zielten die Maßnahmen darauf ab, die Bundesrepublik Deutschland „bloßzustellen und zu diffamieren, die Bevölkerung [...] gegen staatliche Institutionen aufzuwiegeln, die demokratische politische Willensbildung zu stören, die außenpolitischen Beziehungen [...] zu beeinträchtigen und westliche Abwehr- und Nachrichtendienste zu verunsichern und in Verruf zu bringen“.⁸⁹ Beispielsweise gehörte dazu der Versuch, eine Regierung oder Mitglieder einer

⁸⁵ Scholz, *Active measures*, 2010, S. 117. Zu Wagenbreth siehe *Marxen/Werle* (Hrsg.), 2004, S. 488; sowie *Bohnsack*, Hauptverwaltung, 1997, S. 27–40.

⁸⁶ Rede Rolf Wagenbreths 1986, zitiert aus: *Bohnsack/Brehmer*, Auftrag: Irreführung, 1992, S. 19.

⁸⁷ Ebd., S. 22. Dabei orientierte sich das MfS an der psychologischen Kriegsführung Großbritanniens während des Zweiten Weltkrieges. Mitarbeiter des Secret Service hatten es beispielsweise geschafft, auf mehreren NS-Rundfunksendern gefälschte Nachrichten zu verbreiten. Siehe dafür *Brehmer*, *Das Spiel der Dienste*, 2003, S. 78–84, hier S. 78; sowie *Marxen/Werle* (Hrsg.), *Strafjustiz*, 2004, S. 476. Auch die ehemaligen Leiter der Hauptverwaltung A, Markus Wolf und Werner Großmann, gehen in ihren Biografien auf aktive Maßnahmen ein. Siehe *Wolf*, *Spionagechef*, 1997, S. 346–361; sowie *Großmann*, Bonn, 2007, S. 120–124.

⁸⁸ *Marxen/Werle* (Hrsg.), *Strafjustiz*, 2004, S. 473. Zur Rolle der West-IM, auch Kundschafter oder Aufklärer genannt, als Speerspitze siehe Richtlinie Nr. 2/79, Bl. 6.

⁸⁹ *Marxen/Werle* (Hrsg.), *Strafjustiz*, 2004, S. 474. Siehe zusätzlich die Ausführung von Falko Ritter: „Die Aktivitäten, um die es hier geht, stellen Versuche dar, die Politik des gegnerischen Landes und sein innenpolitisches Klima zu manipulieren. Damit soll die

solchen bei etwaigen Gesetzgebungsverfahren zu eigenen Gunsten zu beeinflussen. Einer der prominentesten Fälle in der deutsch-deutschen Geschichte ist 1972 das Misstrauensvotum gegen Willy Brandt. Dabei kaufte das Ministerium für Staatssicherheit die Stimmen von zwei Bundestagsabgeordneten, um einen drohenden Regierungswechsel in der Bundesrepublik zu verhindern.⁹⁰ Eine andere Ausprägungsform zielte darauf ab, die außenpolitischen Beziehungen eines Staates zu Dritten zu stören. Ein Beispiel dafür ist die bereits erwähnte AIDS-Verschwörung.⁹¹ Obwohl diese Maßnahmen in der Öffentlichkeit stattfanden, sollten die Kenntnisse über den Verursacher „im engsten Innenbereich der Exekutive bleiben“.⁹²

Als eine weitere Variante der ‚aktiven Maßnahmen‘ verstand das politisch-operative Wörterbuch des MfS unter dem Stichwort Desinformation die „bewusste Verbreitung grundsätzlich oder teilweise unwahrer Information durch Wort, Schrift, Bild oder Handlungen“.⁹³ Zu diesem Zweck wurden „echte oder fiktive Briefe, Dokumente, Flugblätter, Bekennerschreiben und Studien lanciert, Witze verbreitet, genehme Bücher und Filme unterstützt“,⁹⁴ die dem Interesse des Arbeiter- und Bauernstaates dienlich waren. Die Aktionen waren „auf Grundlage miteinander verbundener wahrer, überprüfbarer und diskreditierender sowie unwahrer, glaubhafter, nicht widerlegbarer und damit ebenfalls diskreditierender Angaben zu entwickeln“.⁹⁵ Das Hauptziel bestand darin,

Außenpolitik des eigenen Landes aktiv gefördert und unterstützt werden.“ *Ritter*, Nachrichtendienste, 1989, S. 25.

⁹⁰ Im Zuge der durch die sozialliberale Koalition forcierten Entspannungspolitik war es im Bundestag zu einem Misstrauensvotum gekommen. Dabei versuchte die CDU-Fraktion den amtierenden Kanzler Willy Brandt durch Rainer Barzel zu ersetzen. Um dies zu verhindern, kaufte das Ministerium für Staatssicherheit beim anschließenden Wahlgang die Stimmen der Abgeordneten Julius Steiner, CDU, und Leo Wagner, CSU. Siehe dazu *Münkel*, Kampagnen, 2013, S. 50; sowie *Kopp*, Desinformant, 2016, S. 11f.

⁹¹ Siehe *Kopp*, Desinformant, 2016, S. 9.

⁹² *Jakob*, Nachrichtendienste, 1999, S. 138; sowie *Taplin*, Principles, 1989, S. 475.

⁹³ *Suckut*, Wörterbuch, 2001, S. 88.

⁹⁴ Der Bundesbeauftragte <https://www.stasi-unterlagen-archiv.de/informationen-zur-stasi/publikationen/publikation/hauptverwaltung-a-hv-a-1//>, S. 171f (08.03.2022 10:38); sowie *Scholz*, Active measures, 2010, S. 117. Die Abteilung Agitation stellte Mitte 1969 für den Minister des MfS, Erich Mielke, eine Liste von Publikationen und Verfilmungen zusammen. Darunter befanden sich drei Dokumentationen, 18 Spielfilme und vier Bücher. Siehe den Überblick über die Agitationstätigkeit, 18.7.1969, BArch, MfS, SdM, Nr. 1416, Bl. 21–27; sowie *Marxen/Werle* (Hrsg.), Strafjustiz, 2004, S. 476.

⁹⁵ *Marxen/Werle* (Hrsg.), Strafjustiz, 2004, S. 476.

einzelne Personen und Institutionen abzuwerten und – im DDR-Jargon – ‚zu zersetzen‘⁹⁶

Dafür wurden sogenannte Multiplikatoren eingesetzt. Dem erforderlichen Aufgabenprofil entsprachen zumeist Journalisten, Professoren oder Vertreter von Studierendenbewegungen. Berufsbedingt besaßen sie die Möglichkeit, „politische Bewegungen auszulösen und zu steuern, Meinungen in der Öffentlichkeit zu bilden oder auch Enthüllungskampagnen zu initiieren“.⁹⁷ Dabei unterteilte die zuständige Abteilung X der HV A ihre Multiplikatoren in zwei Kategorien: die Einen gaben wissentlich die ihnen vorgesetzten Informationen weiter und dienten als bewusst handelnde Einflussagenten. Für die Anderen wurde nach der Wende der Begriff der ‚nützliche Idioten‘ verwendet.⁹⁸ Diese wussten nicht, aus welcher Quelle die ihnen vorgelegten Dokumente stammten und waren demnach leicht zu instrumentalisieren. Da Letztere zumeist auch an den Wahrheitsgehalt ihrer Thesen glaubten und die an sie herangebrachten Informationen daher überzeugender präsentierten, gehörten sie zu den glaubwürdigeren und somit effektiveren Multiplikatoren.⁹⁹ Im Idealfall schafften es Desinformationskampagnen, sich ab einem bestimmten Zeitpunkt zu verselbstständigen und ohne geheimdienstlichen Input weiterzulaufen.

Die für die ‚aktiven Maßnahmen‘ zuständigen Abteilung X entstand am 15. Juni 1966 aus dem Spezialreferat F der Informations- und Auswertungsabteilung VII der HV A. Die Leitung erhielt Rolf Wagenbreth.¹⁰⁰ Erich Mielke hatte eine sowjetische Direktive an den Chef der HV A, Markus Wolf,

⁹⁶ Richtlinie 2/79, 8.12.1979, BArch, BdL-Dok., Nr. 3240, Bl. 10; sowie *Scholz*, *Active measures*, 2010, S. 117.

⁹⁷ *Selva/Nehring*, *AIDS-Verschörung*, 2010, S. 13; sowie *Müller-Enbergs*, *Inoffizielle Mitarbeiter*, Teil 2, 1998, S. 226. Siehe zusätzlich: *Operative Agitation im Überblick über die Agitationstätigkeit*, 18. Juli 1969, BArch, MfS, SdM, Nr. 1416, Bl. 12. In der Richtlinie für die Arbeit mit inoffiziellen Mitarbeitern sollen „Ausgangspunkte, handelnde Personen und Zielsetzung der aktiven Maßnahmen verschleiert werden“. Siehe Richtlinie 2/79, 8.12.1979, BArch, BdL-Dok., Nr. 3240, Bl. 10.

⁹⁸ Einmal in der Stalinallee, in: *DER SPIEGEL* Nr. 29/1991, S. 34. Zu den von der Abteilung X unterstützten westlichen Medien gehörte beispielsweise der Berliner Extra-Dienst sowie das Magazin *Konkret*. Siehe: *Der Bundesbeauftragte*, <https://www.stasi-unterlagenarchiv.de/informationen-zur-stasi/publikationen/publikation/hauptverwaltung-a-hv-a-1/>, S. 176 (08.03.2022 10:39). Siehe zusätzlich <https://www.welt.de/print-welt/article442646/Die-Stasi-und-die-nuetzlichen-Idioten.html> (27.01.2020 11:32).

⁹⁹ *Selva/Nehring*, *AIDS-Verschörung*, 2014, S. 15.

¹⁰⁰ Befehl Nr. 14/66 von Erich Mielke an den Ministerrat der DDR, 28.5.1966, BArch, MfS, BdL-Dok., Nr. 1071, Bl. 1. Die Abteilung VII/F war im Oktober 1961 entstanden. Siehe zusätzlich *Marxen/Werle* (Hrsg.), *Strafjustiz*, 2004, S. 474.

weitergeleitet, die ‚aktiven Maßnahmen‘ auch von Seiten des ostdeutschen Nachrichtendienstes zu intensivieren.¹⁰¹ Der Befehl aus Moskau sah vor, „to influence both internal and foreign policy in the Western European states flanking the activities of the government“.¹⁰² Wagenbreths Dienststelle sollte mit nachrichtendienstlichen Mitteln auf die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik einwirken.¹⁰³ Das Ziel der Abteilung X lehnte sich stark an das Verständnis ihres sowjetischen Pendantes im KGB an: Die kapitalistische Position sollte geschwächt und die eigene Außenpolitik sowie die der sozialistischen Länder gestärkt werden.¹⁰⁴ Dafür sei es notwendig, „den Gegner durch konzentrierte agitatorische, politisch-operative und spezielle aktive Maßnahmen an seiner Basis und in seinem Hinterland zu treffen“.¹⁰⁵

Obwohl die Dienst Einheit als Teil der Hauptverwaltung A formal dem MfS unterstellt war, unterlag sie mit ihrer Tätigkeit jedoch im „besonderen Maße den Vorgaben und Entscheidungen des ZK der SED“.¹⁰⁶ Da die Abteilung X ihre Tätigkeiten intensiv mit der offiziellen Auslandspropaganda des sozialistischen Regimes koordinierte, bot sich ihr im besonderen Maße die Gelegenheit, „politische Kampagnen der Partei oder anderer Staatsorgane direkt und unmittelbar zu unterstützen“.¹⁰⁷ Vor allem gegenüber der Westkommission des Zentralkomitees machte sich das dadurch bemerkbar, dass anstehende Kampagnen durchweg der Abstimmung bedurften.¹⁰⁸ Auch bei der Aktion ‚Verwüstung‘ sollten die Verantwortlichen daher wiederholt im Zentralkomitee vorsprechen. Ähnlich wie die restlichen Abteilungen des MfS konnte

¹⁰¹ Markus Wolf stand bis 1986 der Hauptverwaltung A vor. Zusätzlich war er Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit. *Müller-Enbergs*, Wolf, 2016, S. 379; *Gieseke*, Wolf, 2010; *Hirsch*, Markus-Wolf-Prozess, 1994; *Schlomann*, Maulwürfe, 1993; *Reichenbach*, Chef der Spione, 1992; *Wolf*, Geheimdienstchef, 1997. Bisher liegt noch keine wissenschaftliche Biografie zu Wolf vor.

¹⁰² *Scholz*, Active measures, 2010, S. S. 117; selbiges findet sich zudem bei *Bohnsack*, Hauptverwaltung, 1997, S. 34.

¹⁰³ Befehl 14/66, BArch, MfS, HA IX, Nr. 16344; sowie *Wolf*, Spionagechef, 1997, S. 347.

¹⁰⁴ *Mitrokhin*, KGB Lexicon, 2002, S. 13. Die Definition basierte auf den Ausführungen Lenins in *Der ‚linke Radikalismus‘, eine Kinderkrankheit des Kommunismus* aus dem Jahr 1920, Lenin, Werke, Bd. 31, S. 1–105.

¹⁰⁵ *Kopp*, Desinformant, 2016, S. 93.

¹⁰⁶ *Marxen/Werle* (Hrsg.), Strafjustiz, 2004, S. 474f.

¹⁰⁷ Operative Agitation im Überblick über die Agitationstätigkeit, 18.7.1969, BArch, MfS, SdM, Nr. 1416, Bl. 12.

¹⁰⁸ *Marxen/Werle* (Hrsg.), Strafjustiz, 2004, S. 475; sowie *Amos*, SED-Deutschlandpolitik, 2015, S. 15–39.

die HV A/X bei ihren Tätigkeiten zudem von der Kommunistischen Partei in Moskau angeleitet werden, die in der Außendarstellung aller Ostblockstaaten Richtlinienkompetenz besaß.¹⁰⁹ Dieser Einfluss sollte sich bei der Einstellung der hier untersuchten Kampagne zeigen.

Innerhalb der Hauptverwaltung A macht sich der Elitestatus besonders dadurch bemerkbar, dass die Abteilung X bis zu ihrer Auflösung 1990 durchweg im unmittelbaren Anleitungsbereich des Chefs des Auslandsgeheimdienstes lag (siehe Anhang). Die Diensteinheit bildete vielmehr die ‚Spielwiese‘ des Leiters der HV A, Markus Wolf, der dadurch die Gelegenheit wahrnahm, auch eigene politische Zielvorstellungen „unmittelbar mit dem seiner Verfügung unterstehenden nachrichtendienstlichen Apparat zu verwirklichen“.¹¹⁰ Bereits bei Amtsantritt im Jahre 1956 hatte er gegenüber einem kleinen Kreis eingeweihter Mitarbeiter verkündet, dass er die Funktion der HV A nicht bloß als Lieferantenrolle für die Partei und Regierung interpretiere. Vielmehr sei der Geheimdienst „mit Hilfe der inoffiziellen und geheimen Kanäle und Stützpunkte gehalten, im Operationsgebiet politisch selbst etwas zu bewegen“.¹¹¹ Daher beschränkten sich die Ausfertigungen anstehender Maßnahmen nicht ausschließlich auf die sonst üblichen jährlichen Arbeitspläne. Vielmehr sprach Wagenbreth fast wöchentlich bei Wolf vor, der dem Leiter der HV A/X dabei entsprechende Einzelbefehle diktierte und Durchführungsmöglichkeiten, etwaige Reaktionen und Vorgehensweisen erörterte.¹¹²

Im Gegensatz zu den anderen Diensteinheiten der Hauptverwaltung A war die Abteilung X nicht primär auf den Einsatz von Agenten im klassischen Sinne angewiesen, da Desinformationskampagnen nicht einen steten, frischen Informationsfluss benötigten. Beispielsweise waren für die Verwendung ‚nützlicher Idioten‘ oftmals lediglich sogenannte Kontaktpersonen erforderlich, denen entsprechendes Material zugespielt wurde.¹¹³ Zusätzlich bediente sich die HV A/X bei der zentralen DDR-Auslandspresseagentur ‚Panorama‘, bei der Presseabteilung des Außenministeriums, beim Allgemeinen Deutschen Nach-

¹⁰⁹ Scholz, *Active measures*, 2010, S. 117; sowie *Selvage/Nehring*, *AIDS-Verschörung*, 2014, S. 15.

¹¹⁰ *Marxen/Werle* (Hrsg.), *Strafjustiz*, 2004, S. 476.

¹¹¹ Zitiert aus: *Bohnsack*, *Hauptverwaltung*, 1997, S. 28.

¹¹² *Marxen/Werle* (Hrsg.), *Strafjustiz*, 2004, S. 476. Entsprechende Jahrespläne wurden ausschließlich innerhalb der Abteilung entworfen, um sie Wagenbreth vorlegen zu können.

¹¹³ *Marxen/Werle* (Hrsg.), *Strafjustiz*, 2004, S. 480. Für die Rolle und Definierung von Kontaktpersonen siehe Richtlinie Nr. 2/79, Bl. 45–51.

richtendienst (APN) sowie beim Institut für Politik und Wirtschaft (IPW).¹¹⁴ Eigene ‚inoffizielle Mitarbeiter‘ im Operationsgebiet spielten hingegen zumeist für die Beschaffung notwendigen Hintergrundwissens anstehender Operationen eine Rolle. Obschon dies in einem viel geringeren Maße erfolgte, trugen diese gesammelten Informationen zu Repressionsmaßnahmen gegenüber der eigenen Bevölkerung bei, setzte das MfS diese Kenntnisse doch für die „Bekämpfung oppositioneller Kräfte“¹¹⁵ in der DDR ein.

In den ersten Jahren ihrer Tätigkeit bis 1970 bestand die HV A/X lediglich aus drei Unterabteilungen (siehe Anhang).¹¹⁶ Das erste Referat beschäftigte sich mit der Materialerstellung und der Verfälschung von Dokumenten für Desinformationskampagnen. Das zweite Referat zeichnete sich für die Kontaktpflege zu Multiplikatoren und die Anfertigung gefälschter Zeitungsartikel im westlichen Ausland verantwortlich. Die letzte Unterabteilung war mit der Rekrutierung ‚inoffizieller Mitarbeiter‘ beschäftigt. Welches dieser Referate sich federführend für die Aktion ‚Verwüstung‘ verantwortlich zeigte, ist aus den eingesehenen Dokumenten nicht ersichtlich.¹¹⁷ Vieles deutet aber darauf hin, dass es die Referate 1 und 2 gewesen sein könnten. Bei der Materialerstellung assistierte der HV A/X die Abteilung Agitation des MfS.

¹¹⁴ *Marxen/Werle* (Hrsg.), *Strafjustiz*, 2004, S. 485. Eine Studie zum Institut für Internationale Beziehung der DDR legte Marcus Beyer vor. Siehe *Beyer*, *Außenpolitische Deutungsverwaltung*, 2015. Eine Untersuchung zur außenpolitischen Presseagentur Panorama stammt aus der Feder von Thomas Brünner. Siehe *Brünner*, *Public Diplomacy*, 2011.

¹¹⁵ *Strafjustiz und DDR-Unrecht*, Bd. 4, 2004, S. 475. Für einzelne Operationen der HV A/X siehe S. 496–545. Dies bekräftigt einmal mehr, dass es sich bei Entscheidung des ‚runden Tisches‘ 1990, die HV A sich selbst auflösen zu lassen, um einen Fehler handelte.

¹¹⁶ Erst später fanden weitere Untergliederungen innerhalb der Abteilung statt. Da diese jedoch erst ab 1970 erfolgten, sind diese Kompetenzverlagerungen für die vorliegende Untersuchung nicht relevant. Siehe dazu *Marxen/Werle* (Hrsg.), *Strafjustiz*, 2004, S. 487f.

¹¹⁷ Vermutlich wird es sich dabei um die Sektionen 1 und 2 gehandelt haben, bestätigte doch der ehemalige Mitarbeiter der Unterabteilung 3, Horst Kopp, per E-Mail dem Verfasser, von der Kampagne „noch nie etwas gehört“ zu haben (13.11.2019). Zu Horst Kopp's Aufgaben in der HV A/X siehe *Kopp*, *Der Desinformant*, 2016, S. 10. Dieser gibt in seinen Erinnerungen an, in Referat 3 der HV A/X gearbeitet zu haben. Siehe dazu S. 100.

1.3 Die Abteilung Agitation des Ministeriums für Staatssicherheit

Die von Günter Halle geleitete Dienst Einheit war 1955 aus der Abteilung Allgemeines des MfS hervorgegangen und verantwortete Ausstellungen, Publikationen und Filme zur Tätigkeit des Ministeriums.¹¹⁸ Sie unterstützte ebenfalls die von der Partei vorgegebenen Aufgaben zur „Sicherung und dem Schutz der Republik und seiner sozialistischen Ordnung im Kampf gegen den imperialistischen Feind“.¹¹⁹ Im Unterschied zur HV A/X platzierte sie ihre Erzeugnisse jedoch ausschließlich in DDR-Medien (siehe Anhang).¹²⁰ Ein Versuch, diese Tätigkeit auch auf die ausländische Presse zu erweitern, war 1966 am Einfluss Markus Wolfs gescheitert.¹²¹

Für die Erfüllung ihrer Aufgaben pflegte die Abteilung Agitation intensive Kontakte zu zahlreichen staatlichen Organen wie etwa dem Politbüro, dem Nationalen Verteidigungsrat oder den einzelnen Bezirksleitungen. Ihre Arbeit koordinierte die Abteilung beinahe täglich mit dem Vorsitzenden der Westkommission des Politbüros, Albert Norden, und bildete somit die Schnittstelle zu den staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten. Ihre führenden Mitarbeiter gehörten zudem zahlreichen Gremien an, die sich mit der Bundesrepublik auseinandersetzten. Dazu zählte beispielsweise das Staatssekretariat für westdeutsche Fragen oder das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten.¹²²

Das Aufgabenspektrum der Abteilung Agitation gliederte sich in die klassische Öffentlichkeitsarbeit, die ‚operativen Agitationen‘ sowie in die ‚Spezialpropaganda‘. Die Öffentlichkeitsarbeit stellte einen wichtigen Bestandteil der ‚Vorbeugearbeit‘ des Ministeriums für Staatssicherheit dar. Unter diesem

¹¹⁸ Engelmann/Florath/Heidemeyer/Münkel/Polzin/Süß (Hrsg.), MfS-Lexikon, 2016, S. 19f; sowie <https://www.stasi-unterlagen-archiv.de/mfs-lexikon/detail/abteilung-agitation/> (08.03.2022 10:52). Günter Halle stand der Abteilung von 1957–1975 vor.

¹¹⁹ Überblick über die Agitationstätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit, 18. Juli 1969, BArch, MfS, SdM, Nr. 1416, Bl. 3. Sie unterstützte beispielsweise den Zentralrat der FDJ bei einer Vereinbarung mit dem Verband Deutscher Studentenschaften hinsichtlich gemeinsamer Aktionen gegen die westdeutsche Militärrüstung. Die kommunistische FDJ war der einzige in der DDR anerkannte und unterstützte Jugendverband. Siehe Mählert/Stephan, Hemden, 1996.

¹²⁰ Engelberth/Florath (Hrsg.), MfS-Lexikon, 2011, S. 19f; sowie <https://www.stasi-unterlagen-archiv.de/mfs-lexikon/detail/abteilung-agitation/> (08.03.2022 10:54).

¹²¹ Kopp, Desinformant, 2016, S. 93f.

¹²² Überblick über die Agitationstätigkeit, 18.7.1969, BArch, MfS, SdM, Nr. 1416, Bl. 3; sowie: Überblick über die Tätigkeit der Abteilung Agitation, undatiert, ebd., Bl. 66.

Begriff verstand das MfS alle Anstrengungen, die verhindern sollten, dass „Bürger den Anwerbungen des Feindes zum Opfer fallen und Verbrechen gegen unsere Gesetzlichkeit begehen“.¹²³ Dabei beinhaltete diese Tätigkeit alle medialen Inszenierungen, bei denen das MfS als Absender in Erscheinung treten durfte. Das Ministerium sollte hierbei sogar ganz gezielt vor den Medien sichtbar werden, etwa in Form eines Interviews mit Erich Mielke.¹²⁴ Dafür war im Dezember 1967 eigens eine Unterabteilung gegründet worden, die mit der Bezeichnung ‚Pressestelle des MfS‘ vor allem gegenüber den Westmedien für Glaubwürdigkeit sorgen sollte. Genauso wie die ihr übergeordneten Dienststellen bestand ihre Hauptaufgabe darin, die Pläne und Absichten der ‚Imperialisten‘ zu entlarven. Sie bediente sich dabei jedoch legaler Kommunikationsformen.¹²⁵

Bei möglichen Zielen lassen sich sowohl innen- als auch außenpolitische Aspekte konstatieren: Innenpolitisch diente die Vorbeugearbeit dazu, das Vertrauen der Bevölkerung in den eigenen Staatssicherheitsapparat zu festigen. Dies sollte das Verantwortungsbewusstsein der Bürger gegenüber den sozialistischen Errungenschaften stärken sowie deren Bereitschaft erhöhen, die Arbeit des MfS aktiv zu unterstützen.¹²⁶ Außenpolitisch ging es darum, Pläne und Absichten des gegnerischen Lagers zu enthüllen sowie „patriotische Kräfte in Einsatzgebieten“¹²⁷ zu gewinnen. In beiden Fällen handelte es sich jedoch primär um die eigene Selbstdarstellung: Es sollte aufgezeigt werden, welche „wahrhaft humanistische, aber auch zugleich gefährvolle Aufgabe die Staatssicherheit im Auftrag der Partei zum Schutze des Friedens, unseres sozialistischen Staates und unserer Bevölkerung“¹²⁸ erfülle.

Die auch als Konterpropaganda bezeichnete ‚operative Agitation‘ sollte gegnerische Aktionen entlarven. Dafür durfte nicht erkennbar sein, dass „Pressekonferenzen oder Pressepublikationen in irgendeinem Zusammenhang mit dem MfS stehen“.¹²⁹ Das Aufgabenfeld lautete: Zunächst sollten gegne-

¹²³ Probleme der Agitationstätigkeit, 19.7.1969, BArch, ebd., Bl. 70.

¹²⁴ Überblick über die Agitationstätigkeit, 18.7.1969, ebd., Bl. 6.

¹²⁵ Befehl Nr. 38/67 von Mielke an Ministerrat, 15.12.1967, BArch, BdL-Dok., Nr. 1170, Bl. 1.

¹²⁶ Befehl Nr. 38/67 Mielke an Ministerrat, 15.12.1967, BArch, MfS, BdL-Dok., Nr. 1171, Bl. 1; Befehl BArch, MfS, BdL-Dok., Nr. 1170, Bl. 1; sowie Überblick über die Agitationstätigkeit, 18.7.1969, BArch, MfS, SdM, Nr. 1416, Bl. 7

¹²⁷ Ebd.

¹²⁸ Ebd.

¹²⁹ Ebd., Bl. 12.

rische Pläne und Aktivitäten gegen die sozialistischen Länder konterkariert werden. Folglich galt es, ehemalige Kriegsverbrecher sowie Nationalsozialisten und ihre Wiederverwendung in Westdeutschland aufzudecken. Des Weiteren sollte der vermeintlich wachsende neonazistische und revanchistische Einfluss in der bundesrepublikanischen Gesellschaft aufgezeigt werden. Weiterhin gab das MfS vor, mögliche Pläne der Bundeswehr und der NATO zu entlarven. Schließlich sollten Kräfte im Westen unterstützt werden, die der eigenen Politik positiv gegenüberstanden.¹³⁰ Ziel dieser Maßnahmen war es, den Gegner zu desinformieren beziehungsweise zu beschäftigen. Im Optimalfall wirkten sich diese Aktivitäten auch „positiv auf die Erziehung der Bürger der DDR aus“.¹³¹

Die dritte Tätigkeit der Abteilung Agitation war die ‚Spezialpropaganda‘, die schwerpunktmäßig auf die Bevölkerung des westlichen Auslandes einwirken sollte. Zunächst war es erforderlich, Zweifel zu säen, um das kapitalistische System zu destabilisieren. Dadurch sollte das Vertrauen zu staatlichen als auch privaten Einrichtungen untergraben, sowie die Glaubwürdigkeit der meinungsbildenden Massenmedien gestört werden. Davon versprach sich das MfS, Existenzängste innerhalb der westlichen Bevölkerung zu schüren, was wiederum Lösungen hervorrufen sollte, die für das sozialistische Lager von Vorteil waren. Überdies unterstützte die ‚Spezialpropaganda‘ diverse politische Oppositionsbewegungen bei ihrer Arbeit gegen die offizielle Regierungspolitik. Ähnlich wie die ‚operative Agitation‘ konzentrierte sich die Spezialpropaganda zudem auf bundesdeutsche Amtsträger und ihre nationalsozialistische Vergangenheit.¹³² Als Mittel dazu dienten sowohl periodische als auch einmalig erscheinende Schriften, gezielte Briefe an Einzelpersonen oder Institutionen sowie Störaktionen in Form von fiktiven Warenbestellungen.¹³³ Für die Aktion ‚Verwüstung‘ stellten die Abteilung Agitation des MfS zusammen mit der Abteilung X der HV A die zentralen Akteure dar.

¹³⁰ Die Auflistung dieser Maßnahmen findet sich ebd., Bl. 13.

¹³¹ Ebd., Bl. 14. Beispielsweise wird hier die Publikation „Retter von Greifswald“ aufgeführt, wobei der Autor, Oberst Petershagen, bei seiner Arbeit unterstützt wurde. Dieser hatte während des Zweiten Weltkrieges die Stadt Greifswald friedlich an die Rote Armee übergeben.

¹³² Die Aufgabenaufstellung findet sich ebd., Bl. 17.

¹³³ Ebd.

2 Die Aktion ‚Verwüstung‘

2.1 Die Planungsphase

Im Juli 1966 trafen sich politische Vertreter des Warschauer Paktes in der rumänischen Hauptstadt Bukarest. Neben dem Vietnamkrieg erörterten die Teilnehmer auch „Fragen des Friedens und der Sicherheit in Europa“.¹³⁴ Die Ergebnisse der Konferenz deuten darauf hin, warum sich kurze Zeit später entsprechende Desinformationskampagnen entfalteten. Inhaltlich handelte es sich bei den anschließenden Deklarationen um Themen, die von entsprechender Stelle leicht als Verschwörungstheorien instrumentalisiert werden konnten: die nationalsozialistische Vergangenheit bundesdeutscher Amtsträger sowie Massenvernichtungswaffen. Beide Statements zielten auf die Beziehungen der USA zur Bundesrepublik ab, die im Fall des Vietnamkrieges sogar als „Helfershelfer[in] der Aggression“¹³⁵ in der Erklärung auftauchte. Die Vorwürfe sollten dazu führen, mögliche Gegensätze innerhalb des westlichen Bündnisses zu verstärken.

Im April 1967 weilten Vertreter des Ministeriums für Staatssicherheit beim sowjetischen Bruderdienst in Moskau. Im Mittelpunkt der fünftägigen Konferenz stand dabei der Bereich der ‚aktiven Maßnahmen‘ mit dem Ziel, „dem

¹³⁴ Archiv der Gegenwart, S. 12593. Neben der Erklärung zum Vietnamkrieg veröffentlichten die Teilnehmer die ‚Deklaration über die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa‘. Beide Stellungnahmen ähnelten dabei sehr dem Kommuniqué des XXIII. Parteitages der KPdSU. Dieses ist abgedruckt in: Archiv der Gegenwart, S. 12435. In der ‚Bukarester Deklaration‘ hatte die DDR zudem vermehrt Solidarität für ihren Kurs erfahren, sich von einer gesamtdeutschen Orientierung abzugrenzen. Siehe dazu *Scholtyssek*, Außenpolitik, 2003, S. 26; *Potthoff*, Mauer, 1999, S. 48; sowie *Kleßmann*, Ostpolitik, 2004, S. 17.

¹³⁵ Archiv der Gegenwart, S. 12593. Mit Giftstoffen wird beispielsweise ‚Agent Orange‘ gemeint gewesen sein. Dies wurde von den Firmen Dow Chemical und Mobay hergestellt und geliefert, welche wiederum Gemeinschaftsunternehmen von Monsanto und Bayer waren. Siehe zusätzlich die Übersetzung des Artikels ‚Zum chemischen Krieg Nordamerikas in Vietnam. Die Unterstützung Westdeutschlands‘ von Nelson H. Pike, 1968, BArch, MfS, ZAIG, Nr. 11725, Bl. 62–86.

Gegner harte Schläge zu versetzen¹³⁶. Die Staatssicherheitsdienste beider Länder erhofften sich, mögliche Pläne des westlichen Lagers bereits im Ansatz zu durchkreuzen und von der „Wühlarbeit gegen die UdSSR und anderer sozialistischer Länder“¹³⁷ abzulenken. Dafür sollte der kapitalistische Gegner propagandistisch in die Defensive gedrängt werden, mit dem Ziel der „Schwächung der Position der USA und der westdeutschen Bundesrepublik in der Welt“.¹³⁸

Vor allem das MfS konzentrierte sich auf die „Entlarvung militärischer Bestrebungen der westdeutschen Bundesregierung“.¹³⁹ Die Bemühungen nach größerem Einfluss im transatlantischen Bündnis belegten die expansionistischen Absichten Westdeutschlands und bedeuteten eine direkte Gefahr für seine Nachbarn.¹⁴⁰ Als Ergebnis zukünftiger Aktionen versprachen sich die beiden Staatssicherheitsapparate mindestens zwei Dinge: Erstens die Anregung einzelner Länder zur „Herstellung diplomatischer Beziehungen mit der DDR“.¹⁴¹ Und zweitens eine Konferenz für europäische Sicherheit in Paris mit dem Ziel einer „Liquidierung der Militärbasen der USA“¹⁴² auf dem europäischen Kontinent.

Ein Resultat der Besprechung vom 10. bis 15. April 1967 war die Initiierung einer Desinformationskampagne mit dem Decknamen ‚Verwüstung‘.¹⁴³ Diese Aktion bündelte zunächst alle Maßnahmen des MfS zur „Enthüllung der Herstellung von ABC- und Raketenwaffen, über Wissenschaftler, Konzerne und wissenschaftliche Einrichtungen Westdeutschlands“.¹⁴⁴ Durch ein System „aufeinander abgestimmter aktiver Maßnahmen“¹⁴⁵ sollte die internationale Öffentlichkeit über die Anstrengungen Westdeutschlands auf dem A-, B- und

¹³⁶ Verhandlungen MfS und KfS (KGB), 14.4.1967, BAarch, MfS, SdM, Nr. 1465, Bl. 134.

¹³⁷ Ebd., Bl. 136.

¹³⁸ Ausführung Agajanc, 19.4.1967, ebd., Bl. 126.

¹³⁹ Verhandlungen MfS und KfS (KGB), 14.4.1967, ebd., Bl. 135.

¹⁴⁰ Ausführung Agajanc, 19.4.1967, ebd., Bl. 127.

¹⁴¹ Verhandlungen MfS und KfS (KGB), 14.4.1967, ebd., Bl. 135.

¹⁴² Ausführung Agajanc, 19.4.1967, ebd., Bl. 129.

¹⁴³ Zusätzlich wurden eine Reihe weiterer Kampagnen beschlossen: Beispielsweise zielte die Aktion ‚Wissenschaft‘ auf die Enthüllung von westdeutschen Spionageaktivitäten in den USA. Die Aktion ‚Marabu‘ sollte mögliche Gegensätze der Bundesrepublik zu arabischen Ländern aufzeigen. In der Aktion ‚Sonne‘ sollten „neokolonialistische Ziele“ des Auswärtigen Amtes entlarvt werden. Die Aktion ‚Neo‘ konzentrierte sich erneut auf den Neonazismus in Westdeutschland. Siehe dazu das Ergebnis der Besprechung über die Verhandlungen MfS und KfS (KGB), 14.4.1967, ebd., Bl. 136–147.

¹⁴⁴ Verhandlungen MfS und KfS (KGB), 14.4.1967, ebd., Bl. 137.

¹⁴⁵ Wolf an Mielke, 22.10.1968, BAarch, MfS, ZAIG, Nr. 10628, Bl. 7.

C-Sektor desinformiert und der ‚Klassenfeind‘ dadurch diskreditiert werden. Zusätzlich verfolgte das MfS zwei Ziele: zum einen verstärkte Zweifel am kapitalistischen System zu wecken und zum anderen infolgedessen die „latente Existenzangst breiter Bevölkerungsschichten“¹⁴⁶ zu schüren. Dies erfolgte durch den Versuch, die „Aggressivität des westdeutschen Imperialismus vor der Weltöffentlichkeit erneut eindrucksvoll zu entlarven“¹⁴⁷ und die Bundesrepublik als Hauptgefahrenherd für den Frieden in Europa darzustellen. Die primär durch die ostdeutsche Staatssicherheit durchgeführte Propagandakampagne sollte durch den KGB unterstützt werden. Der sowjetische Dienst übernahm die Aufgabe, die in den Jahren zuvor vom MfS gesammelten Spionageinformationen zum Thema zu überprüfen, mit eigenem Material zu ergänzen und eine Lancierung bei der UNO zu unterstützen. Dementsprechend mussten die Anschuldigungen „glaubwürdige Angaben enthalten“.¹⁴⁸

Die unmittelbaren Folgen der Konferenz bleiben unklar, da sich für den Zeitraum vom April 1967 bis zum Herbst 1968 keine weiteren Archivalien finden lassen. Wahrscheinlich waren sie Teil der Unterlagen, die der Vernichtung im Zuge des Auflösungsprozesses der HV A zum Opfer fielen. Dementsprechend besteht nur begrenzt die Möglichkeit, die weitere Planungsphase zu rekonstruieren. Vorhandene Unterlagen verweisen auf ein weiteres Treffen zwischen Vertretern des MfS und des KGB in Ost-Berlin im September 1967, bei dem die Vorbereitungen zur Aktion konkretisiert werden sollten.¹⁴⁹ An diesem Punkt hätte beispielsweise Werner Großmann Auskunft geben können, der für die HV A zu dieser Zeit in Moskau weilte.¹⁵⁰ Auch die Überlieferung der Abteilung Agitation kann hierbei keinen weiteren Aufschluss geben, da diese Dokumente auf den Oktober 1968 datiert sind. Daraus lässt sich folgern, dass diese Dienststelle vorher offensichtlich noch nicht in den Planungsprozess miteinbezogen worden war.

Aus diesem Grund liegen auch keine Angaben über den Einsatz von Multiplikatoren vor. Demzufolge bleibt beispielsweise offen, auf welchem Weg Ehrenfried Petras Teil der Kampagne wurde. Durchsuchte das MfS systematisch

¹⁴⁶ Grundsätze der Agitationstätigkeit, undatiert, BArch, MfS, SdM, Nr. 1416, Bl. 16.

¹⁴⁷ Beispiele der operativen Agitation, 18.7.1969, ebd., Bl. 32.

¹⁴⁸ Verhandlungen MfS und KfS (KGB), 14.4.1967, BArch, MfS, SdM, Nr. 1465, Bl. 140. Neben der UNO sollte die Sowjetunion die Materialien auch in zahlreichen afrikanischen und asiatischen Ländern streuen.

¹⁴⁹ Verhandlungen MfS und KfS (KGB), 14.4.1967, ebd., Bl. 147. Dazu sollte ein Vertreter des KGB, Genosse Rudčenko, nach Berlin kommen.

¹⁵⁰ *Großmann*, Bonn, 2007, S. 39f.

die eigene Agentenkartei nach geeigneten Personen, oder stellte Petras sich situationsbedingt von selbst zur Verfügung? Inszenierte die Staatssicherheit anschließend gezielt seinen ‚Übertritt‘ oder reagierte sie lediglich auf eine sich bietende Gelegenheit? Erfolgte der Startpunkt demnach durch Zufall oder knüpfte sich dieser an bestimmte Entscheidungen aus dem September 1967 an? Die meisten dieser Fragen lassen sich aufgrund des fehlenden Quellenmaterials nur begrenzt beantworten. In einem Sachstandsbericht für das Bundesministerium des Innern tauchen beispielsweise im Herbst 1968 Informationen über einen Besuch Petras‘ in West-Berlin auf. Obschon er offiziell für Bewerbungsgespräche in der geteilten Stadt weilte, hätte dieser Aufenthalt für entsprechende Kontaktmöglichkeiten und einer konkreten Planung mit der Staatssicherheitsbehörde genutzt werden können.¹⁵¹ Unklar bleibt zudem, warum sich die angesetzte Kampagne zu Massenvernichtungswaffen zweiteilte: Zum einen in nukleare und zum anderen in biologische und chemische Waffen. Vielleicht hätten weitere Akten auch darüber informiert, warum sich die Aktion schlussendlich auf BC-Kampfstoffe konzentrierte.

Beim Versuch, die in den Akten klaffende Lücke zwischen April 1967 und Oktober 1968 zu rekonstruieren, fiel die Aufmerksamkeit auf eine fünfteilige Spiegelserie aus dem Jahr 1978.¹⁵² Die dazu relevanten Stasi-Akten beziehen sich auf die Verhaftung des ehemaligen Direktors des Instituts für Arbeitsphysiologie in Ost-Berlin, Adolf-Henning Frucht.¹⁵³ Frucht war am 17. Mai 1967 durch das MfS wegen seiner Spionagetätigkeit für einen amerikanischen Geheimdienst verhaftet worden. Die Stasi beschuldigte Frucht der Spionage chemischer Forschungsgeheimnisse, die es den Sowjets ermöglicht hätten, mit sogenannten Kältekampfstoffen zumindest zeitweise die „Radarstation der amerikanischen Frühwarnkette in Alaska mit Giftgas auszuschalten“.¹⁵⁴ Ohne

¹⁵¹ Sachstandsbericht des Bundeskriminalamtes, 25.8.1969, BArch, B 106/203172, Bl. 58. Petras bewarb sich beim Bundesamt für Materialprüfung in Berlin-Dahlem und war dementsprechend am 24.9.1968 für ein Bewerbungsgespräch vor Ort.

¹⁵² Siehe die Spiegelserie 1–5, in: DER SPIEGEL 24–28 aus dem Jahr 1978. Der Autor dankt an dieser Stelle Herrn Dr. Georg Herbstritt vom Stasi-Unterlagen-Archiv für den produktiven Austausch im Fall Petras.

¹⁵³ Die Akten zu Frucht: BArch, MfS, AOP, Nr. 3073/71; BArch, MfS, AP, Nr. 9559/72; BArch, MfS, AOP, Nr. 135/86; BArch, MfS, GH, Nr. 67/82.

¹⁵⁴ Der Spionagefall Frucht (II): Die konspirative Arbeit des Professors, in: DER SPIEGEL 25/1978, S. 142. Die Herstellung dieser geheimen Kampfstoffe fanden im VEB Arzneimittelwerk in Dresden und in den Chemischen und Pharmazeutischen Fabriken VEB Fahlberg-List in Magdeburg statt. Siehe zusätzlich: Spionagetätigkeit Fruchts auf dem Gebiet der Abwehr chemischer Massenvernichtungsmittel, undatiert, BArch, MfS, AOP, Nr. 135/86, Bl. 178–190.

es zu wissen, verriet Frucht dabei den gesamten „Kampfstoffabwehr-Code des Warschauer Pakts“.¹⁵⁵ Dies begründet wahrscheinlich auch die lebenslange Haftstrafe, zu der die DDR ihn nach einer zehnmonatigen Untersuchungshaft verurteilte.¹⁵⁶

Die Verhaftung und Verurteilung von Frucht könnte ein Grund gewesen sein, warum sich das MfS möglicherweise entschied, den Startpunkt der Kampagne aufzuschieben. Zum einen musste Ost-Berlin mit der Veröffentlichung der geheimen Informationen rechnen, die Frucht an westliche Behörden weitergeleitet hatte. Demnach schien es ratsamer zu sein, vorerst abzuwarten, ob der ‚Klassenfeind‘ in irgendeiner Form auf die Vorkommnisse reagierte. Der Westen hätte möglicherweise mit der Causa Frucht kontern können, dadurch wiederum die sozialistischen Staaten in die Defensive gedrängt und die Wirkungskraft der eigenen Kampagne verhindert. Zum anderen bot sich durch die Aktion ‚Verwüstung‘ die Gelegenheit, vom eigenen Kampfstoffprogramm abzulenken. Letzteres erklärt jedoch nicht, warum die Desinformationskampagne erst Ende 1968 begann. Plausibler erscheint demnach die erste Variante: Das MfS hielt es für sicherer, etwas mehr Zeit verstreichen zu lassen, zumal der Beschluss zur Kampagne erst kurz zuvor getätigt worden war und diese sich demnach noch im Planungsstadium befand. In den relevanten Akten des Bundesnachrichtendienstes findet sich zudem kein Aufschluss darüber, ob bundesdeutsche Behörden überhaupt vom Fall Frucht Kenntnis besaßen. Entsprechende Dokumente im Archiv des BND datieren frühestens auf das Jahr 1980. Demgemäß hatte zumindest der westdeutsche Auslandsgeheimdienst keine Kenntnisse über die Vorgänge.¹⁵⁷

Die Forschungsliteratur führt hier ein weiteres Argument an: Änne Bäumer-Schleinkofer begründet den Beginn mit dem Eintreffen von Ehrenfried Petras in der DDR. Das MfS habe darin den richtigen Zeitpunkt erkannt, um „effektiv aktiv zu werden“.¹⁵⁸ Auch für Detlef Kühn nutzte die Staatssicherheit das ‚Übersiedeln‘ des westdeutschen Biologen spontan.¹⁵⁹ War aber der Übertritt von Petras tatsächlich nur ‚Zufall‘? Dokumente aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv widersprechen dieser Argumentation: Es finden sich unterschiedliche

¹⁵⁵ Ebd., S. 151.

¹⁵⁶ Vorschlag, 4.3.1968, ebd., Bl. 365. Zudem: Der Spionagefall Frucht (III): Die Vernehmung beim Staatssicherheitsdienst, in: DER SPIEGEL 26/1978, S. 140–145.

¹⁵⁷ Eine entsprechende Auskunft des BND-Archivs erfolgte per E-Mail an den Verfasser (24.10.2019 13:42).

¹⁵⁸ *Bäumer-Schleinkofer*, ABC-Waffenkampagne, 2005, S. 67.

¹⁵⁹ *Kühn*, Waffen, 2004, S. 107.

Versionen des Briefes an westliche Fachkollegen, die Petras für das MfS anfertigte.¹⁶⁰ Darin sollte er begründen, warum er die „westdeutsche Bundesrepublik und sein Arbeitsgebiet verlassen hat“,¹⁶¹ was wiederum für eine intensive Vorbereitung spricht. Diese Hypothese bekräftigt zudem ein westdeutscher Verfassungsschutzbericht über das Jahr 1968. Demnach habe Petras bewusst Urlaub genommen, damit sein Überlaufen in die DDR erst zu einem späteren Zeitpunkt auffiel und er sich und dem MfS dadurch einige Tage Vorsprung verschaffte.¹⁶² Eine entscheidende Tatsache lassen Bäumer-Schleinkofer und Kühn jedoch außen vor: Die Übersiedlung Petras' in die DDR war kein Zufall. Vielmehr handelte es sich bei ihm um einen IM der ostdeutschen Auslandsaufklärung, der Mitte November 1968 „aus operativen Gründen zurückgezogen werden“¹⁶³ musste. Wahrscheinlich griff das MfS gezielt auf seine Dienste zurück und nutzte die Situation für die anstehende Kampagne aus. Trotzdem bleibt die Frage offen, warum die DDR den Agenten Petras erst einen Monat später zurückrief, obwohl doch seine Enttarnung drohte.

Die nächsten Unterlagen zur Aktion ‚Verwüstung‘ datieren auf den Oktober 1968. In einem Schreiben informierte der Leiter der HV A, Markus Wolf, seinen Chef Erich Mielke über geplante Maßnahmen zur „Entlarvung der westdeutschen A-, B- und C-Waffen-Rüstung“.¹⁶⁴ Das Dokument präsentiert eine weitere Option, weshalb die Kampagne erst im Winter 1968 begann: Während der 18. Abrüstungsverhandlungen in Genf sei erneut ein „wirkungsvolles Verbot von chemischen und bakteriologischen Waffen“¹⁶⁵ diskutiert worden. Der damalige Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Otto Winzer, hatte diese Gelegenheit genutzt, die Bundesrepublik diesbezüglich erstmals in Verruf zu bringen: Westdeutschland unterstütze die USA in Vietnam nicht nur finanziell, sondern auch durch die „Lieferung chemischer und bakteriologischer Kampfstoffe“.¹⁶⁶ Zeitlich erfolgte das Schreiben zudem einige Monate nach der Niederschlagung des ‚Prager Frühlings‘, bei der auch die Nationale Volksarmee zumindest für die Logistik sowjetischer Truppen eine Rolle gespielt hatte. Demnach könnte die Aktion ‚Verwüstung‘ auch bewusst im Anschluss

¹⁶⁰ Ein Beispielenwurf findet sich in BArch, MfS, ZAIG, Nr. 10628, Bl. 177.

¹⁶¹ Wolf an Mielke, 22.10.1968, ebd., Bl. 10; sowie Petras an Regula, 15.11.1968, BArch, B 136/6892, unpaginiert.

¹⁶² *BMI* (Hrsg.), Verfassungsschutz 1968, S. 124.

¹⁶³ Wolf an Mielke, 22.10.1968, BArch, MfS, ZAIG, Nr. 10628, Bl. 8.

¹⁶⁴ Ebd., Bl. 7.

¹⁶⁵ Ebd.

¹⁶⁶ Ebd.

daran durchgeführt worden seien, um von den Ereignissen abzulenken und das angeschlagene internationale Ansehen der Ostblockstaaten zu verbessern.¹⁶⁷ Für den Startpunkt des Propagandafeldzuges wird eine Kombination ausschlaggebend gewesen sein: Ein zur Kampagne passendes internationales Ereignis, der Fall Frucht sowie die Notwendigkeit, den für die Aktion eingeplanten Agenten zurückzuziehen.

Auch zur weiteren Durchführung der Kampagne beinhaltet das Schreiben von Markus Wolf detaillierte Angaben. Im Rahmen von sorgfältig inszenierten Pressekonferenzen sollte zunächst ein Kronzeuge auftreten, an dessen Vorstellung sich thematische Publikationen anknüpften. Ein Schwerpunkt lag hierbei auf etwaigen Rüstungsaufträgen für die Bundeswehr.¹⁶⁸ Zusätzlich verdeutlicht sich dadurch die inhaltliche Gewichtung der Kampagne: Während bundesrepublikanische Pläne im Bereich der Kernwaffen in kleinerem Rahmen aufgedeckt werden sollten, finden sich zu chemischen und bakteriologischen Waffen ausführlichere Hinweise. Zunächst war eine kurze Erklärung des zurückgezogenen Agenten geplant, der „längere Zeit als Wissenschaftler in einer westdeutschen Forschungseinrichtung, die militärische Forschungen und Entwicklungen auf dem Kampfstoffsektor durchführt, tätig war“.¹⁶⁹ Anschließend war eine größere Pressekonferenz vorgesehen, unterstützt durch umfangreiche Dokumentationen. Gutachten zahlreicher Wissenschaftler sowie eine umfangreiche Liste involvierter Personen in der Bundesrepublik dienten dabei der Glaubwürdigkeit der getätigten Anschuldigungen. Hierbei sollte der zurückgezogene Mitarbeiter Petras genauere Informationen über sein „bisheriges Arbeitsgebiet, über die Arbeitsweise der westdeutschen Forschungseinrichtung und über die Auftragserfüllung für die westdeutsche Bundeswehr darlegen“.¹⁷⁰ Für die Wirkung der Kampagne war es zudem vorgesehen, einen Teil der gesammelten Materialien zurückzuhalten, „damit bei zu erwartenden Gegenreaktionen die Möglichkeit des Konterns gegeben ist“.¹⁷¹

Demnach konkretisierte sich das skizzierte Vorgehen mutmaßlich während der Besprechungen im Herbst 1967, da die Erstellung entsprechender Veröffentlichungen eine gewisse Vorlaufzeit benötigte. Zu ostdeutschen Desinformationskampagnen lassen sich daher vier generelle Angaben festhalten: Entsprechende Aktionen koppelten sich an internationale Ereignisse, wie

¹⁶⁷ *Knabe*, West-Arbeit, 1999, S. 88; sowie *Florath*, DDR, 2018, S. 36–50.

¹⁶⁸ Beispiele der operativen Agitation, 18.7.1969, BAarch, MfS, SdM, Nr. 1416, Bl. 32.

¹⁶⁹ Wolf an Mielke, 22.10.1968, BAarch, MfS, ZAIG, Nr. 10628, Bl. 8.

¹⁷⁰ Ebd., Bl. 9.

¹⁷¹ Ebd., Bl. 10.

beispielsweise die Genfer Abrüstungsverhandlungen oder den ‚Prager Frühling‘. Dadurch sollten gewisse gesellschaftliche Bewegungen hervorgehoben beziehungsweise gelenkt werden, die dem Ansehen der DDR und des Ostblocks dienten. Zudem behandelten diese Maßnahmen zumeist Themen, die sich in die Kategorie von Verschwörungstheorien einordnen lassen und dementsprechend schwierig zu widerlegen waren.¹⁷² Des Weiteren zieht sich die angebliche bundesrepublikanische Nähe zum ‚Dritten Reich‘ wie ein roter Faden durch die ‚aktiven Maßnahmen‘.

2.2 Die Beschaffungs- und Aufbereitungsphase

Im Anschluss an die Planungsphase begann das MfS damit, die eigenen Archive systematisch nach Material zu durchforsten und dieses im Fall der Aktion ‚Verwüstung‘ mit dem des KGB abzugleichen. Obwohl die Beschaffungs- und Aufbereitungsphase auf den ersten Blick unspektakulär erscheint, waren hierbei doch wichtige Entscheidungen zu treffen. Die Verwendung von entsprechendem Material musste sorgfältig durchdacht werden, da die hinzugezogenen Dokumente anschließend wertlos waren. Der Gegner war nun darüber im Bilde, welche Details die Staatssicherheit ausspioniert hatte und konnte dementsprechend reagieren. Dabei belegen die Unterlagen im Stasi-Unterlagen-Archiv, wie gut die HV A über die Abläufe in der Bundesrepublik unterrichtet war. Neben Abschriften militärischer Konzeptpapiere der Bundeswehr besaß der Nachrichtendienst sogar detaillierte Auflistungen über die finanziellen Anstrengungen bezüglich des zu erwerbenden Rüstungsmaterials oder über die Mobilmachungspläne der Bundeswehr.¹⁷³ Darüber hinaus verfügte die Hauptverwaltung A über eine Kopie des strategischen Neukonzepts der NATO zur ‚flexible response‘, weshalb Ost-Berlin Einblick in die Neudefinierung der

¹⁷² Die bereits angeführte AIDS-Kampagne ist hier ein weiteres Beispiel. Die Autoren gehen dabei auch auf Verschwörungstheorien ein, die sich für solche Aktionen eigneten. *Selvage/Nehring*, AIDS-Verschwörung, 2014. Zur Definition von Verschwörungstheorien siehe *Kraushaar*, Topologie, 2006, S. 52.

¹⁷³ Wolf an Mielke, 2.1.1970, BArch, MfS, SdM, Nr. 286, Bl. 1–34; Aspekte der militärpolitischen Konzeption der Bundesregierung und der Bundeswehrführung, BArch, MfS, AG XVII, Nr. 1136, Bl. 2–39; Rüstungsplan der Bundeswehr 1969–1972, BArch, MfS, SdM, Nr. 1468, Bl. 1–29; Mobilmachungsplanungen der Bundeswehr, 10.10.1966, BArch, MfS, AGM, Nr. 3, Bl. 1–10; Vergleichende Einschätzung der NVA und der Bundesrepublik, 28.6.1967, BArch, MfS, AGM, Nr. 486, Bl. 1–46.

Rolle chemischer und biologischer Waffen im westlichen Verteidigungsbündnis hatte.¹⁷⁴ Dies ermöglichte es der DDR, ausführlich über entsprechende Absichten der Bonner Regierung Bescheid zu wissen.

Auch zur Beschaffungs- und Aufbereitungsphase ist die Aktenlage als unzureichend zu bezeichnen. Erstens ist es im Nachhinein nur schwer nachzuvollziehen, welches Spionagematerial die involvierten Personen tatsächlich auswerteten beziehungsweise welche Informationen der KGB lieferte. Zweitens war es nur begrenzt möglich, die in Pressekonferenzen, Printpublikationen oder durch Multiplikatoren preisgegebenen Details in den überlieferten Unterlagen wiederzufinden. Das Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) sieht nicht vor, beliebig in den Akten nach entsprechendem Material zu suchen.¹⁷⁵ In den vorliegenden Dokumenten findet sich zudem kein Vermerk, aus welchen Quellen die zahlreichen Entwürfe für Reden und Publikationen schöpften. Mit dieser Möglichkeit hätte ein differenzierteres Bild über den Entscheidungsprozess entstehen können, welche Informationen das MfS für die Kampagne preisgab.¹⁷⁶

Trotzdem ist es im Einzelfall möglich, aus den Quellen einige Beispiele anzuführen: Ähnlich wie beim ‚Braunbuch-Projekt‘ fokussierte sich die DDR auf Namens- sowie Institutslisten. Bei einem Abgleich mit der am 6. Dezember 1968 gehaltenen Pressekonferenz taucht hier beispielsweise der

¹⁷⁴ MC 14/3 (Endgültige Fassung) vom 16.1.1968, 2.1.1970, BArch, MfS, SdM, Nr. 286, Bl. 2–12. Das neue Verteidigungskonzept sah den Einsatz von Kernwaffen „so spät wie möglich, aber so früh wie nötig“ vor, was einen erneuten Fokus auf konventionelle Waffen implizierte. Siehe dafür auch den Bericht des Inspektors der Marine, Günther Luther, über das See-Symposium des Obersten Alliierten Befehlshabers Atlantik (SACLANT) „SEA LINK 75“, 7.7.1975, BArch, BM 1/5249, unpaginiert. Ein Resultat der Kuba-Krise in den USA war eine veränderte Militärkonzeption. Die bisherige Vorgehensweise der massiven Vergeltung hatte die Welt an den Rand eines Dritten Weltkrieges gebracht; siehe dazu auch *Potthoff*, Mauer, S. 34. Die Mitglieder der NATO beschlossen den Strategiewechsel im Dezember 1967. Das Dokument findet sich abgedruckt in: *Nübel*, Dokumente, 2019, S. 393–403. Auswahl an Fachliteratur: *Moody*, Enhancing, 2015; *Freedman*, Evolution, 1981; *Thoß*, NATO-Strategie, 2006; *Krüger/Hoffenaar*, Blueprints, 2012; *Mastny*, War Plans, 2006; *Duffield*, Power Rules, 1995; *Kugler*, Commitment, 1993; *Mey*, NATO-Strategie, 1992; *Daalder*, Flexible Response, 1991; *Walsh*, Military Balance, 2007; *Tomes*, Strategy, 2007; sowie *Palmer*, Competition, 2014.

¹⁷⁵ Stasi-Unterlagengesetz §§ 32–34. Das Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik findet sich online: <https://www.gesetze-im-internet.de/stug/index.html> (20.10.2019 16:01).

¹⁷⁶ Juristische, sicherheitspolitische und auch moralische Gründe führten bei der Gesetzgebung 1991 dazu, die Anzahl der jeweils zur Verfügung gestellten Akten einzuschränken. Siehe *Goldbeck*, Unterlagen, 2019, S. 233–246, hier S. 233.

Name Wolfgang Wirth auf.¹⁷⁷ Dieser war bereits Teil einer Auflistung von Personen aus dem Jahr 1962, die sich in der Bundesrepublik angeblich mit biologischen und chemischen Kampfmitteln beschäftigten.¹⁷⁸ Wirth habe zu einem Team von Forschern gehört, die chemische Kampfstoffe wie Tabun, Sarin oder Soman weiterentwickelten.¹⁷⁹ Dieser Abgleich gibt darüber Auskunft, wie weit die Materialrecherche für die Aktion ‚Verwüstung‘ zumindest zeitlich zurückreichte. Bei der Person Wirth handelte es sich jedoch um einen Wissenschaftler, der zum Zeitpunkt der Kampagne bereits pensioniert war. Ob dies aus einer oberflächlichen Überprüfung der aktuellen Lebensverhältnisse herrührte, bleibt dabei ungeklärt. Denkbar wäre aber auch die Variante, die veröffentlichte Liste möglichst lang zu halten und darauf zu spekulieren, dass die breite Öffentlichkeit den Wahrheitsgehalt nicht überprüfte.

Bei der oben genannten Namensliste fällt ein Bericht auf, der bereits 1962 detailliert über ein mögliches BC-Waffenprogramm der Bundesrepublik informierte.¹⁸⁰ Wahrscheinlich planten entsprechende ostdeutsche Dienststellen schon zu diesem Zeitpunkt eine Propagandaaktion gegen den ‚Klassenfeind‘. An das Dokument sind zudem zahlreiche Rohmanuskripte angehängt, die auf intensive Überarbeitungen hindeuten. Dies spräche durchaus für eine Aktion größeren Ausmaßes. Aus den Akten gehen jedoch keine weiteren Anhaltspunkte hervor, ob die DDR diesen Bericht dann auch tatsächlich lancierte.

Die Staatssicherheit führte diese Liste weiter und entwickelte daraus die sogenannte ‚zentrale Giftkartei‘, auf die anschließend entsprechend zurückgegriffen werden konnte. Das MfS lagerte diese an zentraler Stelle; die Einsicht erfolgte auf Anfrage unter der Prämisse, sie schnellstmöglich wieder zurückzulegen.¹⁸¹ Aus dem vorhandenen Register fertigte die Abteilung Agitation eine neue Aufzählung an, wobei sie die meisten Namen beibehielt. Einige davon tauchten während der Pressekonferenz vom 6. Dezember 1968 auf.¹⁸²

¹⁷⁷ Zu Wolfgang Wirth siehe *Schmaltz*, *Kampfstoff-Forschung*, 2005.

¹⁷⁸ Bericht des ZK – Militärpolitische Kommission über einen Personenkreis, der an der ABC-Waffenentwicklung in Westdeutschland beteiligt ist, 6.3.1962, BArch, MfS, ZAIG, Nr. 10871, Bl. 110.

¹⁷⁹ Erklärung Petras, 6.12.1968, BArch, MfS, HA VI, Nr. 16181, Bl. 204.

¹⁸⁰ ABC-Waffen für die westdeutsche Bundeswehr, 22.1.1962, BArch, MfS, ZAIG, Nr. 10871, Bl. 70–75.

¹⁸¹ Notiz an Genosse Baer, undatiert, BArch, MfS, ZAIG, Nr. 10637, Bl. 169. Eine erste Auflistung dieser zentralen Giftkartei findet sich in: ebd., Bl. 170–182.

¹⁸² Der neue Titel lautete: Führende Köpfe bei der Entwicklung von B- und C-Waffen in Westdeutschland, undatiert, ebd., Nr. 237–246. Folgende Personen der Liste wurden anschließend auf der Pressekonferenz am 6.12.1968 erwähnt: Prof. Dr. Otto Klimmer, Prof.

Die ausführlichsten Vorbereitungen zur Aktion ‚Verwüstung‘ finden sich in zahlreichen Entwürfen, die das Ministerium für geplante Reden und Publikationen anfertigte. Dafür zog das MfS zumeist fachliche Gutachter hinzu, die vorgelegte Rohmanuskripte nach ihrer Glaubwürdigkeit überprüften. Wer dies genau war und welche Kriterien sie zuvor zu erfüllen hatten, geht aus den Dokumenten nicht hervor. Die Durchsicht zog sich zeitlich hin und ging daher oft in andere Abschnitte der Kampagne über. Dies verdeutlichen einige Beispiele: Ein erstes Gutachten stellte die westdeutsche Entwicklung von biologischen und chemischen Kampfstoffen in eine direkte Traditionslinie zum ‚Dritten Reich‘. Die nationalsozialistischen Verbrechen machten es notwendig, auf die aktuellen Vorgänge in der Bundesrepublik hinzuweisen. Die Bundeswehr besitze bereits die notwendigen Strukturen für eine biologische und chemische Kampfführung und intensiviere nunmehr ihre Bemühungen, an solche Waffen zu gelangen. Folglich bestehe die Gefahr einer erneuten Grenzrevision des europäischen Kontinents, schlussfolgerte das Gutachten. Darin findet sich auch eine Auflistung von vermeintlichen Maßnahmen, die das westdeutsche ABC-Programm beinhalte. Die gezielte Neuentwicklung von Kampfstoffen stand dabei der Erforschung von Schutzmaßnahmen gegenüber.¹⁸³ Tatsächlich beschäftigte sich die Bundeswehr intensiver mit entsprechenden Abwehrmöglichkeiten, etwa in Form von Gasmasken oder Schutzanzügen. Dies belegt der Einblick in die entsprechenden Akten des BMVg in Freiburg.¹⁸⁴ Das MfS führte bei seinen Kampagnen demnach gezielt wahrheitsgemäße Informationen an, um es dem ‚Klassenfeind‘ zu erschweren, auf die Vorwürfe als Ganzes zu reagieren und dadurch die eigene Glaubwürdigkeit zu erhöhen.

Auch in einem weiteren Gutachten zu Enthüllungen Petras‘ verweist das Dokument zunächst auf die vermeintlich revanchistische Politik Westdeutschlands. Dem Schriftstück zufolge versuchte die Bundesrepublik gezielt, die im Anschluss an den Zweiten Weltkrieg fixierten Grenzen zu revidieren und erhöhte daher die finanziellen Mittel zur „Vorbereitung eines Aggressionskrieges gegen die sozialistischen Staaten“.¹⁸⁵ Als Konsequenz des Besitzes und der Verfügungsgewalt über biologische und chemische Waffen wachse daraus die Ge-

Dr. Kurt Hansen, Dr. Wolfgang Pietrulla, Dr. Walter Salzer sowie Dr. Richard Wegler. Die Erwähnung findet sich in der Rede des 1. Stellvertreters des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Günter Kort, 6.12.1968, ebd., Bl. 220–223.

¹⁸³ Gutachten über die Vorbereitung der biologischen und chemischen Kampfführung in Westdeutschland, 31.1.1969, ebd., Bl. 189–191.

¹⁸⁴ Siehe dazu BArch, BW 1/106313; BArch, BW 1/283192; BArch, BW 1/402726.

¹⁸⁵ Gutachten Enthüllungen Petras, undatiert, BArch, MfS, ZAIG, Nr. 10637, Bl. 192.

fahr eines erneuten Völkermordes. Die von Petras angeführten Informationen belegten, „wie skrupellos die herrschenden Kreise der Bundesrepublik [...] bedeutende Forschungskapazitäten für eine offensive BC-Waffenentwicklung einsetzen“.¹⁸⁶

Ein drittes Gutachten beschäftigte sich mit dem Pressematerial, das zusätzlich zu den Vorwürfen Ehrenfried Petras‘ an Journalisten verteilt werden sollte. Dabei verwies der Verfasser auf die Zusagen von Altbundeskanzler Adenauer, keine Massenvernichtungswaffen herzustellen oder zu entwickeln. Die stattfindenden Rüstungsprogramme brächen nicht nur die vertraglichen Zusagen, sondern konterkarierten eine dauerhafte europäische Friedenspolitik.¹⁸⁷ Alle drei Gutachten basieren inhaltlich auf denselben Merkmalen, die sich durchgängig in Propagandakampagnen Ost-Berlins wiederfinden: die Traditionslinie zum ‚Dritten Reich‘, die damit verbundenen expansionistischen Absichten Bonns sowie die ausgehende Gefahr von Massenvernichtungswaffen in westdeutschem Besitz.

Die Beschaffungs- und Aufbereitungsphase zeigt auf, wie intensiv das MfS die Aktionen gegen die Bundesrepublik vorbereitete. Aufgrund der lückenhaften Quellenüberlieferung lässt sich nur erahnen, wie viele Mitarbeiter in die Aktion ‚Verwüstung‘ einbezogen waren. Die einzelnen Phasen zeichneten sich daher als dynamischer Prozess aus, den es mit anderen Abteilungen laufend zu überprüfen galt. Zahlreiche Dokumente spiegeln dabei den Grad der Konspiration wider, wobei Einzelne nur so viel wussten, wie es für ihre Tätigkeiten notwendig war. Es ist anzunehmen, dass lediglich eingebundene Abteilungsleiter der unterschiedlichen Behörden in alle wichtigen Eckpunkte der Planungen eingeweiht waren.¹⁸⁸ Zu nennen sind hier beispielsweise der Leiter der Abteilung Agitation, Günter Halle, der Leiter der Abteilung X der HV A, Rolf Wagenbreth, sowie der Chef des ostdeutschen Auslandsgeheimdienstes, Markus Wolf.

¹⁸⁶ Ebd., Bl. 194.

¹⁸⁷ Entwurf Gutachten Enthüllungen Petras, undatiert, ebd., Bl. 247.

¹⁸⁸ Siehe hierzu die Einleitung dieser Arbeit.

2.3 Die Verteilungs- und Analysephase

2.2.1 Multiplikator: Ehrenfried Petras

Für die Phase der Verteilung und Analyse – und insbesondere zum Multiplikator Petras – stellte sich die Aktenlage als am materialreichsten heraus. Als Spion der Hauptverwaltung A hatte er seit Anfang der 1950er Jahre in der Bundesrepublik gelebt und war erst kurz vor Beginn der Kampagne in die DDR zurückgekehrt. Inwiefern er als bewusst handelnder Einflussagent oder vielmehr als ‚nützlicher Idiot‘ agierte, bleibt im Nachhinein unklar. Vermutlich besaß er aber über das Ausmaß der bevorstehenden Maßnahmen keine genaue Kenntnis. Sein soziokultureller Hintergrund lässt darauf schließen, dass er die ihm übertragenen Aufgaben aus voller Überzeugung erfüllte.

Ehrenfried Wilhelm Otto Petras wurde am 30. Mai 1930 in Breslau geboren und entstammte einer politisch linksorientierten Familie. Die Nationalsozialisten hatten seinen Vater, Otto Petras, mit einem Berufsverbot belegt, da er sich als Erziehungsanstaltsdirektor geweigert hatte, den „Hakenkreuzlappen in der Anstalt zu hissen“.¹⁸⁹ Aufgrund seiner Mitgliedschaft in einer Widerstandsgruppe um Ernst Niekisch verbüßte er ab 1937 eine sechzehnmonatige Haftstrafe, an deren Folgen er kurz nach dem Weltkrieg verstorben sei.¹⁹⁰ Auch Petras‘ Mutter Grete teilte die politischen Ansichten ihres Mannes und gehörte dem Kreis um Klara Marie Faßbinder an, einer Aktivistin der deutschen Frauen- und Friedensbewegung.¹⁹¹ Bis zu ihrem Tod im Jahr 1953

¹⁸⁹ „Ich konnte nicht länger schweigen“, Interview im ND, 29.12.1968, S. 1, zudem abgedruckt in: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 10628, Bl. 308. Die Angaben zum Berufsverbot erwähnt Petras in seinem Lebenslauf für das Biologiestudium an der Universität Jena, 14.2.1951, UAJ, Bestand Studentenakten, Nr. 19009, Bl. 4r. Für das BMVg entstammte Petras einer evangelischen Pfarrerrfamilie. Sein Vater sei „Linksozialist“ gewesen. Eine Widerstandsgruppe wurde nicht erwähnt. Vermerk des BMVg, 25.11.1968, BArch B 136/6892, unpaginiert; sowie BArch, BW 1/25350, Bl. 158f. und 162. Laut Petras handelte es sich bei dem Arbeitgeber seines Vaters um die Provinzialerziehungsanstalt in Wohlau bei Breslau. Siehe BArch, MfS, ZAIG, Nr. 10628, Bl. 34.

¹⁹⁰ „Ich konnte nicht länger schweigen“, Interview im ND, 29.12.1968, BArch, MfS, ZAIG, Nr. 10628, Bl. 308. Siehe zusätzlich den Lebenslauf von Ehrenfried Petras, Math. Habil. Nr. 175.1, Ehrenfried Petras, unpaginiert; sowie UAG, PA Aspiranten Nr. 81, Ehrenfried Petras, unpaginiert. Ernst Niekisch organisierte eine Widerstandsgruppe aus sozialistischen und konservativen Kreisen gegen Hitler. Siehe *Pittwald*, Niekisch, 2002; sowie *Pittwald*, Entwicklung, 1996.

¹⁹¹ Klara Marie Faßbinder gründete 1960 die Deutschen Friedensunion (DFU) mit. Diese legte der Bundesregierung später einen Gesetzesentwurf gegen die Herstellung von

stand sie dem Demokratischen Frauenbund (DFD) in Niedersachsen vor, den die Bundesrepublik vier Jahre später verbot.¹⁹²

Ende der 1940er Jahre begann auch Petras, sich politisch zu engagieren. Im Mai 1949 trat er der Kommunistischen Partei (KPD) bei. Es folgte eine Mitgliedschaft in der Freien Deutschen Jugend (FDJ).¹⁹³ Die FDJ schickte Petras mit einem Stipendium zum Biologiestudium nach Jena, da er zuvor als Gruppenleiter auf sich aufmerksam gemacht hatte.¹⁹⁴ Dem Bericht ehemaliger HV A-Agenten zufolge sei dort ein Vertreter der Vorläuferorganisation des Auslandsgeheimdienstes auf ihn aufmerksam geworden.¹⁹⁵ Mit dem 7.

chemischen und biologischen Waffen vor, 27.2.1970, BArch BW 1/49395, unpaginiert. Dieser Entwurf findet sich ebenfalls in BArch B 122/11254, unpaginiert. Zu Klara Marie Faßbinder siehe *Dertinger*, Frauen, 1989.

¹⁹² Entwurf für die Presseerklärung der Bundesregierung, 6.12.1968, BArch BW 1/25350, Bl. 135, 158f. und 162; sowie den Vermerk des BMVg, 25.11.1968, BArch B 136/6892, unpaginiert. Im Januar 1953 verunglückte seine Mutter auf der Rückfahrt von einer Sitzung des DFD-Vorstandes tödlich. Siehe dazu den Lebenslauf von Ehrenfried Petras, UAG, Math. Habil. Nr. 175.1, Ehrenfried Petras, unpaginiert. Der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD) wurde 1947 gegründet und war in der DDR als Massenorganisation Teil der Nationalen Front. Siehe *Koelges*, Frauenbund, 2001.

¹⁹³ Auch seine später in Hamburg lebende Schwester soll „engste Beziehungen zu ostzonalen Funktionären“ gehabt haben. Siehe den Aktenvermerk des BMVg zu einem Gespräch über das Institut für Aerobiologie, 26.11.1968, BArch, BW 1/25350, Bl. 151 sowie 158f. Der Vermerk des BMVg nennt hier das Jahr 1950, BArch B 136/6892, unpaginiert. Der Entwurf für die Presseerklärung der Bundesregierung führt keine Datierung an, 6.12.1968, BArch, BW 1/25350, Bl. 135. Die Bundesrepublik verbot die KPD 1956. Die FDJ war die kommunistische Jugendorganisation in der Sowjetischen Besatzungszone. Am 24.4.1951 wurde der Verband in der Bundesrepublik als verfassungsfeindlich eingestuft und verboten. Ihr Pendant in Westdeutschland war der Bund deutscher Jugend. Siehe *Mählert*, Jugend, 1995.

¹⁹⁴ Lebenslauf für die Universität Jena, 14.2.1951, UAJ, Bestand Studentenakten, Nr. 19009, Bl. 4v.; den Entwurf für die Presseerklärung der Bundesregierung, 6. Dezember 1968, BArch BW 1/25350, Bl. 135; sowie das Interview mit dem damaligen Direktor des Instituts für Aerobiologie, Dr. Hubert Oldiges, 26.11.1968, BArch BW 1/25350, Bl. 144.

¹⁹⁵ Text, der von leitenden Vertretern der HV A/Sektor Wissenschaft und Technik zur Anfrage Dr. Petras erarbeitet wurde, ABBAW: Erhard Geißler, 2003, Bestand Buch, Nr. A1603, Bl. 1. Für den Verweis von Geißler siehe die Fußnote 68 in *Geißler*, Biowaffen, 2005, S. 82. Mit der Vorläuferorganisation der HV A wird vermutlich der Außenpolitische Nachrichtendienst (APN) gemeint gewesen sein. Siehe dazu *Müller-Enbergs*, Institut für Wirtschaftswissenschaftliche Forschung, 2010; Der Bundesbeauftragte, <https://www.stasi-unterlagen-archiv.de/informationen-zur-stasi/publikationen/publikation/hauptverwaltung-a-hv-a-1/>, S. 21 und 26; sowie *Bohnsack*, Hauptverwaltung Aufklärung, 1997, S. 27–40.

November 1952 vermerkte der ostdeutsche Nachrichtendienst das offizielle Anwerbedatum.¹⁹⁶

Die HV A führte ihn unter dem Decknamen ‚Wolf‘.¹⁹⁷ Der dazugehörige IM-Vorgang mit Arbeitsakte (IMA) sowie die angeführten Aktenbände deuten auf eine Informationslieferung hin, wobei jedoch unklar ist, ob es sich um geheime Dokumente oder beispielsweise nur um frei zugängliche Fachliteratur handelte.¹⁹⁸ Der zuständige Mitarbeiter, Karl-Heinz Fischer, gehörte zur Abteilung V (SWT) der HV A, die sich bis in die 1970er Jahre für die Auswertung des Sektors Wissenschaft und Technik verantwortlich zeigte. Durch ihre Aufklärung auf dem Gebiet der Wissenschaft, der Technik sowie der Wirtschaft trug diese Dienststelle erheblich zur ökonomischen Entwicklung der ostdeutschen Volkswirtschaft bei.¹⁹⁹ Als ‚inoffizieller Mitarbeiter auf Perspektive‘ kehrte Petras im November 1952 in die Bundesrepublik zurück.²⁰⁰ Seine erste Aufgabe bestand darin, sich beruflich zu qualifizieren und sich für bestimmte Tätigkeiten in Stellung zu bringen. Bei ‚Perspektiv-IM’s (PIM) griff die HV A vorzugsweise auf Studierende, Beamtenanwärter sowie junge Sekretärinnen zurück, da sie sich durch die mangelnde Lebenserfahrung leichtere „Erziehungs- und Lenkungschancen“²⁰¹ versprach.

¹⁹⁶ Personenkartei F 16/ HV A zu Petras, Ehrenfried.

¹⁹⁷ Seine Registriernummer lautete XV 15696/60. In der SIRA-TDB 21 findet sich sein Vorgang unter ZV 8259674, Personenkartei F22/ HV A zu Petras, Ehrenfried.

¹⁹⁸ Personenkartei F 16/ HV A zu Petras, Ehrenfried. Da die HV A die bereits erwähnten Eingangs- und Ausgangsinformationen der gelieferten Spionageberichte auch erst ab 1969 erfasste, befinden sich in den entsprechenden Teildatenbanken diesbezüglich keine weiteren Angaben. Eine zusätzliche telefonische Bestätigung des Stasi-Unterlagen-Archivs erfolgte an den Verfasser am 3.11.2019. Im F 16 Formular sind fünf Aktenbände aufgelistet.

¹⁹⁹ Der Bundesbeauftragte, <https://www.stasi-unterlagen-archiv.de/informationen-zur-stasi/publikationen/publikation/hauptverwaltung-a-hv-a-1/>, S. 199f.

²⁰⁰ Vermerk des BMVg zum „Absetzen von Dr. Ehrenfried Petras in die SBZ“, 25.11.1968, BArch, B 136/6892, unpaginiert; BArch, BW 1/25350, Bl. 158f. und 162; Entwurf für die Presseerklärung der Bundesregierung, 6.12.1968, ebd., Bl. 135. Zu seiner Anwesenheit in der SBZ bis in den November 1952 findet sich eine Bescheinigung der Universität Jena über ein Berufsfeldpraktikum, 1.9.1952, UAJ, Bestand Studentenakten, Nr. 19009, Bl. 7; ein Teilnahmebeleg für den Hochschulsport, 15.8.1952, sowie für einen Sprachkurs Russisch 1, 18.5.1952, UAJ, Bestand Studentenakten, Nr. 19009, Bl. 11f. Zu den ‚inoffiziellen Mitarbeitern auf Perspektive‘ siehe *Müller-Enbergs*, Inoffizielle Mitarbeiter, Teil 2, 1998, S. 42; sowie Richtlinie 2/68 für die Arbeit mit inoffiziellen Mitarbeitern im Operationsgebiet, BStU, MfS, BdL-Dok., Nr. 2534, Bl. 9.

²⁰¹ *Müller-Enbergs*, Inoffizielle Mitarbeiter, Teil 2, 1998, S. 43.

Die anschließenden Ausführungen erklären, warum Petras als Multiplikator ausgewählt wurde: Als promovierter Mikrobiologe war er 1960 in das neugegründete Institut für Aerobiologie im sauerländischen Grafschaft eingetreten, welches sich neben Nervengiften auch mit Aerosolen befasste, „soweit sie als Träger von ABC-Kampfstoffen auftreten können“.²⁰² Die Gründung 1959 hatte zum Ziel, „Forschungen des westdeutschen Bundesverteidigungsministeriums zur Vorbereitung der B- und C-Kriegführung durchzuführen“.²⁰³ Aus finanziellen Gründen wurde es im selben Jahr von der Fraunhofer-Gesellschaft übernommen und finanzierte sich ab den 1960er Jahren vollständig durch Mittel des Bundes.²⁰⁴ Bis in das Jahr 1967 konzentrierten sich die Forschungsaufgaben des Instituts schwerpunktmäßig auf die Abwehr von Nervengiften, die zukünftig auf „mögliche gegnerische ABC-Kampfstoffe“²⁰⁵ ausgedehnt werden sollten. Außerdem wollte das Verteidigungsministerium am Institut Offiziere der Bundeswehr auf dem ABC-Gebiet schulen, da eine Felderprobung anderorts „wegen des hohen Verseuchungsgrades des Geländes“²⁰⁶ nicht möglich sei.

Während seiner Tätigkeit am Institut war Petras in der Abteilung ‚Mikrobiologie‘ tätig, deren Aufgabe unter anderem darin bestand, „Grundlagen für Schutzmaßnahmen und Abwehrmittel bekannter chemischer Kampfstoffe“²⁰⁷ zu untersuchen. Entgegen der Hoffnungen des ostdeutschen Auslandsnachrichtendienstes konnte Petras wahrscheinlich keine geheimen

²⁰² Wirtschaftsplan für das Jahr 1968, 20.7.1967, BArch, B 126/69308, unpaginiert.

²⁰³ Erklärung Petras, 6.12.1968, BArch, MfS, HA VI, Nr. 16181, Bl. 188.

²⁰⁴ Auswärtigen Amtes an das Rüstungskontrollamt der WEU, 31.1.1969, PA-AA, B 130, Bd. 1426, unpaginiert. Weitere Auskünfte finden sich in der Akte BArch, BW 1/25350, Bl. 153–157. Siehe https://www.ime.fraunhofer.de/de/ueber_das_institut/Geschichte.html (30.11.2019 12:08); sowie die Anlage des Schreibens des Geschäftsführers der Fraunhofer-Gesellschaft, Dr. August Epp, an das Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung, 4.6.1963, BArch, B 138/6668, Bl. 31. Zum Institut siehe zusätzlich, *Trischler/vom Bruch*, Forschung, 1999.

²⁰⁵ Wirtschaftsplan für das Jahr 1969, 7.8.1968, BArch, B 126/69308, unpaginiert. Zusätzlich zum Bundesverteidigungsministerium überwachte auch das Land Nordrhein-Westfalen die Arbeiten des Institutes in Grafschaft, allerdings um „Gefahren für Betriebsangehörige auszuschließen“. Siehe dazu: Presseerklärung der Bundesregierung, 6.12.1968, BArch B 136/6892, unpaginiert.

²⁰⁶ Besprechung Hölzer mit Engelhard, 25.2.1966, BArch, BW 1/368710, Bl. 14; sowie der Vermerk des BMVg vom 6.12.1965, BArch, BW 1/368710, unpaginiert.

²⁰⁷ Ortman an den Bundeskanzler, 26.11.1968, BArch, B 136/6892, unpaginiert. Eine Auflistung über vier weiteren Studien findet sich bei *Kirschner/Johannsen*, Institut, 2006, S. 89.

Forschungsunterlagen liefern, da er aufgrund seiner Vorgeschichte durch den MAD „nicht geclart sei“.²⁰⁸ Für das Amt für Sicherheit der Bundeswehr (ASBw) handelte es sich bei ihm nicht um eine Person „unzweifelhafter staatsbürgerlicher Zuverlässigkeit“,²⁰⁹ weshalb ihm die Arbeit mit Verschlusssachen nicht gewährt wurde. Diese Einschätzung sollte sich 1965 als bedeutsam erweisen: In einer erneuten Sicherheitsüberprüfung stuften die Behörden die Wahrscheinlichkeit als groß ein, „daß hier ein Auftrag vorliegt, oder zumindest Kanäle bestehen, über die vertrauliche Forschungsergebnisse in die Ostzone gebracht werden“.²¹⁰ Den Beamten war der nur unvollständig ausgefüllte Lebenslauf aufgefallen, in dem Petras seine politischen Betätigungen aus den 1950er Jahren nur lückenhaft angegeben hatte.²¹¹ Das Verteidigungsministerium nahm ihn aus dem eigenen Betreuungsbereich heraus und übertrug ihm Forschungsaufgaben, die weitgehend vom Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung durchgeführt wurden. Darunter waren beispielsweise Ballonexperimente, bei denen die Beteiligten untersuchten, „inwieweit terrestrische Mikroorganismen im Milieu der Ionosphäre überleben können“.²¹² Kurze Zeit später beschloss das BMVg, diese Forschungen einzustellen. Petras wurde zum 1. Januar 1969 gekündigt.²¹³

Wann genau er schließlich in die DDR ging, geht aus den Akten nicht hervor. In einer Benachrichtigung an Mielke erwähnte auch Wolf kein Datum. Petras' Briefe an westliche Fachkollegen stammen vom 15. November 1968, jedoch sollten diese erst nach seiner Abreise aufgegeben werden.²¹⁴ Wahrschein-

²⁰⁸ Sachstandsbericht Bundeskriminalamt, 25.8.1969, BACh, B 106/203172, Bl. 58.

²⁰⁹ Vermerk des BMVg zum „Absetzen von Dr. Ehrenfried Petras in die SBZ“, 25.11.1968, BACh, B 136/6892, unpaginiert; sowie BACh, BW 1/25350, Bl. 158f. Die personelle Absicherung des Institutes erfolgte über das ASBw. Siehe dafür BACh, BW 1/368712 sowie BW 1/368710. Das Amt für Sicherheit der Bundeswehr war der Vorgänger des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) und für die Sicherheitsüberprüfung der Bediensteten verantwortlich. Zum MAD siehe *Hammerich*, Stets am Feind, 2019.

²¹⁰ Aktenvermerk August Epp zum Institut für Aerobiologie/Sicherheitsüberprüfung für Dr. Petras, 15.1.1965, IfZ, ED 721/218.1, zitiert aus *Kirschner/Johannsen*, Institut, 2006, S. 84f.

²¹¹ *Geißler*, Biowaffen, 2005, S. 76.

²¹² *Kirschner/Johannsen*, Institut, 2006, S. 97.

²¹³ Vermerk des BMVg zum „Absetzen von Dr. Ehrenfried Petras in die SBZ“, 25.11.1968, BACh, B 136/6892, unpaginiert; BACh, BW 1/25250, Bl. 158f.; sowie das Schreiben des Parlamentarischen Staatssekretärs des BMVg, Dr. Ortmanns, an den Bundeskanzler, 26.11.1968, BACh, B 136/6892, unpaginiert.

²¹⁴ Wolf an Mielke, 22.10.1968, BACh, MfS, ZAIG, Nr. 10628, Bl. 10. Der Brief mit der entsprechenden Datierung findet sich im Brief von Petras an Regula, 15.11.1968, BACh,

lich traf Petras zwischen dem 18. und dem 20. November in Ostdeutschland ein. Im Gegenzug dazu geben die Westfalenpost sowie die Stuttgarter Zeitung den Tag seines Übertritts mit dem 16. November an. Auch der Bundesnachrichtendienst führt dieses Datum an.²¹⁵ Dagegen findet sich im Verfassungsschutzbericht des Jahres 1968 der Hinweis, dass Petras am 18. November letztmals in seiner Wohnung gesehen worden sei.²¹⁶ Dies bekräftigt auch eine geplante Besprechung zahlreicher ostdeutscher Behörden für den 20. November 1968, bei der die finalen Vorbereitungsmaßnahmen der Kampagne besprochen werden sollten. Die entsprechenden Unterlagen stellte das MfS den anderen Beteiligten erst wenige Stunden zuvor zur Verfügung, was den Grad der Geheimhaltung verdeutlicht.²¹⁷ Dem Schreiben zufolge weilte Petras zu diesem Zeitpunkt bereits in Ost-Berlin.²¹⁸

Die exakten Gründe für die Notwendigkeit des operativen Rückzugs als Agent der HV A gehen aus den Akten nicht hervor. Eine mögliche Erklärung liefert der ehemalige Offizier des Auslandsgeheimdienstes, Werner Stiller, der 1979 in die Bundesrepublik floh.²¹⁹ In den sechziger Jahren hatte der ostdeutsche Geheimdienst oftmals mehrere Agenten zu konspirativen Zellen zusammengeschlossen, die von einem ‚Residenten‘ geführt wurden.²²⁰ Dieser verfügte

B 136/6892, unpaginiert. Die Briefe wurden am 20.11 aufgegeben und erreichten die Adressaten am 22. Dementsprechend konnten diese nicht von Petras selbst aufgegeben worden sein, was auf Fremdunterstützung hinweist. Siehe Sachstandsbericht des Bundeskriminalamtes, 25.8.1969, BArch, B 106/203172, Bl. 63.

²¹⁵ Bundesnachrichtendienst an die Abteilung Wehrtechnik des BMVg, 9.4.1970, BArch, BW 1/234195, unpaginiert. Bei der Westfalenpost handelt es sich um die Ausgabe des 26. Novembers, bei der Stuttgarter Zeitung um die Ausgabe vom 27.11.1968.

²¹⁶ *BMI* (Hrsg.), Verfassungsschutz 1968, S. 124. Laut seines Sohnes, Armin Petras, erfolgte die Einreise per Flugzeug über Frankfurt (Main), Helsinki und Moskau, <https://www.spiegel.de/geschichte/ddr-ausreiser-armin-petras-ich-bin-ein-deutsch-deutscher-zwitzer-a-1282939.html> (30.11.2019 11:50). Eine Kontaktaufnahme des Verfassers mit Armin Petras blieb unbeantwortet.

²¹⁷ Für den Inhalt dieser Schriftmappe siehe: Maßnahmen zur Entlarvung der westdeutschen B- und C-Waffenrüstung, undatiert, BArch, MfS, ZAIG, Nr. 10628, Bl. 14f.

²¹⁸ Auswertung des Komplexes BC-Waffen-Entwicklung, undatiert, ebd., Bl. 12.

²¹⁹ Nach seiner Flucht in die Bundesrepublik verriet Stiller insgesamt vierzig Westagenten der HV A. Darunter war auch ein gewisser Dr. Hans Sieghard Petras, Chemiker und Direktor eines Zweigwerkes der Hoechst AG in Vlissingen/Niederlande. Dieser hatte sich nach Ostdeutschland abgesetzt. Siehe die Liste für die Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Übertritt des MfS-Offiziers Werner Stiller, BArch, B 136/ 25193, unpaginiert.

²²⁰ *Stiller*, Spionage, 1986, S. 86. Aufgrund der fehlenden staatlichen und völkerrechtlichen Anerkennung besaß die DDR nicht die Möglichkeit, ihren Auslandsgeheimdienst von Botschaften oder Generalkonsulaten aus operieren zu lassen.

über einen Kurier, der die Berichte der ‚inoffiziellen Mitarbeiter‘ nach Ost-Berlin weiterleitete. Petras habe zu einer solchen Residentur gehört, der ein gewisser Jürgen Hartmann vorstand.²²¹ Der zuständige Bote mit der Tarnbezeichnung ‚Alois‘ war jedoch durch Zufall als ein Doppelagent der CIA aufgefliegen. Da Ost-Berlin nicht im Klaren darüber war, welche Informationen ‚Alois‘ über die Residentur besaß beziehungsweise preisgegeben hatte, rief die HV A alle involvierten Agenten – also auch Petras – aus dem ‚Operationsgebiet‘ in die DDR zurück.²²²

Das Protokoll zur Unterredung vom 20. November 1968 weist daraufhin, dass der Startpunkt der Aktion ‚Verwüstung‘ kurz bevorstand. Den Vorsitz der Konferenz, bei der überdies noch Vertreter des MfAA sowie des MfS anwesend waren, hatte der Leiter der Westabteilung der SED, Günter Pötschke, inne. Darin legten die Teilnehmer zahlreiche öffentliche Auftritte sowie Publikationen bis in das Frühjahr 1969 fest.²²³ Die geplanten Maßnahmen stimmten dabei inhaltlich mit jenem Schreiben überein, in dem Markus Wolf den Minister für Staatsicherheit bereits im Oktober über ein mögliches Konzept der Kampagne unterrichtete.²²⁴

Der Plan sah den Beginn der Aktion mit einem Fernsehinterview Ehrenfried Petras‘ in der *Aktuellen Kamera* am 23. November 1968 vor. In einer kurzen Erklärung oblag es dem angeblichen Überläufer, einige Details über seine Tätigkeit im Institut für Aerobiologie preiszugeben. Die Ankündigungen in einigen Sendungen am Nachmittag und frühen Abend zeigten dabei auf, welchen Stellenwert dieser Aufzeichnung zugesprochen wurde. Der Allgemeine Deutsche Nachrichtendienst sollte einen exakten Wortlaut der Sendung erhalten, damit auch die Printmedien in die Kampagne einsteigen konnten. Zusätzlich hatte der staatliche Rundfunk den Auftrag, noch am selben Abend einen Tonbandmitschnitt zu verbreiten.²²⁵

Anschließend war im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten für den 6. Dezember eine internationale Pressekonferenz angedacht. Neben dem zuständigen Staatssekretär im MfAA, Peter Lorf, sollte Petras hier erneut auftreten, dieses Mal jedoch in einem weit größeren Rahmen. Obwohl auch

²²¹ Kopp, Desinformant, 2016, S. 19.

²²² Stiller, Spionage, 1986, S. 86f.

²²³ Abteilung Agitation an Mielke, undatiert, BArch, MfS, ZAIG, Nr. 10629, Bl. 3.

²²⁴ Wolf an Mielke, 22.10.1968, BArch, MfS, ZAIG, Nr. 10628, Bl. 7.

²²⁵ Abteilung Agitation an Mielke, undatiert, BArch, MfS, ZAIG, Nr. 10629, Bl. 4. Die *Aktuelle Kamera* war das Pendant zur Tagesschau in der ARD, zudem fiel der 23. November 1968 auf einen Samstag.

zahlreiche Vertreter der eigenen DDR-Presse eingeplant waren, lag der Schwerpunkt eindeutig auf Journalisten aus dem westlichen Ausland.²²⁶ Die Planungen dieser medialen Inszenierung befanden sich im Verantwortungsbereich des ostdeutschen Außenministeriums, welches entsprechendes Material vor- und auch nachbereiten sollte. Unter anderem wurde dabei an die Erstellung einer Dokumentation gedacht, welche „auch vor die UNO getragen werden könnte“.²²⁷ Diese Veröffentlichung war für den Februar 1969 angedacht.

Zusätzlich zur geplanten Vorgehensweise ergeben sich weitere Hinweise auf die Arbeitsteilung der Aktion: Bereits die erst kurz vor der Besprechung vom 20. November 1968 verteilten Unterlagen geben darüber Auskunft, wie geheim die anstehenden Maßnahmen wirklich waren. Aus dem Protokoll geht hervor, dass die meisten Teilnehmer die wahre Identität von Ehrenfried Petras nicht kannten. Vielmehr ist darin durchgängig von einem „Kandidaten“²²⁸ die Rede, dessen Name im entsprechenden Dokument nicht auftaucht. Vermutlich wussten lediglich die Vertreter des MfS über den Status und die Identität des ‚inoffiziellen Mitarbeiters‘ Bescheid. Diese Vermutung bekräftigt auch ein Schreiben Günter Pötschkes an seinen Vorgesetzten, Albert Norden, in dem dieser Ehrenfried Petras lediglich als Kronzeugen für die anstehende Kampagne anführte. Petras sei aus „prinzipiellen politischen und Gewissensgründen in die DDR gekommen“.²²⁹ Aus diesem Schriftstück geht zusätzlich die Verschiebung einer Pressekonferenz über westdeutsche Nuklearabsichten hervor, die eigentlich für den Dezember 1968 angesetzt war.

Demnach lag die eigentliche Planung in den Händen des MfS, genauer gesagt bei der Abteilung X der HV A, unterstützt durch die Abteilung Agitation (siehe Anhang). Bei der Aktion ‚Verwüstung‘ erfolgte der Austausch und die Bestätigung gegenüber den Vertretern der einzelnen Ämter innerhalb des Zentralkomitees der SED nur in formaler Hinsicht, zumindest lassen die Aktenstücke dies vermuten. ZK-Mitglieder wussten zwar über die anstehende Desinformationskampagne Bescheid und waren in die abschließende Planung involviert, sie sollten jedoch ausschließlich in stellvertretender Rolle fungieren. Den öffentlichen Auftritt übernahm das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, flankiert durch einzelne Abteilungen innerhalb der SED, die sich dabei jedoch zumeist auf die DDR selbst konzentrierten. Dafür bildete das MfAA beispielsweise einen eigenen Arbeitsstab, um das Pressematerial für

²²⁶ Abteilung Agitation an Mielke, undatiert, BArch, MfS, ZAIG, Nr. 10629, Bl. 4.

²²⁷ Ebd.

²²⁸ Ebd., Bl. 3.

²²⁹ Pötschke an Norden, 21.11.1968, BArch, DY, 30/68946, Bl. 260.

den 6. Dezember zu bündeln.²³⁰ Demnach klassifiziert sich die Aktion ‚Verwüstung‘ nicht als eine Öffentlichkeitsarbeit des MfS im klassischen Sinne. Zwar beinhaltet die Kampagne durchaus einige Aspekte der typischen Vorbeugearbeit, da die Maßnahmen immer auch auf die eigene Bevölkerung abzielten. Dennoch findet sich hier vielmehr eine Mischung der ‚operativen Agitation‘ mit der ‚Spezialpropaganda‘.

Auch das erste Fernsehinterview in der *Aktuellen Kamera* am 23. November 1968 wurde sowohl detailliert vor- als auch nachbereitet. Beispielsweise finden sich in den relevanten Akten des Stasi-Unterlagen-Archivs neben Hinweisen für den anstehenden Presseauftritt auch Entwürfe für eine Presseerklärung, die als Grundlage für Petras‘ Auftritt diente.²³¹ Zudem erfasste das MfS entsprechende Reaktionen im westlichen Ausland und in den sozialistischen Staaten.²³² Dabei sollte die Erklärung von Petras im ostdeutschen Fernsehen gezielt in Form eines Interviews erfolgen, um die Aktualität seiner Aussage „besser unterstreichen zu können“.²³³ Möglich ist hierbei jedoch auch der Hintergrund, dadurch die intensiven Vorbereitungsmaßnahmen der Kampagne besser verschleiern zu können.

Das Fernsehinterview am Abend des 23. Novembers 1968 begann mit einer kurzen Vorstellung des ‚Überläufers‘. Dabei basierten die Informationen zu seiner Person auf einer Kurzbiographie, die sich angeheftet in derselben Akte befindet.²³⁴ Auch hier fällt wiederum auf, wie detailliert die Täuschung von staten gehen sollte. Bei Petras handele es sich um den „Leiter eines der wichtigsten westdeutschen Labors“²³⁵ für die Entwicklung von chemischen und

²³⁰ Abteilung Agitation an Mielke, undatiert, BArch, MfS, ZAIG, Nr. 10629, Bl. 3.

²³¹ Hinweise für die Fernseherklärung des Kandidaten, undatiert, BArch, MfS, ZAIG, Nr. 10628, Bl. 103; sowie Presseerklärung nach Eintreffen in der DDR, undatiert, ebd., Bl. 104–106.

²³² Informationen über durchgeführte Maßnahmen, undatiert, ebd., Bl. 96–112.

²³³ Hinweise für die Fernseherklärung des Kandidaten, undatiert, ebd., Bl. 103.

²³⁴ Kurzbiographie Petras, undatiert, ebd., Bl. 111. In der Akte sind zwei Kopien enthalten. Bei der zweiten, hinteren Fassung ist der Titel (Kurzbiographie) durchgestrichen. Siehe dazu auch Bl. 112. Dabei handelte es sich um die 19:30 Ausgabe, die sich jedoch nicht erhalten hat. Auskunft darüber gab Dr. Peter-Paul Schneider des Deutschen Rundfunkarchivs an Kirschner/Johannsen am 30. August 2005. Entnommen aus Anmerkung 5 in *Kirschner/Johannsen*, Institut für Aerobiologie, 2006, S. 3. Die Auskunft erneuerte das Rundfunkarchiv per Mail an den Verfasser am 29.10.2019. Auszüge des Interviews finden sich beispielsweise im Neuen Deutschland, der National-Zeitung sowie in *Der Morgen*. Alle Ausgaben vom 24.11.1968.

²³⁵ Hinweise für die Fernseherklärung des Kandidaten, undatiert, BArch, MfS, ZAIG, Nr. 10628, Bl. 103.

biologischen Kampfmitteln für die Bundeswehr. Seine leitende Funktion bei der Entwicklung von B-C-Kampfstoffen erkläre demzufolge, warum ihn die westdeutsche militärische Führung bei den Planungen und Vorbereitungen mit einbezogen habe. Petras sei einer der „bestinformiertesten Männer auf diesem Gebiet, der die Bonner Geheimnisse enthüllen kann“.²³⁶ Zudem wurde betont, dass es sich bei seinen Aussagen lediglich um einen Ausschnitt dessen handle, was er durch seine Tätigkeit erfahren habe.

Des Weiteren gab Petras zu Protokoll, dass er durch seine neunjährige Tätigkeit im Institut für Aerobiologie „umfangreiche Kenntnisse über Arbeiten in der westdeutschen Bundesrepublik auf dem Gebiet der B-C-Kampfstoffe“²³⁷ erhalten habe. Diese würden im Auftrag des Bundesverteidigungsministeriums durchgeführt, um dadurch wissenschaftliche Grundlagen für den militärischen Einsatz zu erarbeiten. Das BMVg finanziere entsprechende Forschungen und fordere die Entwicklung und Erprobung noch gefährlicherer Substanzen. Seit Anfang der 1960er Jahre arbeite das Institut bereits im Sinne der chemischen Kriegführung.²³⁸ Petras selbst habe sich mit Fragen der mikrobiologischen Aerosolforschung beschäftigt, „die ja in aller Welt in erster Linie unter dem Aspekt der B-Kriegführung betrachtet wird“.²³⁹ Demnach handle es sich beim Institut für Aerobiologie um eine Forschungseinrichtung, die ausschließlich der Vorbereitung einer Kriegführung mit ABC-Waffen diene. Dies sei nicht nur in Grafschaft der Fall, worüber er und ehemalige Arbeitskollegen detailliert Bescheid wüssten. Jedoch findet sich in einer Akte des Bundesarchivs in Freiburg der Hinweis, dass es ein „striktes Verbot der Kontaktpflege mit wissenschaftlichen Instituten“²⁴⁰ gab, weswegen diese Aussagen von Petras anzuzweifeln sind.

Anschließend ging die Presseerklärung auf einen zentralen Aspekt ein, der sich als eine Konstante durch die weiteren Stellungnahmen, Pressekonferenzen und Publikationen ziehe sollte – die Gewissensentscheidung des Wissenschaftlers.²⁴¹ Für Petras seien die getesteten Substanzen von einer solchen Gefährlichkeit, dass jeder Forscher es vorab mit dem eigenen Gewissen

²³⁶ Ebd.

²³⁷ Presseerklärung nach Eintreffen in der DDR, undatiert, ebd., Bl. 104.

²³⁸ Ebd.

²³⁹ Ebd., Bl. 105. Dies habe auch Experimente mit hochpathogenen Stämmen beinhaltet.

²⁴⁰ Sachstandsbericht und Empfehlungen betreffend dem Fraunhofer-Institut für Aerobiologie, 16.6.1967, BAArch, BH 24/2250, unpaginiert.

²⁴¹ Presseerklärung nach Eintreffen in der DDR, undatiert, BAArch, MfS, ZAIG, Nr. 10628, Bl. 105.

vereinbaren müsse, „ob und inwieweit er sich mit einer Untersuchung der hier gegebenen Probleme beschäftigen darf“.²⁴² Er habe sich dieser Frage gestellt und sich schließlich dem deutschen Volk und der Menschheit gegenüber verpflichtet gefühlt, weshalb er zur Offenlegung dieser brisanten Informationen in die DDR flüchtete. Um rechtzeitig reagieren zu können, müsse im Interesse der Bevölkerung auf die Gefährlichkeit dieser Forschungen aufmerksam gemacht werden. Dementsprechend distanzieren er sich von diesen Arbeiten. Vielmehr seien in der DDR alle Möglichkeiten gegeben, „damit unsere wissenschaftlichen Arbeiten nicht mißbraucht, sondern ausschließlich im Dienst des Friedens genutzt werden“.²⁴³

Zusätzlich zu den Anführungen in der Presseerklärung gaben die entsprechenden Stellen die bereits angeführte Kurzbiographie heraus. Die Forschungen von Petras seien von größter Gefährlichkeit und dienten ausschließlich der Vorbereitung der biologischen und chemischen Kriegführung der „westdeutschen Bundeswehr“.²⁴⁴ Hierbei taucht in Form der Tautologie eines der zentralen Stilmittel auf, die sich in den Unterlagen der Aktion ‚Verwüstung‘ durchweg finden lassen. Zudem wurde das Verteidigungsministerium der Bundesrepublik oftmals in ‚Bonner Kriegsministerium‘ umetikettiert oder die westlichen Printmedien als „Monopolpresse“²⁴⁵ bezeichnet. Des Weiteren führte die Kurzbiographie einen weiteren Grund an, weshalb Petras in die DDR übersiedelte: Er sei nicht weiter bereit gewesen, sich für die Vorbereitung von Vernichtung und Krieg missbrauchen zu lassen. Daher habe er Ost-Berlin um politisches Asyl gebeten, um seine „Erfahrungen und Kenntnisse als Wissenschaftler in den Dienst des Friedens zu stellen“.²⁴⁶

Welcher Arbeitsaufwand in die Kampagne gesteckt wurde, zeigt auch die nach dem 23. November 1968 ausgewerteten Pressereaktionen aus dem Westen. Bereits in den Nachtstunden zum folgenden Tag seien westliche Nachrichtenagenturen auf das Ereignis eingegangen. Dabei handelte es sich beispielsweise um Reuters, die Associated Press (AP) oder die Deutsche Presse-Agentur (DPA), allerdings „ohne eigene Stellungnahme“.²⁴⁷ Zusätzlich wertete die Abteilung Agitation auch die unmittelbaren Presseveröffentlichungen in den ‚nichtsozialistischen Staaten‘ aus, die sie gesammelt von der Abteilung

²⁴² Ebd.

²⁴³ Presseerklärung nach Eintreffen in der DDR, undatiert, ebd., Bl. 106.

²⁴⁴ Kurzbiographie Petras, undatiert, ebd., Bl. 111.

²⁴⁵ Reaktionen in Westdeutschland, undatiert, ebd., Bl. 99.

²⁴⁶ Kurzbiographie Petras, undatiert, ebd., Bl. 111. Siehe zudem Fußnote 5.

²⁴⁷ Reaktionen in Westdeutschland, undatiert, ebd., Bl. 97–101, hier S. 97.

Auslandsinformationen der SED erhielt. Erwähnt wurden Zeitungsartikel aus dem Irak, Finnland, Syrien, Indonesien, Dänemark und Frankreich.²⁴⁸ Dagegen hatte die Dienststelle der SED Pressereaktionen aus den Vereinigten Staaten oder Großbritannien nicht aufbereitet, zumindest findet sie im entsprechenden Dokument keine Erwähnung. Dabei berichteten beispielsweise die New York Times oder die Washington Post über die Vorkommnisse.²⁴⁹ Fraglich bleibt hierbei, warum die amerikanischen Blätter nicht mit in die Analyse einbezogen wurden, zielte die Kampagne doch gerade auf die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den USA ab. Weiterhin stellte der Verfasser des Berichts fest, dass sich die Mehrzahl der Zeitungen „der Kommentierung weitestgehend enthalten und sich im Wesentlichen auf die Wiedergabe von Faktenmeldungen beschränken“.²⁵⁰ Dies sei vermutlich auf die Tatsache zurückzuführen, „daß weitere Enthüllungen abgewartet werden“.²⁵¹ Schließlich war im Fernsehinterview bereits eine umfangreichere Pressekonferenz angekündigt, die im Dezember desselben Jahres stattfinden sollte.

Bei diesem Ereignis am 6. Dezember im ostdeutschen Außenministerium waren etwa 200 Journalisten anwesend, zum Teil aus der DDR und den sozialistischen Staaten, zum Teil aus dem westlichen Ausland.²⁵² Die Pressekonferenz begann mit einer Erklärung von Ehrenfried Petras, der seine Anschuldigungen nunmehr präziserte und genauer ausführte. Zunächst kam er auf generelle Forschungsabsichten der Bundesrepublik zu sprechen: diese würden durch das Bundesverteidigungsministerium „für militärisch-offensive Zwecke nutzbar gemacht“.²⁵³ Dabei konzentrierten sich die involvierten Forschungseinrichtungen zum einen auf die Neuentwicklung biologischer und chemischer Kampfstoffe, insbesondere mit den Einsatzmöglichkeiten durch Aerosole. Zum anderen läge ein Schwerpunkt in der Erforschung entspre-

²⁴⁸ Reaktionen des Auslands, undatiert, ebd., Bl. 100f. In Frankreich berichtete beispielsweise Le Monde über den Vorfall.

²⁴⁹ Beispielsweise ‚German Scientist Defects to East‘, New York Times, 24.11.1968, S. 13.

²⁵⁰ Reaktionen des Auslands, undatiert, BArch, MfS, ZAIG, Nr. 10628, Bl. 101.

²⁵¹ Ebd., Bl. 101.

²⁵² Anders als beim Fernsehinterview für die *Aktuelle Kamera* befindet sich im Deutschen Rundfunkarchiv (DRA) hierzu eine Aufzeichnung. Deutsches Rundfunkarchiv Fernsehbestand: ID 085274, AK, 6.12.1968, Pressekonferenz E. P. im Außenministerium. Auch die Panoramasendung des NDR vom 3.5.2018 beinhaltet einige kurze Passagen dieser Aufzeichnung. Siehe <https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2018/Streng-geheim-Deutsche-Chemiewaffenplaene-im-Kalten-Krieg.giftwaffen100.html> (27.01.2020 13:37).

²⁵³ Erklärung Petras, 6.12.1968, BArch, MfS, HA VI, Nr. 16181, Bl. 185. Siehe hierzu zudem Fußnote 2.

chender Gegenmittel, also Nachweis- und Entgiftungsverfahren gegen Giftstoffe. Dies beinhaltet dementsprechend auch die medizinische Versorgung geschädigter Personen. Hierbei fällt erneut auf, inwieweit wahrheitsgemäße Informationen mit brisanten Anschuldigungen vermischt wurden. Während die Erforschung von Schutzmaßnahmen durchaus ihre Berechtigung hatte, handelte es sich bei der Entwicklung neuwertiger Giftstoffe möglicherweise um eine illegale Operation. Deshalb erklärt sich, warum auch Petras betonte, diese Forschungskomplexe „nicht isoliert voneinander“²⁵⁴ betrachten zu können. Vielmehr bildeten diese eine notwendige Einheit zur Vorbereitung der ABC-Kriegführung.

Im Anschluss ging Petras auf die Abteilung Wehrtechnik des Bundesverteidigungsministeriums ein, welche die militärischen Forschungen leitete. Die Wichtigkeit dieser Dienststelle verdeutlichte die Bildung einer sogenannten ‚Studiengruppe ABC‘, die Vorbereitungen zur „biologischen und chemischen Kriegsvorbereitungen“²⁵⁵ bündele. Zusätzlich verfüge das Verteidigungsministerium in Bonn über eigene Forschungseinrichtungen. Dazu zählten die ABC-Erprobungsstelle E 53 der Bundeswehr in Munster in der Lüneburger Heide, die ABC-Abwehrschule in Sonthofen sowie das bereits erwähnte Institut für Aerobiologie. Um dieses Vorhaben zu tarnen, habe die zuständige Behörde versucht, diese militärischen Forschungsabsichten gezielt in „bestehenden zivilen Forschungseinrichtungen der westdeutschen Chemiekonzerne, Universitätsinstitute und anderen Forschungseinrichtungen so durchführen zu lassen, damit deren wahrer Charakter nicht sofort sichtbar wird.“²⁵⁶ Für das BMVg resultierten daraus erhebliche Vorteile, wie beispielsweise die bereits erwähnten Tarnungen von Arbeiten für offensive militärische Zwecke als zivile Forschungen sowie der Einsparung von Zeit, Personal und Geld. Durch diese Vorgehensweise habe sich das Bundesverteidigungsministerium einen entscheidenden Einfluss auf das Forschungspotential in Westdeutschland gesichert, „so daß es viele Wissenschaftler gibt, die trotz persönlicher Vorbehalte nicht wagen, Forschungsanträge“ zurückzuweisen.²⁵⁷

Im weiteren Verlauf seiner Erklärung kam Petras auf das Institut für Aerobiologie zu sprechen, wo er vom 1. Februar 1960 an gearbeitet hatte. Für Petras sei die Einrichtung ausschließlich „zum Zwecke der Tarnung der militärischen

²⁵⁴ Ebd., Bl. 186.

²⁵⁵ Ebd., Bl. 186f.

²⁵⁶ Ebd., Bl. 187.

²⁵⁷ Ebd., Bl. 188.

Forschung formal der Fraunhofer-Gesellschaft unterstellt²⁵⁸ worden. Vielmehr habe das Bundesverteidigungsministerium die Aufgabenstellung ab dem Frühjahr 1961 auf „wehrtechnische Objekte offensiven Charakters festgelegt“.²⁵⁹ Diese Vorgaben seien zunächst durch den Referenten, Dr. Siegfried Glupe, und ab 1967 durch den zuständigen Ministerialrat, Dr. Wolfgang Strathmann, angeleitet worden. Petras selbst habe als Laborleiter für Mikrobiologie „jahrelang Untersuchungen zu Problemen der biologischen und chemischen Kriegsführung durchgeführt“.²⁶⁰ In dieser Funktion sei es ihm möglich gewesen, das gesamte Programm des Instituts kennen zu lernen. Die Intensität der Kriegsvorbereitungen auf diesem Gebiet habe jährlich zugenommen und ihn dementsprechend stärker beunruhigt. Dabei erschien vor allem die Tatsache erschreckend, mit welcher Selbstverständlichkeit das Offizierskorps der Bundeswehr mit dem Einsatz bakteriologischer und chemischer Waffen umgegangen sei. Bereits die Einstellungskriterien im Institut hätten verdeutlicht, welche Bedeutung das Verteidigungsministerium dem Vorhaben beimaß. Beispielsweise seien die Mitarbeiter zur absoluten Geheimhaltung verpflichtet worden, wobei das „System der Geheimhaltungsstufen und die Bestimmungen der Bundeswehr“²⁶¹ zur Anwendung käme. Interessanterweise bildete gerade Petras dabei eine Ausnahme.

Nach diesen Ausführungen ging Petras detailliert auf die einzelnen Forschungen ein. Zunächst kam er erneut auf Aerosole zu sprechen: Die Untersuchungen konzentrierten sich auf Substanzen mit „langfristig wirksamen B bzw. C-Kampfstoffgehalt“.²⁶² Im Kriegsfall dienten die Ergebnisse dem Bundesverteidigungsministerium zur Planung des Großeinsatzes dieser Giftstoffe. Zusätzlich experimentiere die Einrichtung im Sauerland mit „hochpathogenen Mikroorganismen- und Virusstämmen sowie mit bakteriellen Toxinen, insbesondere mit Botulinus-Toxin, dem wirksamsten aller bekannten Gifte“.²⁶³ Dazu gehörte auch die Studie *Potenzielle Möglichkeiten der B-Sabotage* im Bereich der Bundeswehr aus dem Jahr 1963. Dabei sollte Petras ergründen, „auf welche Weise kurzfristig militärische Objekte mittels biologischer Waffen lahmgelegt

²⁵⁸ Ebd.

²⁵⁹ Ebd.

²⁶⁰ Ebd., Bl. 190f.

²⁶¹ Ebd., Bl. 191.

²⁶² Ebd., Bl. 192.

²⁶³ Ebd., Bl. 194.

werden können“.²⁶⁴ In einer späteren Stellungnahme dementierte der Leiter der Forschungseinrichtung in Graftschafft diese Anschuldigungen jedoch prompt: Am Institut für Aerobiologie sei nie mit „pathogenen Mikrobenstämmen“²⁶⁵ gearbeitet worden.

Darüber hinaus, so fuhr Petras fort, seien auch zahlreiche Institute in der Bundesrepublik in das Forschungsprogramm des Verteidigungsministeriums involviert, beispielsweise das Pharmakologische Institut der Universität Göttingen.²⁶⁶ Diese Einrichtung in Niedersachsen habe auf einer Arbeitstagung vom wissenschaftlichen Leiter des Instituts für Aerobiologie, Dr. Herbert Oldiges, eine größere Menge Soman erhalten, da es dauerhaft über diesen Giftstoff verfüge. Dementsprechend beliefere die Forschungsstätte in Graftschafft auch weitere Universitäten wie etwa Bonn, Münster, Saarbrücken und Kiel.²⁶⁷ Besonders mit der ABC-Erprobungsstelle E 53 der Bundeswehr bestehe seit den letzten Jahren ein intensiverer Kontakt, der sich vor allem in einem engen Erfahrungsaustausch sowie erhöhter Sicherheitsbestimmungen bemerkbar mache.²⁶⁸ Dies resultiere aus einer „Forcierung der Entwicklung und Erprobung von biologischen und chemischen Kampfstoffen sowohl in quantitativer als auch qualitativer Hinsicht“.²⁶⁹ Besorgniserregend sei dabei der Auftrag gewesen, weitaus gefährlichere Kampfstoffe als die bereits bekannten zu entwickeln. Damit sei ein „qualitativ neues Stadium der Arbeiten erreicht“.²⁷⁰

Zum Schluss erneuerte Petras seinen Appell an die Forschungskollegen: Die westdeutschen Vorbereitungen für die B- und C-Kriegführung und die damit verbundenen Praktiken des Bundesverteidigungsministeriums erforderten „eine Entscheidung eines jeden verantwortlichen Wissenschaftlers, der nicht an einem erneuten ungeheuerlichen Verbrechen am deutschen Volk und an der gesamten Menschheit schuldig werden will“.²⁷¹ Involvierte Menschen könnten

²⁶⁴ Ebd., Bl. 194; sowie *Dr. Petras schlägt Alarm*, S. 10 und *Kirschner/Johannsen, Das Institut für Aerobiologie*, 2006, S. 89.

²⁶⁵ Oldiges an Epp, 13.1.1969, IfZ, ED 721/218.9, zitiert aus: *Geißler, Biowaffen*, S. 75.

²⁶⁶ Erklärung Petras, 6.12.1968, BArch, MfS, HA VI, Nr. 16181, Bl. 198.

²⁶⁷ Ebd., Bl. 199.

²⁶⁸ Die Ressorteinrichtung des BMVg beschäftigte sich in Münster mit der Wirkung von ABC-Waffen. Seit 1986 trägt sie den Namen *Wehrwissenschaftliches Institut für Schutztechnologien – ABC-Schutz*. Siehe <https://www.baainbw.de/portal/a/baain/start> (11.11.2019 12:45).

²⁶⁹ Erklärung Petras, 6.12.1968, BArch, MfS, HA VI, Nr. 16181, Bl. 200.

²⁷⁰ Ebd.

²⁷¹ Ebd., Bl. 201.

sich ihrer Verantwortung nicht dahingehend entziehen, „daß er lediglich seine Arbeitsstelle verläßt und über seine Erfahrungen und sein Wissen schweigt“.²⁷² Aus diesen Gründen habe er es für notwendig erachtet, seine Kenntnisse in der DDR zu veröffentlichen. Diese Gewissensappelle sollten sich fortan wie ein Konstante durch die Kampagne ziehen.

Ähnlich äußerte sich auf der Pressekonferenz auch der stellvertretende DDR-Außenminister, Günter Kohrt, zu den vorgebrachten Anschuldigungen. Durch Petras sei der Nachweis erbracht worden, „daß in der westdeutschen Bundesrepublik systematisch und nach langfristigen Plänen biologische und chemische Waffen entwickelt werden“.²⁷³ Dies geschehe im direkten Auftrag der Bundesregierung und unter unmittelbarer Anleitung durch das „Bonner Kriegsministerium“,²⁷⁴ was wiederum neue Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die Gefährdung des Friedens und der Sicherheit in Europa impliziere. Besonders die durch das Hitler-Regime begangenen Verbrechen machten ein völkerrechtliches Verbot von chemischer und biologischer Bewaffnung für die Bundesrepublik nicht nur rechtlich, sondern auch moralisch verbindlich. Die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges hätten auf der Potsdamer Konferenz 1945 beschlossen, dass „Nazismus und Militarismus für immer auszurotten sind und zu gewährleisten ist, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht“.²⁷⁵ Ein fast identischer Wortlaut findet sich ebenfalls in der 1968 neu beschlossenen sozialistischen Verfassung der DDR, weshalb diese Anführung wahrscheinlich bewusst gewählt worden ist.²⁷⁶ Günter Kohrt betonte dabei vor allem den Erwerb und die Produktion von sowie die Ausrüstung der Bundeswehr mit entsprechenden Massenvernichtungswaffen, die einen offenen Bruch des Völkerrechts bedeuteten.²⁷⁷ Besonders die Behauptung, die Bundesrepublik missachte die vertraglichen Vereinbarungen des Genfer Protokolls sowie der

²⁷² Ebd.

²⁷³ Stellvertreter MfAA, 6.12.1968, BArch, MfS, ZAIG, Nr. 10637, Bl. 198.

²⁷⁴ Ebd.

²⁷⁵ Ebd. Zur Potsdamer Konferenz siehe *Benz*, Potsdam 1945, 2002.

²⁷⁶ Siehe hierfür Abschnitt I, Kapitel 1, Artikel 6, Nr. 1 der DDR-Verfassung aus dem Jahr 1968, in: *Mampel*, Sozialistische Verfassung, 1972, S. 5. Dort heißt es: „Die Deutsche Demokratische Republik hat getreu den Interessen des deutschen Volkes und der internationalen Verpflichtung aller Deutschen auf ihrem Gebiet den deutschen Militarismus und Nazismus ausgerottet und betreibt eine dem Frieden und dem Sozialismus, der Völkerverständigung und der Sicherheit dienenden Außenpolitik“. Zusätzlich *Florath*, DDR, 2018, S. 13–39.

²⁷⁷ Stellvertreter MfAA, 6.12.1968, BArch, MfS, ZAIG, Nr. 10637, Bl. 198.

Pariser Verträge, sollte dazu führen, die Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik insbesondere auf internationaler Ebene zu unterminieren.

Die Mitte der 1950er Jahre in der französischen Hauptstadt abgeschlossenen Verträge dienten dem stellvertretenden Außenminister der DDR dazu, seine Vorwürfe zu präzisieren. Kohrt zitierte dafür aus einer Buchveröffentlichung Willy Brandts, die „fälschlicherweise den Titel ‚Friedenspolitik in Europa‘“²⁷⁸ trage. Brandt habe sich dabei erneut auf den Herstellungsverzicht bezogen und angeführt, dass sich die Bundesrepublik zusätzlich „entsprechenden internationalen Kontrollen unterworfen“²⁷⁹ habe. Diesbezüglich resümierte Kohrt drei Punkte: Zum einen stellten die Pariser Verträge keineswegs eine Verzichtserklärung dar, sondern bedeuteten vielmehr eine erneute militärische Aufrüstung. Zum zweiten täusche der Verzicht von ABC-Waffen, da die Bundesrepublik diese aus dem Ausland immer noch käuflich erwerben könne. Zuletzt seien die angeblichen Rüstungskontrollen sowie der Produktionsverzicht lediglich Makulatur, da die Bundesrepublik trotzdem vehement nach Massenvernichtungswaffen strebe. Neben den Ausführungen des Kronzeugen Petras beweise dies vor allem die Weigerung der Bonner Regierung, den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen.²⁸⁰ Diese Entwicklung müsse die europäischen Völker alarmieren, „denen man jahrelang einzureden versucht hatte, daß die westdeutschen Militaristen unter Kontrolle stünden und daher keine Gefahr von ihnen ausginge“.²⁸¹ Trotzdem erhebe die Bundesrepublik territoriale Forderungen gegenüber anderen Staaten, was wiederum die „Änderung des Status quo in Europa und eine ‚Neuordnung‘“²⁸² bedeute. Vielmehr zeige die Geschichte, was diese Massenvernichtungswaffen in den Händen des deutschen ‚Imperialismus‘ bedeuteten. Dabei veranschauliche vor allem der Vietnamkrieg die von der Bundesrepublik ausgehende Gefahr, da dieser Konflikt beispielsweise auch als Versuchsfeld Westdeutschlands für chemische und biologische Kampfstoffe verwendet würde. Die Bonner Regierung tarne dabei die an die Amerikaner gelieferten Gifte als ‚Unkrautvertilgungsmittel‘.

²⁷⁸ Ebd., Bl. 199.

²⁷⁹ Ebd. Brandt bezog sich dabei auf die Verzichtserklärung Konrad Adenauers vom 23.10.1954, festgehalten in der Anlage I des Protokolls Nr. III ‚Über die Rüstungskontrolle‘. Siehe Europa-Archiv 1954, S. 7171–7181.

²⁸⁰ Stellvertreter MfAA, 6.12.1968, BArch, MfS, ZAIG, Nr. 10637, Bl. 200. Am 1.7.1968 unterzeichneten die USA, Großbritannien sowie die Sowjetunion den Atomwaffensperrvertrag, der jedoch erst 1970 in Kraft trat. Die Bundesrepublik schloss sich erst 1969 an. Zur nuklearen Sicherheitspolitik Westdeutschlands siehe *Lutsch*, Westbindung, 2019.

²⁸¹ Stellvertreter MfAA, 6.12.1968, BArch, MfS, ZAIG, Nr. 10637, Bl. 200.

²⁸² Ebd., Bl. 201.

Dies erinnere an die Zeit des Nationalsozialismus, wo bereits das zur Vergasung in den Vernichtungslagern eingesetzte Zyklon-B als ‚Desinfektionsmittel‘ deklariert worden sei.²⁸³

Zum Schluss fasste Günter Kohrt seine Darlegungen zusammen: Die Entwicklung von biologischen und chemischen Waffen durch die Bundesrepublik gefährde den Frieden und die Sicherheit in Europa. Dieses „revanchistische Programm des westdeutschen Imperialismus“²⁸⁴ richte sich gegen die territoriale Integrität anderer Staaten und stelle daher eine direkte Kriegsvorbereitung dar. Westdeutschland transformiere sich in eine offene Militärdiktatur, wobei sich die Beteiligten an einem erneuten Menschheitsverbrechen schuldig machten und sich dafür sogar dem Völkerrecht widersetzen.²⁸⁵ Dementsprechend müssten die europäischen Völker reagieren, da die Bundesrepublik versuche, die aus dem Zweiten Weltkrieg resultierende Grenzziehung zu revidieren. In Übereinstimmung mit der eigenen sozialistischen Verfassung sähe es die DDR als ihre Pflicht an, „warnend ihre Stimme zu erheben“²⁸⁶ und gegen die Absichten der Bonner Regierung einzutreten. Der Frieden und die Sicherheit auf dem Kontinent erforderten zum einen eine sofortige Einstellung des entsprechenden Programms in der Bundesrepublik sowie zum anderen die Vernichtung vorhandener Vorräte. Dies schließe ausdrücklich auch die Restbestände aus dem Zweiten Weltkrieg ein. Zum anderen erfordere eine Sicherung des Status quo eine „vorbehaltslose Unterzeichnung und Ratifizierung des Kernwaffensperrvertrags durch die westdeutsche Regierung“.²⁸⁷ Das impliziere wiederum die Abkehr der Bonner Regierung von einer Revanchepolitik, die sich gegen die bestehenden Grenzen richte.

Bereits kurz nach Petras‘ Fernsehauftritt in der *Aktuellen Kamera* am 23. November 1968 waren auch die DDR-Printmedien in die Kampagne eingestiegen.²⁸⁸ Die ostdeutsche Blätter beteiligten sich bis zum Jahresende mit

²⁸³ Ebd., Bl. 202.

²⁸⁴ Ebd.

²⁸⁵ Günter Kohrt bezog sich dabei auf die kürzlich beschlossenen Notstandsgesetzgebung in der Bundesrepublik. Die Große Koalition änderte am 30.5.1968 das Grundgesetz zum 17. Mal. In einer besonderen Krisensituation (Krieg, Naturkatastrophe) sollte die Notstandsverfassung die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung aufrechterhalten. Dies führte zu Protesten der sogenannten außerparlamentarischen Opposition (APO). Siehe dazu *Spernol*, Notstand, 2008; sowie *Diebel*, Stunde Exekutive, 2019.

²⁸⁶ Stellvertreter MfAA, 6.12.1968, BArch, MfS, ZAIG, Nr. 10637, Bl. 203.

²⁸⁷ Ebd.

²⁸⁸ Im Rahmen dieser Studie wurden acht Zeitungen auf Veröffentlichungen durchsucht, die bis zum Jahresende 1968 über die Ereignisse berichteten. Diese sind: Neues Deutsch-

mindestens 115 Artikeln an der Desinformationskampagne, wobei das Neue Deutschland (ND) mit 37 und die Berliner Zeitung (BZ) mit 24 den Großteil ausmachten.²⁸⁹ Dabei fällt auf, dass sich in den zahlreichen Meldungen in den Tagen vor der Pressekonferenz am 6. Dezember eine Lücke auftut. Vermutlich sollte eine Pause in der Berichterstattung dem späteren Ereignis im DDR-Außenministerium eine noch höhere Aufmerksamkeit ermöglichen. Stereotypisch für ostdeutsche Printmedien werden im Folgenden ein Zeitungs- und ein Magazininterview genauer analysiert. Zum einen handelt es sich um ein Gespräch mit dem stellvertretenden Chefredakteur des ND, Günter Schabowski, Ende Dezember 1968 und zum anderen um ein Interview mit Petras in der DDR-Revue aus dem Jahr darauf.

Der Artikel von Günter Schabowski sticht hierbei besonders heraus, da die eingesehenen Dokumente aufzeigen, wie detailliert er sich seine Fragen für den folgenden Artikel genehmigen lassen musste. Dennoch ist zu vermuten, dass Schabowski zumindest beim Aufbau seines Beitrages einen gewissen Spielraum besaß. In einem Schreiben an den Leiter der Abteilung Agitation, Günter Halle, begründete Schabowski, warum sich das Gespräch mit Petras inhaltlich von der Pressekonferenz sowie vom bereits Bekannten abgrenzen und man diesmal den persönlichen Teil in den Vordergrund stellen müsse.²⁹⁰ Es sei angebracht, die veröffentlichten Fakten mit Emotionalität zu unterfüttern. Daher sollte sich Petras auf eine intensivere Befragung einstellen, weshalb Schabowski vorab darum bat, „in dieser Hinsicht psychologisch den Boden zu lockern“.²⁹¹ Da der am 28. Dezember erschienene Artikel tatsächlich auf die bereits bekannten Fakten zu den bundesrepublikanischen BC-Absichten

land (37 Artikel), Berliner Zeitung (24), die BZ am Abend (8), die National-Zeitung (9), Der Morgen (17), die Neue Zeit (6), die Junge Welt (6) und die Tribüne (8).

²⁸⁹ Kurze Auswahl aus dem ND: Bonner Kriegsministerium entwickelt B- und C-Waffen, 24.11.1968; Enthüllungen warnen Europa, 30.11.1968; Westdeutschland strebt nach neuartigen Massenvernichtungswaffen, 1.12.1968; Dr. Petras enthüllte Kriegsvorbereitung, 5.12.1968; Todeswaffen für aggressive Politik, 11.12.1968; „Ich konnte nicht länger schweigen“, 28.12.1968. Eine kurze Auswahl aus der BZ: Tod durch einen Tropfen auf die Haut, 24.11.1968; Chemische Kriegführung, 29.11.1968; Bakterienzucht für Revanchekrieg, 7.12.1968; Bonn bricht offen das Völkerrecht, 7.12.1968; Im Sauerland wird der Massenmord vorbereitet, 7.12.1968; B- und C-Waffen bedrohen in Europa Frieden und Sicherheit, 11.12.1968; Wissenschaftler enthüllen Bonn Kriegsvorbereitungen, 27.12.1968.

²⁹⁰ Schabowski an Halle, 13.12.1968, BArch, MfS, ZAIG, Nr. 10628, Bl. 24.

²⁹¹ Ebd.

verzichtete, ist davon auszugehen, dass Halle Schabowskis Vorschlag genehmigt hatte.²⁹²

Der ursprünglich als Interview vorgesehene Artikel erschien schließlich als eine von Schabowski verfasste Selbstdarstellung Petras', wobei dieser als auktorialer Erzähler über die Geschehnisse berichtete. Schabowski hatte die persönliche Situation seines Gegenübers in den Vordergrund gerückt, da eine reportagenartige Umsetzung der Fakten in „Spinnerei“²⁹³ ausgeartet wäre. In seinem Schreiben bat Günter Schabowski Halle abschließend darum, seinen Entwurf Petras zur Genehmigung vorzulegen. Ob dieser tatsächlich über etwaige Änderungen entscheiden durfte, muss jedoch stark angezweifelt werden. Vielmehr oblag es dem Leiter der Abteilung Agitation, das eingereichte Manuskript zu redigieren. Warum die dabei angemerkten Änderungen schließlich keinen Eingang in den Artikel fanden, bleibt hierbei offen.²⁹⁴ Da die im Rahmen dieser Desinformationskampagne eingesehen Korrekturen in aller Regel übernommen wurden, besteht die Möglichkeit, dass die Verantwortlichen die überlieferten Dokumente in diesem Fall nur unvollständig archiviert haben.

Der essayistisch geschriebene Artikel konzentrierte sich dabei zunächst auf Petras' Wissensgründe und ging detailliert auf die Ereignisse ein, die den Wissenschaftler nach Ostdeutschland gebracht hatten. Dabei sei ein erster Verdacht für ihn schließlich zur Gewissheit geworden: Sein Arbeitgeber habe die Forschungsergebnisse von Beginn an für „antihumane, verbrecherische Ziele“²⁹⁵ missbraucht. Die Übersiedlung in die DDR sei notwendig gewesen, um endlich die „Schleusen der Wahrheit“²⁹⁶ zu öffnen. Dabei sei eine erschreckende Nachricht öffentlich geworden: Der Bonner Staat bereite den „Völkermord in der Retorte vor. Die moderne Büchse der Pandora trägt u.a. die Aufschrift ‚Institut für Aerobiologie, Grafschaft, Sauerland‘“.²⁹⁷ Dabei seien auch bei seinen Kollegen Wissensbisse an der Tagesordnung gewesen, weshalb zuvor schon zehn Mitarbeiter den Dienst in der Forschungseinrichtung quittiert hätten. Die Verhöre des Militärischen Abschirmdienstes der Bundeswehr seien mitverantwortlich dafür, dass es kaum privaten Kontakt zwischen den

²⁹² Orientierungspunkte für das Gespräch, 13.12.1968, ebd., Bl. 26.

²⁹³ Schabowski an Halle, undatiert, ebd., Bl. 27.

²⁹⁴ Manuskript zu „Ich konnte nicht länger schweigen“, 13.12.1968, ebd., Bl. 28–43. Ein Beispiel bietet dabei der Satz: „Zuweilen stockt auch das leise Geschlurf des Schreibgeräts“, der im Entwurf gestrichen wurde, im fertigen Artikel jedoch auftaucht.

²⁹⁵ Manuskript zu „Ich konnte nicht länger schweigen“, 13.12.1968, ebd., Bl. 29.

²⁹⁶ Ebd., Bl. 30.

²⁹⁷ Ebd.

Angestellten gegeben habe. Mitarbeiter des MAD hätten sogar in umliegenden Gaststätten gegessen und entsprechende Äußerungen an den Direktor des Institutes, Dr. Herbert Oldiges, weitergegeben. Schließlich sei in ihm die Gewissheit gereift, dass sein Arbeitgeber die Wissenschaft pervertierte, indem er seine Belegschaft dazu verleite, sich in einen „Handlager des Verderbens zu verwandeln“.²⁹⁸ In der DDR sähe Petras nunmehr eine friedliche Zukunft, da seine Arbeiten jetzt der „menschlichsten Sache dienen, dem Sozialismus“.²⁹⁹

Im Gegensatz zum Artikel im ND konzentrierte sich das Magazin DDR-*Revue* größtenteils auf Fakten, die Petras bereits mehrmals öffentlich preisgegeben hatte. Dabei ging Petras erneut auf die Aerosolforschung ein, mit der er sich seit Beginn der 1960er Jahre beschäftigt hatte und betonte gezielt die Täuschungsabsicht des BMVg gegenüber den eigenen Mitarbeitern, die der Ansicht gewesen seien, „für rein defensive oder sogar zivile Zwecke tätig zu sein“.³⁰⁰ Obwohl das Programm offiziell lediglich dem Schutz vor solchen Waffen diene, könne für ihn – Petras – ein wirksamer Schutz vor Massenvernichtungswaffen nur dann gewährleistet werden, wenn vollständig auf die Entwicklung, Produktion und Anwendung dieser Mittel verzichtet werde.³⁰¹ Unabhängig vom Forschungsvorhaben der Bundesrepublik auf eigenem Staatsgebiet sei auch die Anwendung westdeutscher Herbizide im Vietnamkrieg bekannt. Dies erkläre zudem, warum zahlreiche BC-Kriegsexperten von Bonn aus nach Südostasien geschickt worden seien.³⁰²

Bei der Kriegsvorbereitung mit Massenvernichtungswaffen spiele das Institut im Sauerland eine zentrale Rolle, wobei es im Bundesgebiet diesbezüglich weitere Einrichtung gäbe. Im März 1968 sei die Forschungsstätte zudem gezielt auf „aggressivere Ziele“³⁰³ umorientiert worden, was ihn verstärkt beunruhigt habe. Diese Aussage lässt darauf schließen, dass es den Verantwortlichen im MfS nicht darum ging, lediglich auf entsprechende Tatsachen hinzuweisen. Vielmehr wird hier die gezielte Vermengung mit Desinformationen deutlich: Durch Petras sollte des Öfteren betont werden, dass sich die Kriegsvorbereitungen in der letzten Zeit intensiviert hätten, weshalb die Gefahr eines Konfliktes täglich zunähme. Hier treten beispielsweise die ostdeutschen Legitimationsbedürfnisse erneut deutlich zutage. Zum Schluss erklärte Petras,

²⁹⁸ Ebd., Bl. 43.

²⁹⁹ Ebd.

³⁰⁰ Der Tod im Dunkeln, in: DDR *Revue* 2/69, S. 36.

³⁰¹ Ebd., S. 37.

³⁰² Ebd.

³⁰³ Ebd., S. 39.

warum er sich für die Veröffentlichung dieser Tatsachen in der DDR entschieden habe: Er hätte bei einer „Emigration ins westliche, und insbesondere ins US-amerikanische, Ausland nur mehr oder weniger vom Regen in die Taufe [sic!] gelangen können“.³⁰⁴ Dort wäre er aufgrund seiner Kenntnisse erneut in den Bereich der ABC-Waffen hineingezogen worden.

Die intensive Berichterstattung in der DDR weist darauf hin, dass sich die MfS-Führung nicht nur im Westen, sondern auch im eigenen Land entsprechende Auswirkungen erhoffte. Schließlich sollten Desinformationskampagnen ebenso dazu dienen, die eigene Bevölkerung zu sensibilisieren sowie im Idealfall auch aktiv für die eigene Politik zu gewinnen. Zahlreiche Leserbriefe an Petras verdeutlichen, inwiefern die Verantwortlichen dieses Ziel auch in Teilen erreichten. Zweifel bleiben dabei jedoch, ob die an Petras adressierten Reaktionen tatsächlich aus der Bevölkerung der DDR stammten oder nicht doch durch das MfS selbst verfasst wurde.³⁰⁵

Bei den Schreiben handelte es sich zumeist um Leserbriefe, die der Redaktion des Neuen Deutschland zugegangen waren und entweder von Privatpersonen oder von politischen Gruppierungen wie der FDJ entstammten. Im Fall der Schriftstücke von privaten Personen lagen oftmals persönliche Motive zugrunde, da die Verfasser beispielsweise angaben, den Vater von Petras gekannt zu haben.³⁰⁶ Besonders der Brief des Professors Friedrich Jung von der Humboldt Universität deutet darauf hin, wie veröffentlichte Desinformationen wirken konnten. Der Professor der Humboldt-Universität erwähnte eine Reihe von Personen, die mit den in der Pressekonferenz genannten westdeutschen Wissenschaftlern in Verbindung stünden, beziehungsweise einen regen Austausch praktizierten. Für Jung sei es nicht zweckmäßig, „wenn Mitarbeiter dieser ohne Zweifel verbrecherischer Forschungstätigkeit die Möglichkeit bekommen, im Rahmen von wiss. Veranstaltungen unserer Gesellschaften und Akademien den Boden der DDR bzw. sozialistischer Länder zu betreten und dort umfangreichere Kontakte zu unterhalten“.³⁰⁷ Demgegenüber erscheint das Schreiben einer FDJ-Gruppe aus Stralsund wenig überraschend: Darin

³⁰⁴ Ebd.

³⁰⁵ Siehe für entsprechende Ziele auch Kapitel 1.3.

³⁰⁶ West an Schabowski, 2.1.1969, BArch, MfS, ZAIG, Nr. 10628, Bl. 193; Richter an Schabowski, 5.1.1969, ebd., Bl. 191.; sowie Halle an Schabowski, 23.1.1969, ebd., Bl. 189.

³⁰⁷ Jung an Hering, 7.12.1968, ebd., Bl. 196f. Jung war zu diesem Zeitpunkt Direktor des Institutes für Pharmakologie der Humboldt-Universität sowie des Instituts für Pharmakologie der Deutschen Akademie der Wissenschaften (DAK). Er war einer der führenden Pharmakologen in der DDR und diente als Experte zu biologischen und chemischen Waffen. Von 1949–1972 war er Professor an der Humboldt-Universität sowie Direktor an der

beglückwünschten die Schüler einer 10. Klasse Petras zu seinem „patriotischen Schritt“.³⁰⁸ Er gäbe dadurch für viele Menschen in der Bundesrepublik ein hervorragendes Beispiel ab, ebenfalls dem „antihumanistischen Streben“³⁰⁹ der Bonner Regierung entgegen zu treten.

Im Januar 1969 inszenierte das MfS in Ost-Berlin eine weitere Pressekonferenz, in der dieses Mal atomare Waffen in den Mittelpunkt rückten. Die öffentlichkeitswirksame Veranstaltung trug den Namen ‚Bonner Kernwaffenkartell‘ und fand in einem weitaus kleineren Rahmen statt.³¹⁰ Dabei traten einige Wissenschaftler auf, die ebenfalls kurz zuvor aus der Bundesrepublik in den Osten geflüchtet waren und wie Petras für die Hauptverwaltung A spioniert hatten.³¹¹ Obwohl Petras bei diesem Ereignis ebenfalls anwesend war, hatte er ausschließlich eine unterstützende Funktion inne. Er beschränkte sich darauf, einzelne Fragen zu beantworten wie beispielsweise zur Gefahr der atomaren Strahlung im Unterschied zu den BC-Waffen.³¹² Vermutlich gehörte dieses Ereignis auch nicht mehr zur Aktion ‚Verwüstung‘, obgleich sich dafür kein weiter Deckname finden lässt.³¹³ Der Inhalt dieser Pressekonferenz wurde einige Zeit später in einem offiziellen Appell der beteiligten ‚Kronzeugen‘ an Wissenschaftler, Ingenieure und Techniker in Westdeutschland zusammengefasst. Dieser Aufruf sollte zunächst am 18. Februar 1969 im Deutschen Fernsehfunk ausgestrahlt werden und einen Tag später in der Presse erscheinen.³¹⁴

Akademie der Wissenschaften. Siehe *Scheler/Oehme, Zwischen Arznei und Gesellschaft*, 2002.

³⁰⁸ FDJ-Gruppe an Petras, 25.11.1968, ebd., Bl. 199.

³⁰⁹ Ebd.

³¹⁰ Die überlieferten Dokumente zu dieser Pressekonferenz finden sich unter den Signaturen BArch, MfS, ZAIG, Nr. 10631 und 10633.

³¹¹ *BMI* (Hrsg.), *Verfassungsschutzbericht 1968*, S. 126. Darunter befanden sich Prof. Dr. Peter Möbius, ehem. Institut für Theoretische Physik in Karlsruhe, Dr. Klaus Breuer, ehem. Institut für Kernphysik der Johann-Wolfgang-Goethe Universität in Frankfurt am Main, Dr. Gerd Stiller, ehem. Max-Planck-Institut Heidelberg, Herbert Patzelt, ehem. EURATOM in Brüssel und Luxemburg, Hans Wiczorek, ehem. Labor Prof. Dr. Berhold in Wald im Schwarzwald, Hans Eschholz, ehem. Gute-Hoffnungs-Hütte in Oberhausen-Sterkrade sowie Hermann Steffen, ehem. MAN in München.

³¹² Pressekonferenz Bonner Kernwaffenkartell, 15.1.1969, BArch, MfS, ZAIG, Nr. 19633, Bl. 36.

³¹³ Auch in den Aktenbeständen zur Aktion ‚Verwüstung‘ taucht diese Pressekonferenz nicht auf. Die Signaturen dazu lauten BArch, MfS, ZAIG, Nr. 10631; sowie BArch, MfS, ZAIG, Nr. 10633.

³¹⁴ Abgedruckt im ND, der National-Zeitung sowie der Berliner Zeitung am 19.2.1969.

Auch im Falle dieses Dokuments sind mehrere Entwürfe überliefert, die den Aufruf der zahlreichen Wissenschaftler detailliert vorbereiteten. „Die Verantwortung und Besorgnis gegenüber dem Leben und der Zukunft“³¹⁵ habe die Verfasser dazu motiviert, eine entsprechende Mahnung abzugeben. Sie riefen ihre Kollegen in der Bundesrepublik auf, „nicht die Augen vor den verhängnisvollen Gefahren zur verschließen“³¹⁶ und ihre Stimme zu erheben, ehe es zu spät sei. „Um an einem erneuten Mißbrauch deutscher Wissenschaftler zur Vorbereitung von Krieg und Menschenvernichtung nicht mitschuldig zu werden“,³¹⁷ seien sie bewusst in die DDR übergetreten. Dabei sei vor allem die Weigerung der Bundesregierung ausschlaggebend gewesen, den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen, wodurch die Absichten der Bonner Regierung deutlich sichtbar würden. An ihren Appell knüpften die Verfasser drei Forderungen: 1. Einstellung der Entwicklung von atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen, 2. die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags durch die Bundesrepublik und 3. dauerhafte internationale Kontrollen in Westdeutschland.

Für die Aktion ‚Verwüstung‘ spielte Petras Ende der 1960er Jahre eine tragende Rolle. Neben zahlreichen ostdeutschen Presseorganen gab er über das Jahr 1969 hinweg finnischen, polnischen, schwedischen, niederländischen und sogar indischen Zeitungen zahlreiche Interviews.³¹⁸ Zusätzlich trat er im sowjetischen Fernsehen auf oder führte Pressegespräche mit der Kommunistischen Partei der USA. Auch dieses Mal koordinierte die Abteilung Agitation die entsprechenden Auftritte und gab zu Protokoll, dass Petras „korrekt und in freier Rede“³¹⁹ geantwortet habe. Vermutlich waren seine Aussagen vorgegeben, weshalb auch ein Offizier der HV A bei den Gesprächen anwesend war. Ob die Verantwortlichen ihrem vermeintlichen ‚Kronzeugen‘ misstrauten oder ob dies generell gängige Praxis war, geht aus den Unterlagen nicht hervor.

Zur Jahresmitte 1969 deuten die Dokumente im Stasi-Unterlagen-Archiv auf ein schwindendes Interesse seitens des MfS hin, die Kampagne

³¹⁵ Appell, 13.1.1969, BArch, MfS, ZAIG, Nr. 10631, Bl. 4. Den Aufruf unterzeichneten die in Anmerkung 311 genannten Personen. Diese Namen finden sich ebenfalls im Verfassungsschutzbericht über das Jahr 1968, S. 122–126.

³¹⁶ Appell, 13.1.1969, BArch, MfS, ZAIG, Nr. 10631, Bl. 4.

³¹⁷ Ebd.

³¹⁸ Eine Auflistung findet sich in: Aktenvermerk, 8.2.1969, BArch, MfS, ZAIG, Nr. 10631, Bl.14; Braun an Halle und Bechert, 4. und 7.3.1969, ebd., Bl. 15 und 17; sowie die Auflistung von Interviews und Pressebeiträge mit Petras, 15.1.1969, BArch, MfS, ZAIG, Nr. 10633, Bl. 149.

³¹⁹ Braun an Halle und Bechert, 4.3.1969, BArch, MfS, ZAIG, Nr. 10631, Bl. 17.

weiterzuführen. Auch Petras trat zu diesem Zeitpunkt bereits kaum noch öffentlich in Erscheinung. Bezeichnend dafür ist die Anfrage des ‚Verlags der Nation‘, welcher Petras für eine Autobiographie gewinnen wollte.³²⁰ In einem internen Schreiben an die HV A informierte Günter Halle, dass ein direkter Kontakt zu Petras „vorerst nicht zugesagt“³²¹ worden sei. Zunächst bedürfe es der Klärung, ob ein solches Vorhaben zweckmäßig realisiert werden könne und welche Komplexe dafür ausgeklammert werden müssten. Der Leiter der Abteilung V (SWT) der HV A, Heinrich Weiberg, erteilte dem Projekt eine vorläufige Absage, da Petras offiziell mit seiner Habilitation beschäftigt sei. Diese müsse bereits im Sommer 1970 abgegeben werden, weshalb er die Arbeiten an einer Autobiographie „zur Zeit nicht übernehmen“³²² könne. Erst im Jahr 1971 erteilte die HV A dem ‚Verlag der Nation‘ die endgültige Absage: Angesichts der internationalen Bemühungen der UdSSR, gemeinsam mit den USA ein Verbot von B-Kampfmitteln zu erreichen, sei es „nicht opportun das Verlagsangebot weiter zu verfolgen“.³²³ Von Seiten des MfS gäbe es kein Interesse mehr, „jetzt Erklärungen oder Verlautbarungen zur BC-Kriegführung abzugeben“.³²⁴ Publizistische Projekte mit Petras sollten nur noch umgesetzt werden, wenn in Übereinstimmung mit der Abteilung Agitation und dem ZK der SED politische Entwicklungen dies erforderlich machten oder die HV A dies aus operativem Interesse vorschläge. Dementsprechend solle auch Petras vorerst in Reservestellung verbleiben.³²⁵

Die politischen Machtverhältnisse im Ostblock werden vor allem bei der Einstellung der Aktion deutlich: Obwohl das MfS durchaus gewillt war, die Kampagne fortzuführen, gab hierbei jedoch der sowjetische Bruderdienst den Takt vor. Ausschlaggebend für die Beendigung waren die Verhandlungen zwischen den USA und den UdSSR, ein neues Verbot biologischer Kampfmittel zu erwirken, was zur selben Zeit erfolgte.³²⁶ Demnach war für Moskau eines

³²⁰ Halle an Weiberg, 17.11.1969, BArch, MfS, ZAIG, Nr. 10628, Bl. 91.

³²¹ Ebd.

³²² Weiberg an Halle, 26.11.1969, ebd., Bl. 90. Aus Petras‘ Formblatt F 22 geht hervor, dass Petras durch die Abteilung V der HV A geführt wurde, weshalb diese Entscheidung wahrscheinlich in den Kompetenzbereichs Weibergs fiel.

³²³ Verlagsprojekt Petras, 20.10.1971, ebd., Bl. 87.

³²⁴ Ebd.

³²⁵ Ebd.

³²⁶ Die Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen wurde von der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 16. Dezember 1971 verabschiedet und am 10. April 1972 ratifiziert. Gemeinsamer amerikanisch-sowjetischer

der wesentlichen Ziele der Kampagne erreicht: Durch das Hinwirken auf eine neue vertragliche Vereinbarung sollte die UdSSR weltweit in ein positives Licht gerückt werden. Ostdeutsche Störfeuer wurden demnach nicht mehr benötigt.

Obwohl die Begründungen Weibergs durchaus plausibel erscheinen, werden noch weitere Gründe ausschlaggebend gewesen sein, Petras nicht mehr öffentlich auftreten zu lassen. Vermutlich wäre Petras bei einem autobiographischen Projekt vermehrt in Widersprüche verstrickt worden. Beispielsweise hätte er ausführen müssen, warum er nach vier Semestern Biologiestudium die DDR freiwillig wieder verlassen hatte. Seine in der Bundesrepublik geäußerte Begründung der Zwangsexmatrikulation wäre in der DDR auf Verwunderung gestoßen, da er diese ja mit der Verweigerung des Arbeitsdienstes begründete. Entsprechende Äußerungen zum Sachverhalt hätten jedoch die Desinformationskampagne konterkariert, da es sich bei Petras ja offiziell um einen ‚Kronzeugen‘ aus der Bundesrepublik handelte. Dementsprechend hätte es seine Glaubwürdigkeit unterminiert, wäre sein Aufenthalt in Jena publik geworden. Zudem zeigt das Verlagsprojekt auf, wie die sozialistische Planwirtschaft geheimdienstliche Handlungsmöglichkeiten einschränkte: Jedes Buchprojekt bedurfte der langfristigen Planung, um notwendige Materialien bereitstellen zu können, da besonders Papier in der DDR Mangelware war. Eine spontane Umsetzung war kaum möglich.³²⁷

Seinen letzten öffentlichen Auftritt hatte Petras im Oktober 1970 während des Kühlungsborner Kolloquiums an der Universität Rostock. Dabei referierte er zu der Thematik *Genetik und biologische Kriegführung* und wiederholte

Textentwurf einer B-Waffenkonvention, 5.8.1971, BArch, BW 1/49396, unpaginiert. Am 17.2.1970 hatte die Bundesrepublik ihre Erfahrungen auf dem Gebiet der Kontrolle von B- und C-Waffen auf der Genfer Abrüstungskonferenz eingebracht, wofür im AA extra eine „Arbeitsgruppe B- und C-Waffenverbot“ eingerichtet worden war, zu der auch Ernst von Weizsäcker gehörte. Siehe dazu AA an Bundeskanzleramt, 29.5.1970, BArch, B 136/27173, unpaginiert; sowie: Zur Frage eines völkerrechtlichen Verbotes der Entwicklung, Produktion und des Besitzes von biologischen Kampfmitteln, BArch, BW 1/49391.

³²⁷ Forschungspräferenzen und -mittel waren in sogenannten Fünfjahresplänen festgelegt. Siehe *Jessen*, Professoren, 1994, S. 217. Ein Beispiel für die Einschränkungen an Mittel und Material bildet das achtbändige Werk ‚Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung‘, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus. Um das 1962 begonnene Projekt pünktlich zum zwanzigsten Jahrestag der SED-Gründung abzuschließen, wurde ‚Der Deutsche Geschichtskalender‘ des Jahres 1964 erst zwei Jahre später veröffentlicht. Die zwölbändige Goethe-Ausgabe wurde währenddessen aus Rohstoffmangel als nicht realisierbar ausgewiesen und Neuauflagen wie vier Lenin-Bände oder ‚Das Kapital‘ von Karl Marx ganz aus dem Veröffentlichungsplan gestrichen. Siehe dazu *Lokatis*, Faden, 2003, S. 11.

darin seine Anschuldigungen aus dem Winter 1968.³²⁸ Der aus der Bundesrepublik an der Tagung teilnehmende Biologe Ernst Ulrich von Weizsäcker wies diese Vorwürfe jedoch zurück.³²⁹ Zudem sei es für internationale Behörden jederzeit möglich, die Forschungseinrichtung unangekündigt zu besichtigen. Weizsäcker argumentierte mit dem Bundesgesetzblatt aus dem Jahr 1955, in dem Bonn auf die Herstellung von Massenvernichtungswaffen verzichtet hatte.³³⁰ Für das Heidelberger Friedensforschungsinstitut habe er eine Studie erarbeitet und sich im Institut für Aerobiologie persönlich von der Einhaltung dieser Zusage überzeugt.³³¹ Obwohl vieles dafür spricht, geht aus den Akten nicht hervor, ob der westdeutsche Biologe im Auftrag der Bundesregierung an der Tagung teilnahm und dementsprechend instruiert worden war. Bei einer anschließenden Untersuchung zu den Vorgängen durch das ZK der SED wurde Petras auch durch die anderen Teilnehmer kritisiert. Seine Ausführungen seien durch „mangelnde fachliche Substanz stark beeinträchtigt und sind daher beim Zuhörerkreis nicht mit der von dem Veranstalter beabsichtigten Überzeugungskraft angekommen“.³³²

Zusätzlich werden gesundheitliche Probleme dazu beigetragen haben, Petras aus der Öffentlichkeit zurückzuziehen. Bereits während seiner Tätigkeit im Institut für Aerobiologie war den Mitarbeiter aufgefallen, dass Petras „dem Alkohol sehr zugetan“³³³ gewesen sei. Dies habe sich vor allem in einem ausgeprägten Tremor bemerkbar gemacht, der „ein sicheres Arbeiten mit mikrobiellen Kulturen so gut wie unmöglich“³³⁴ machte. Auch in Ost-Berlin habe dies zu „grobe Verstößen gegen Arbeitsdisziplin und Arbeitsordnung“³³⁵ geführt, die 1974 schließlich zu seiner Entlassung führten. Auch sein Sohn Armin Petras gab in einem Spiegel-Artikel an, seinen Vater „als gebrochenen Mann,

³²⁸ Geißler (Hrsg.), Probleme 1972, S. 118–123.

³²⁹ Ebd., S. 142. Weizsäcker war in der Bundesrepublik Leiter der Untergruppe B- und C-Waffen der Studiengruppe über gesellschaftliche Probleme der Biologie der Vereinigung deutscher Wissenschaftler.

³³⁰ Ebd., S. 141. Für den Passus siehe erneut BGBl. 1955, Teil 2, S. 256–258. Die Expertenkommission monierte dabei lediglich, „daß das Institut wissenschaftlich unergiebig ist, daß da Steuergelder nicht sorgfältig genug verwendet werden“.

³³¹ Geißler (Hrsg.), Probleme 1972, S. 136. Bei der Studie handelt es sich um *von Weizsäcker, BC-Waffen und Friedenspolitik*, 1972.

³³² Geißler, Biowaffen, 2005, S. 98. Erhard Geißler hatte das Kolloquium der Universität Rostock mitorganisiert.

³³³ Schoene an Geißler, 20.3.2002, zitiert aus: Geißler, Biowaffen, 2005, S. 103.

³³⁴ Ebd.

³³⁵ Oehme an Geißler, 11.2004, zitiert aus: ebd.

einen Trinker³³⁶ erlebt zu haben, dessen Ehe bereits kurz nach den Ereignissen zerbrochen sei. Zuvor war er bereits während einer Beratung mit Offizieren der Nationalen Volksarmee negativ aufgefallen, da er nicht imstande gewesen sei, mit konkreten Einzelheiten über das angebliche BC-Waffenprogramm des Klassenfeindes ins Detail zu gehen.³³⁷ Den im Jahr 1975 gestellten Antrag auf Invalidenrente belegen Akten aus dem Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Zu diesem Zeitpunkt war Petras bereits seit etwas mehr als eineinhalb Jahren krankgeschrieben.³³⁸ Er verstarb fünf Jahre später im Alter von 50 Jahren am 29. Dezember 1980.³³⁹

2.3.2 Zwischenanalyse, Publikationen und Einstellung der Aktion

Mitte des Jahres 1969 fand bei den zuständigen Dienstabteilungen des Ministeriums für Staatssicherheit eine Überprüfung der Aktion ‚Verwüstung‘ statt. Darin wurden die bisherigen Maßnahmen aufgelistet, sowie ein weiterer Verlaufsplan skizziert.³⁴⁰ Bezeichnenderweise wird auch hier Petras‘ Spionagetätigkeit nicht erwähnt, was wiederum den Grad der Konspiration verdeutlicht. Dies weist erneut darauf hin, dass nur die jeweiligen Abteilungsleiter sowie der Leiter der Hauptverwaltung A von seiner Identität und seinen geheimdienstlichen Aktivitäten Kenntnisse besaßen.

Des Weiteren hätten sich Presseveröffentlichungen im Fortlauf der Kampagne auf Rüstungsaufträge der Bundeswehr an die westdeutsche Industrie und Hochschuleinrichtungen konzentriert und dabei zusätzliches Rüstungspotential Westdeutschlands aufgedeckt, betonte das Memorandum über die Zwischenergebnisse der Aktion ‚Verwüstung‘.³⁴¹ Es seien zahlreiche Fernseh-

³³⁶ <https://www.spiegel.de/geschichte/ddr-ausreiser-armin-petras-ich-bin-ein-deutscher-zwitter-a-1282939.html> (02.12.2019 13:29).

³³⁷ Finke an Geißler, 29.6.2005, entnommen aus: *Geißler*, Biowaffen, 2005, S. 95.

³³⁸ Höft an die Akademie der Wissenschaften, 16.12.1975, ABBAW: VA-PA, Dr. Ehrenfried Petras, unpaginiert. Petras arbeitete zuvor bei der Deutschen Akademie der Wissenschaft, die nach der Wende in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften aufging.

³³⁹ Das Sterbedatum ist auf seiner Personal-Karte A vermerkt, ABBAW: VA-PA, Dr. Ehrenfried Petras, unpaginiert.

³⁴⁰ Beispiele der Öffentlichkeitsarbeit, 18.7.1969, BArch, MfS, SdM, Nr. 1416, Bl. 32f.; Politisch-agitatorische Maßnahmen, undatiert, BArch, MfS, ZAIG, Nr. 10628, Bl. 19–23; sowie Halle an Mielke, 24.7.1969, BArch, ZAIG, Nr. 10637, Bl. 14f.

³⁴¹ Beispiele der Öffentlichkeitsarbeit, 18.7.1969, BArch, MfS, SdM, Nr. 1416, Bl. 33.

terviews mit westlichen und sozialistischen Presseorganen organisiert worden, bei denen weitere „Einzelheiten der westdeutschen ABC-Forschung enthüllt wurden“. ³⁴² Auch die Publikation der MfAA-Pressabteilung *Dr. Petras schlägt Alarm* habe dazu beigetragen, „daß diese Kampagne ein weltweites Echo fand und mithalf, die Wahrheit über die friedensgefährdenden Pläne und MACHENSCHAFTEN des westdeutschen Imperialismus international zu verbreiten“. ³⁴³ Bei dieser handelte es sich um den Inhalt der Pressekonferenz vom 6. Dezember. ³⁴⁴ Zur Aktion seien im Jahr 1968 pars pro toto 162 und im ersten Halbjahr 1969 135 Beiträge in Presse, Rundfunk und Fernsehen erschienen. ³⁴⁵

Auch in der zweiten Jahreshälfte 1969 sei die Kampagne weitergeführt worden und habe weitere entscheidende Details zur „Vorbereitung der herrschenden Monopol- und Militärkreise Westdeutschlands zur Vorbereitung der Kriegführung mit bakteriologischen und chemischen Kampfmitteln“ ³⁴⁶ enthüllt. Währenddessen habe das Neue Deutschland Information veröffentlicht, dass die Vereinigten Staaten auf ihren militärischen Stützpunkten in der Bundesrepublik Lager mit Nervengas unterhalten würden. ³⁴⁷ Kurz zuvor sei im DDR-Außenministerium eine weitere internationale Pressekonferenz durchgeführt worden, bei der die Publikation *Bonn bereitet Giftkrieg vor* sowie das ‚Memorandum über die B- und C-Waffenrüstung der westdeutschen Bundesrepublik‘ vorgestellt worden sei. ³⁴⁸ Der Außenminister der DDR, Otto Winzer, habe das Memorandum am 10. August 1969 dem UNO-Generalsekretär, Sithu U Thant, übermittelt. Zwei Monate später sei dieses als offizielles Dokument in der 24. UN-Vollversammlung zirkuliert. ³⁴⁹

Für den 14. Oktober 1969 vermerkte die Auflistung einen Artikel der westdeutschen Monatszeitschrift *Konkret*, ³⁵⁰ die durch „eigene Recherchen einen

³⁴² Ebd.

³⁴³ Ebd.

³⁴⁴ Darin enthalten: Erklärung Petras, Rede des 1. Stellvertreters des MfAA, Fragen und Antworten der Teilnehmer, Presse-Informationen zum Sachverhalt sowie eine NATO-Unbedenklichkeitserklärung für Petras. Siehe *Petras schlägt Alarm*.

³⁴⁵ Beispiele der Öffentlichkeitsarbeit, 18.7.1969, BArch, MfS, SdM, Nr. 1416, Bl. 33.

³⁴⁶ Politisch-agitatorische Maßnahmen, undatiert, BArch, MfS, ZAIG, Nr. 10628, Bl. 19.

³⁴⁷ Hunderte durch Giftgas getötet, Artikel im Neuen Deutschland, 2.8.1969, S. 1.

³⁴⁸ Politisch-agitatorische Maßnahmen, undatiert, BArch, MfS, ZAIG, Nr. 10628, Bl. 20.

³⁴⁹ Ebd., Bl. 20 und 23. Ein vorangegangener Bericht des Generalsekretärs findet sich in: BArch, BW 1/318122, unpaginiert.

³⁵⁰ Bei *Konkret* handelt es sich um ein durch die DDR mitfinanziertes Magazin. Siehe dazu: Ein Agent als Kronzeuge, Artikel in der BZ vom 8.5.2000; Rosen aus Ost-Berlin, DER SPIEGEL 11/2006, S. 46–49; sowie *Knabe*, Unterwanderte Republik, 1999, S. 147–150.

erneuten Beweis für die Echtheit der DDR Beweise über die direkte Auftragserteilung des Bundesverteidigungsministeriums³⁵¹ erbracht habe. Obwohl das Schriftstück darüber hinaus lediglich osteuropäische Pressepublikationen anführt, kann es sich dennoch um eine generelle Auflistung von Beiträgen gehandelt haben, die der Kampagne in Ost und West entsprechenden Platz einräumten. Immerhin veröffentlichte das Magazin in seiner Oktoberausgabe ganze acht Seiten über die Thematik, die zudem auf eigenen Recherchen basierten. Höchstwahrscheinlich könnte die Teilfinanzierung des Magazins durch die DDR dabei eine Rolle gespielt haben.³⁵²

Im Anschluss an die Bestandsaufnahme zur Aktion ‚Verwüstung‘ fand Mitte Juli 1969 eine Besprechung zwischen Vertretern des ZK der SED, des MfAA sowie der Abteilung Agitation und der HV A/X statt. Dabei wurde über die Weiterführung der Kampagne diskutiert und eine weitere internationale Pressekonferenz einberufen, bei der die bereits angeführte Publikation *Bonn bereitet Giftkrieg vor* sowie das Memorandum an die UNO vorgestellt werden sollten.³⁵³ Als Gesamtredakteurin taucht hier erstmals eine Frau auf. Dies verdeutlicht einmal mehr, wie sehr das MfS, aber auch das MfAA eine männliche dominierte Tätigkeit darstellte, bei der Frauen zumeist lediglich Dienstleistungs- und Sekretariatsstellen innehatten.³⁵⁴

Auch für die Publikation *Bonn bereits Giftkrieg vor* lassen sich in den Akten intensive Vorbereitungen finden. Dabei vermerkte ein anonymer Gutachter zahlreiche Mängel am vorgelegten Manuskript. Vor der Endredaktion seien einige wesentliche Änderungen vorzunehmen, wie etwa eine zielgerichtete Ausrichtung auf Westdeutschland, eine genaue Verwendung aller Fachtermini sowie eine straffere und klarere Gliederung. Es sollte auch die Reaktion auf

Zu Konkret liegt bislang keine wissenschaftliche Veröffentlichung vor. Für populärwissenschaftliche Publikationen siehe *Röhl, So macht Kommunismus Spaß*, 2006; sowie *Obermaier, Sex, Kommerz und Revolution*, 2011.

³⁵¹ Politisch-agitatorische Maßnahmen, undatiert, BArch, MfS, ZAIG, Nr. 10628, Bl. 22.

³⁵² In der Ausgabe 2 vom Oktober 1969 veröffentlichte das Magazin zwei Artikel: Giftgas für die Bundeswehr, S. 12–15, sowie Umfrage bei Giftmischern, S. 16–19. Letzterer sollte insbesondere an der Universität Kiel noch für Aufregung sorgen.

³⁵³ Halle an Mielke, 24.7.1969, BArch, MfS, ZAIG, Nr. 10637, Bl. 14.

³⁵⁴ Ilko-Sascha Kowalczyk weist darauf hin, dass es bislang keine Genderforschung zur Staatssicherheit gibt. Da es im MfS kaum weibliche Angestellte gab, sei die angebliche flächendeckende Überwachung dadurch nur eingeschränkt möglich gewesen. Zudem könne eine Genderstudie interessante Informationen über den täglichen Dienst in dieser Behörde zutage fördern. Siehe dazu *Kowalczyk, Stasi konkret*, 2013, S. 18.

die Pressekonferenz vom 6. Dezember 1968 berücksichtigt werden.³⁵⁵ Dabei basierten die Korrekturvorschläge ebenfalls auf einem externen Gutachter, dessen Identität zunächst nicht zu erkennen ist. Da die Beurteilung mit einem bloßen ‚F‘ unterzeichnet ist, könnte es sich ebenfalls um Professor Friedrich Jung gehandelt haben, da dieser mehrfach in den Dokumenten für die Aktion ‚Verwüstung‘ auftaucht und als wissenschaftlicher Berater auch an der Pressekonferenz teilnahm.³⁵⁶

Für Jung lag die anstehende Veröffentlichung auf einem sehr niedrigen Niveau. In dieser Form sei sie einerseits für Fachleute und Wissenschaftler zu primitiv angelegt, was vor allem die politische Argumentation sowie die wissenschaftliche Exaktheit und den Stil betreffe. Andererseits handele es sich für den Durchschnittsleser um ein in entscheidenden Teilen unverständliches Manuskript, da eben bestimmte Fachbegriffe nicht erläutert würden. Jung schlug deshalb vor, zunächst die Zielgruppe der Dokumentation zu klären.³⁵⁷ Weitere inhaltliche Kritikpunkte verdeutlichen gravierende inhaltliche Defizite des Rohmanuskriptes. Der Entwurf beinhalte zahlreiche Behauptungen, die nicht durch eine Quellenangabe belegt worden seien. Zudem umfasse der Text die Übernahme von Fachausdrücken und Argumentation des Gegners, die wiederum den eigenen Angaben widersprächen. Beispielsweise merkte der Humboldt-Professor an, durchgängig die Bezeichnung ‚Bonner Kriegsministerium‘ zu verwenden, da es sich bei ‚Bundesverteidigungsministerium‘ um „Feindterminologie“³⁵⁸ handele. Auch seien zahlreiche ungenaue Formulierungen hinsichtlich des Verhältnisses Westdeutschlands zu West-Berlin aufgeführt, welches durchgängig als Teil der Bundesrepublik auftauche.³⁵⁹ Besonders bezeichnend ist jedoch die Anmerkung Jungs, dass es sich bei dem Titel *Geißel*

³⁵⁵ Weiterarbeit BC-Waffen-Dokumentation, 22.1.1969, BAArch, MfS, ZAIG, Nr. 10637, Bl. 41f.

³⁵⁶ Siehe *Staatsverlag DDR* (Hrsg.), Bonn bereits Giftkrieg vor, 1969, S. 31–35.

³⁵⁷ Begutachtung Manuskript „Geißel der Menschheit“, 21.1.1969, BAArch, MfS, ZAIG, Nr. 10637, Bl. 251 und 313; sowie siehe *Scheler/Oehme, Zwischen Arznei und Gesellschaft*, 2002, S. 140f.

³⁵⁸ Begutachtung Manuskript „Geißel der Menschheit“, 21.1.1969, BAArch, MfS, ZAIG, Nr. 10637, Bl. 264.

³⁵⁹ Ebd., Bl. 251. Erst im Jahr 1971 unterzeichneten die vier Siegermächte das Berlin-Abkommen. Obwohl Moskau dabei die Zugehörigkeit West-Berlins zur Wirtschafts-, Gesellschafts- und Rechtsordnung der Bundesrepublik anerkannte, war die Stadt kein Bestandteil Westdeutschlands.

der Menschheit um ein Plagiat handele.³⁶⁰ Vermutlich führten die inhaltlichen Mängel zu einer kompletten Überarbeitung des Manuskriptes, weshalb es erst Mitte des Jahres 1969 unter der Überschrift *Bonn bereitet Giftkrieg vor* publiziert wurde. Dafür spricht die wortwörtliche Übernahme einiger Passagen, die das MfAA auf der Pressekonferenz am 6. Dezember 1968 verwendet hatte.³⁶¹

Für die Verschiebung der Publikation werden zudem politische Motive ausschlaggebend gewesen sein. Aus einer Aktennotiz geht hervor, dass der Leiter der Abteilung Auslandsinformationen des MfAA, Siegfried Kühnel, Mitte April 1969 beschlossen hatte, die Dokumentation nicht zu drucken, da „schon viel Material, Publikationen, Fernsehsendungen“³⁶² zur Thematik erschienen seien. Hierbei wird wiederum ersichtlich, welche untergeordnete Rolle das DDR-Außenministerium bei der Kampagne eigentlich spielte und welche Bedeutung im Gegensatz dazu das MfS einnahm: Obwohl das MfAA die Dokumentation nicht mehr publizieren wollte, setzte die Stasi das Vorhaben dennoch durch. Daraus wird die Funktion des ostdeutschen Außenministeriums ersichtlich, welches im Unterschied zum MfS lediglich Befehlsempfänger war und für die Glaubwürdigkeit der Anschuldigungen diente. Die Rollenverteilung bei der Aktion ‚Verwüstung‘ wird auch dadurch augenscheinlich, dass das MfS im Vergleich zum MfAA mit den entsprechenden Mitteln und Materialien ausgestattet war. Nicht nur ließ die HV A ein neues Manuskript dieses Mal direkt von einem eigenen Experten erstellen.³⁶³ Sie übernahm auch die englischsprachige Übersetzung eines Memorandums, das der stellvertretende Außenminister, Georg Stibi, auf einer weiteren Pressekonferenz am 28. Juli 1969 präsentierte.³⁶⁴ Die fehlenden Kapazitäten des MfAA, passende Übersetzer für eine englischsprachige Publikation zu finden, machen dabei deutlich, welche untergeordnete Funktion das Ministerium im ostdeutschen Staatsapparat einnahm. Zudem wird dadurch ersichtlich, wie wenig es Ende der

³⁶⁰ Begutachtung Manuskript „Geißel der Menschheit“, 21.1.1969, BArch, MfS, ZAIG, Nr. 10637, Bl. 251. Jung verwies dabei auf das Buch von *Lord Russell of Liverpool* (Edward Russell).

³⁶¹ Ebd., Bl. 265. Dabei handelte es sich um die Passage: „[...] insbesondere mit chemischen Mitteln strategische und taktische Ziele zu erreichen, die in ihrer Auswirkung auf den gesamten Krieg annähernd gleichbedeutend sind mit dem Einsatz von Kernwaffen“. Siehe dafür Pressematerial des MfAA, 6.12.1968, BArch, MfS, HA VI, Nr. 16181, Bl. 206.

³⁶² Aktennotiz zu BC-Waffen-Dokumentation, 25.6.1969, BArch, ZAIG, Nr. 10637, Bl. 39.

³⁶³ Aktenvermerk zur Herausgabe der B-C-Dokumentation, 23.7.1969, ebd., Bl. 33.

³⁶⁴ Pressekonferenz MfAA, 28.7.2019, ebd., Bl. 381–389; sowie Aktenvermerk zur Herausgabe der B-C-Dokumentation, 23.7.1969, ebd., Bl. 34.

1960er Jahre diplomatisch in der westlichen Welt agierte und sich stattdessen schwerpunktmäßig auf den Ostblock konzentrierte.

Die Akten ab der zweiten Jahreshälfte 1969 deuten darauf hin, dass für Kampagne keine weiteren publizistischen Materialien oder Multiplikatoren eingesetzt werden sollten. Ein letztes Schriftstück des MfAA vom August 1969 richtete sich mit offiziellen Forderungen an das Auswärtige Amt. Neben der Forderung der unverzüglichen Unterzeichnung des Kernwaffensperrvertrages durch die Bundesrepublik beinhaltete dieses Schreiben auch die Forderung nach vollständiger Vernichtung von biologischen und chemischen Waffen aus Restbeständen der Wehrmacht. Zudem sollte die Bonner Regierung die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen einstellen und ein neues internationales Abkommen aktiv unterstützen.³⁶⁵

Für die anschließende Einstellung der Kampagne können mehrere Gründe ausschlaggebend gewesen sein: Zum einen taucht in den Akten keine weitere Person auf, die als Multiplikator hätte verwendet werden können. Zum zweiten scheint Petras aufgrund gesundheitlicher Probleme nicht mehr in der Lage gewesen zu sein, aktiv an der Kampagne teilzunehmen. Durch sein häufiges, öffentliches Auftreten wären weitere Einsätze wahrscheinlich auch kontraproduktiv gewesen. Vermutlich wird aber der dritte Grund den Ausschlag gegeben haben: die bereits erwähnte Biowaffenkonvention zwischen den USA und der UdSSR.³⁶⁶ Zudem wurden zeitgleich erste Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und dem Kreml geführt, die kurze Zeit später im Moskauer Vertrag gipfelten und die Beziehungen beider Länder entscheidend veränderten.³⁶⁷ Weitere ostdeutsche Störfeuer wurden demnach nicht mehr benötigt.

Bei der vorangegangenen Untersuchung fällt auf, wie sehr jedwede Planung sowie Fortführung der Kampagne von einer potentiellen bundesrepublikanischen Reaktion her bewertet und beeinflusst wurde. Eine umfassende Einschätzung der Kampagne war demzufolge von der Wirkungskraft in der Bundesrepublik abhängig.

³⁶⁵ MfAA an AA, 28.8.1969, BAArch, BW 1/318122, unpaginiert.

³⁶⁶ Für den Inhalt siehe: Gemeinsamer amerikanisch-sowjetischer Textentwurf einer B-Waffenkonvention, 6.8.1971, BAArch, BW 1/49396, unpaginiert.

³⁶⁷ Der Moskauer Vertrag vom 12. August 1970 führte zu einer Reihe von Verträgen, die später als die sogenannten Ostverträge Teil der bundesrepublikanischen Entspannungspolitik wurden. Siehe dazu *Link*, Entstehung des Moskauer Vertrages, 2001, S. 295–315; *Sturm*, „Metternich“ in Moskau, 2009, S. 841–846. Zur Einstellung von ‚aktiven Maßnahmen‘ durch die DDR ab 1973 und der Einfluss des Watergate-Skandals siehe *Scholz*, Active measures, 2010, S. 128.

3 Die Bundesrepublik: Auswirkungen und Folgen

Wie bei so vielen ostdeutschen Bestrebungen zielte auch die Aktion ‚Verwüstung‘ darauf ab, außenpolitisch zu wirken und die DDR als legitimen, zweiten deutschen Staat anerkennen zu lassen. Demnach ist es für die vorliegende Untersuchung von tragender Bedeutung, neben den internationalen Auswirkungen auch ein mögliches bundesdeutsches Krisenmanagement zu analysieren. Schaffte es das MfS, den ‚Klassenfeind‘ propagandistisch in die Defensive zu drängen und die internationale Stellung der Bundesrepublik zu unterminieren? Rückten die Anschuldigungen die DDR und insbesondere die UdSSR in ein positives Licht, indem sie in der Bundesrepublik einen antikapitalistischen Effekt erzeugten und das bestehende System dadurch in Frage stellten?

Die bundesrepublikanischen Reaktionen auf die ostdeutschen Anschuldigungen lassen sich in zwei Phasen unterteilen: Der erste Abschnitt begann unmittelbar mit dem Fernsehinterview in der *Aktuellen Kamera* im November 1968 und beschränkte sich auf das Bundesministerium der Verteidigung, auf zahlreiche Schriftwechsel zwischen dem Auswärtigen Amt und dessen Pendants in den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich sowie den jeweiligen deutschen Botschaften. Zusätzlich bemühten sich bundesrepublikanische Behörden um einen regen Austausch mit dem Rüstungskontrollamt (RKA) der Westeuropäischen Union, das innerhalb des Vertragsbündnisses für die Einhaltung des Verzichts auf Massenvernichtungswaffen zuständig war.³⁶⁸ Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem Verteidigungsministerium sowie dem Auswärtigen Amt wirkten sich vor allem auf die zweite Phase aus, die mit der letzten ostdeutschen Pressekonferenz Mitte Juli 1969 begann und nunmehr ausschließlich durch das westdeutsche Außenministerium bestimmt wurde. Zumindest für den Abschnitt bis 1969 lassen sich die unmittelbaren

³⁶⁸ Siehe hierzu die Akten im Bestand B 130 des Politischen Archivs: 537A, 877A, 976A, 978A, 1427A sowie 1968A. Darin finden sich Unterlagen zur Kontrolle chemischer Waffen durch das RKA der WEU von 1960 bis 1972. Zudem Merkblatt über die Aufgaben und Befugnisse des RKA der WEU, 15.2.1968, BArch, B 102/438180, unpaginiert; sowie WEU-Liste chemischer Waffen, 15.2.1968, BArch, B 102/438180, unpaginiert.

Reaktionen zumeist als unvorbereitet charakterisieren, was sich jedoch im weiteren Verlauf ändern sollte.

Direkt im Anschluss an das Fernsehinterview in der *Aktuellen Kamera* reagierte das Bundesministerium der Verteidigung auf die ostdeutschen Anschuldigungen. In einer Stellungnahme vom 24. November 1968 stellte der Sprecher des BMVg, Hans-Lothar Domröse, die Entwicklung chemischer und biologischer Waffen in Abrede. Vielmehr sei die Bundesrepublik Mitte der 1950er Jahre einen Herstellungsverzicht eingegangen, der durch internationale Kontrollen garantiert werde. Nichtsdestotrotz müsse die Bundeswehr ihrem Auftrag nachkommen und „wirksame Schutzmaßnahmen gegen eine Bedrohung durch ABC-Waffen ergreifen“.³⁶⁹ Dementsprechend untersuche das Institut für Aerobiologie ausschließlich Schutzmöglichkeiten gegen solche Kampfstoffe, wofür es durch Verbündete mit den notwendigen Testsubstanzen versorgt worden sei. Dafür hätten alle Mitarbeiter der Forschungseinrichtung schriftlich versichern müssen, „bei vermeintlichen Verstößen (gegen das Herstellungsverbot) dagegen Strafantrag zu stellen“.³⁷⁰ Auch Petras habe diese Weisung unterschrieben und dadurch bestätigt, dass die Entwicklung und Produktion von biologischen und chemischen Waffen „zu keiner Zeit in Erwägung gezogen worden sei“.³⁷¹

In einem Rundfunkinterview kam Domröse zudem erstmals auch auf Ehrenfried Petras zu sprechen, erwähnte dabei jedoch weder den möglichen Spionageverdacht aus dem Jahr 1965 noch seinen Lebensabschnitt in der DDR. Unbeantwortet bleibt hierbei, ob Domröse dieses Hintergrundwissen

³⁶⁹ Presseveröffentlichung BMVg, 24.11.1968, BW 1/25350, Bl. 161; selbiges Dokument findet sich in BArch, B 136/6892, unpaginiert. Für den Herstellungsverzicht siehe den Passus im BGBl. auf S. 267: „[...] nehmen die Erklärung des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland (am 3. Oktober 1954 in London abgegeben und diesem Protokoll als Anlage I beigelegt) zur Kenntnis, mit welcher die Bundesrepublik Deutschland sich verpflichtet hat, in ihrem Gebiet keine Atomwaffen, biologischen und chemischen Waffen herzustellen.“ Neben dem Herstellungsverzicht von Massenvernichtungswaffen gab der Bundeskanzler darin die Zusage, die „Einhaltung dieser Verpflichtungen durch die zuständige Stelle der Organisation der Brüsseler Vertrages überwachen zu lassen“. Siehe S. 269.

³⁷⁰ Presseveröffentlichung BMVg, 24.11.1968, BW 1/25350, Bl. 161; Entwurf Presseerklärung, 6.12.1968, BW 1/25350, Bl. 132; sowie in BArch, B 136/6892, unpaginiert. Detaillierte Informationen zum Institut für Aerobiologie finden sich zudem in BArch, BW 1/368710, unpaginiert.

³⁷¹ Sachstandsbericht des Bundeskriminalamtes, 25.8.1969, BArch B 106/203172, Bl. 62; zur Umstrukturierung der Fraunhofer Gesellschaft und insbesondere des Instituts für Aerobiologie siehe BArch, B 196/7176, unpaginiert.

bewusst verschwiegen oder ob ihm diese Informationen zu diesem Zeitpunkt noch nicht vorlagen.³⁷² Sicherlich hätten diese Aussagen dazu beitragen können, die Glaubwürdigkeit des angeblichen Überläufers anzuzweifeln und die in Ost-Berlin getätigten Anschuldigungen mit Nachdruck zu widerlegen. Auch in einer Sitzung des Verteidigungsausschusses des Bundestages vom 27. November 1968 ging der Staatssekretär im BMVg, Karl-Günther von Hase, auf die Ereignisse ein. Seine Erklärung deckte sich weitgehend mit der Stellungnahme Domröses und beteuerte erneut den Hinweis, „daß das Grafschafter Institut vom ‚Rüstungskontrollamt der WEU‘ kontrolliert werde“.³⁷³

Die wirkmächtigste Reaktion des BMVg gestaltete sich in Form einiger Beiträge Domröses für Reportagen der ARD, des ZDF und des WDR. Gegenüber dem Westdeutschen Rundfunk betonte der Sprecher des BMVg beispielsweise die „humanitäre Aufgabe“³⁷⁴ der Schutzforschungen, die in Grafschaft und auch im Ausland stattfänden. Besonders die Sendung des ZDF rückte die Forschung im Auftrag des BMVg für die Bundeswehr dabei in ein positives Licht: Obwohl sich Staaten weltweit, und insbesondere die USA und die UdSSR, mit C-Waffen beschäftigten, befasse sich die Bundesrepublik ausschließlich mit der „Abwehr dieser Kampfmittel“.³⁷⁵ Zudem stellte der Kommentator der Sendung, Gerhard Löwenthal, die angeblich in Grafschaft herrschende strenge Geheimhaltung in den ostdeutschen Anschuldigungen als „völlig haltlose Behauptungen“³⁷⁶ dar, da sich sein Kamerateam im Institut völlig frei bewegen können. Dementsprechend hielt auch das BMVg in einer Zusammenfassung fest, dass dies ein „sehr positiver Bericht“³⁷⁷ sei, der Petras‘ Behauptungen widerlege.

³⁷² Zusammenfassung des RIAS-Interviews mit Domröse, 25.11.1968, BAArch, MfS, ZAIG, Nr. 10628, Bl. 98.

³⁷³ Kurzprotokoll der 93. Sitzung des Verteidigungsausschusses, 27.11.1968, PA-DBT 3119 A5/5-Prot. 93, S. 1-6, hier S. 6. Während der Sitzung des Ausschusses hatte vor allem der SPD-Abgeordnete Karl Wilhelm Berkhan auf eine Erklärung seitens der Bundesregierung gedrängt. Berkhan war von 1975–1985 der Wehrbeauftragte des Bundestages. Siehe *Schlaffer*, Wehrbeauftragte, 2006.

³⁷⁴ Unterlagen für WDR-Interview, undatiert, BW 1/25350, Bl. 147.

³⁷⁵ Stellungnahme BMVg im WDR, 28.11.1968, BW 1/25350, Bl. 138; sowie Bericht des BMVg über ZDF-Sendung; 24.1.1969, BAArch, BW 1/25350, Bl. 124. Verschriftlichte Fassung der Sendung zudem in BAArch, BW 1/318121, unpaginiert. Auf Anfrage des Verfassers vom 27.11.2019 gab das ZDF an, dass die Sendung nicht erhalten sei.

³⁷⁶ Stellungnahme BMVg im WDR, 28.11.1968, BAArch BW 1/25350, Bl. 138; sowie Bericht des BMVg über ZDF-Sendung, 24.1.1969, ebd., Bl. 124.

³⁷⁷ Bericht des BMVg über ZDF-Sendung; 24.1.1969, ebd., Bl. 125.

Das Dementi des BMVg resultierte jedoch in Kompetenzstreitigkeiten mit dem Auswärtigen Amt. In einem anschließenden Schriftwechsel mit dem Verteidigungsressort wies das Auswärtige Amt auf einige Ungenauigkeiten hin: Beispielsweise sei in der Presseerklärung des BMVg auf die Brüsseler Erklärung von 1955 aufmerksam gemacht worden, die jedoch ein Jahr zuvor erfolgt sei und die es in dieser Form gar nicht gegeben habe. Die Verzichtserklärung aus dem Oktober 1954 sei vielmehr Teil der revidierten Pariser Verträge gewesen, weshalb es für die Richtigstellung ausgereicht hätte, auf den WEU-Vertrag zu verweisen.³⁷⁸ Außerdem habe das Verteidigungsministerium betont, die Bundesrepublik sei im Nachhinein der Überprüfung „wirksamer“³⁷⁹ internationaler Kontrollen unterzogen worden. Zwar führe das RKA Inspektionen durch, allerdings beschränkten sich diese auf sogenannte Informationsbesuche, da die WEU aufgrund komplizierter Kontrollmethoden diesbezüglich noch keine abschließende Direktive herausgegeben habe. Die Bundesregierung übermittle dem RKA jährlich entsprechende Auskunftersuchen, die jedoch der Zustimmung der jeweiligen Firmenleitungen bedürften und daher ihre eigentliche Absicht verfehlten.³⁸⁰ Abschließend gab das Auswärtige Amt zu bedenken, dass keine der beiden Stellungnahmen vorher mit den zuständigen Ressorts abgesprochen gewesen sei, weder mit dem WEU-Referat des BMVg, noch mit dem Bundesministerium der Wirtschaft und schon gar nicht mit dem Auswärtigen Amt. In Zukunft sollten Erklärungen, die auch von diplomatischer Bedeutung seien und vertragliche Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland zum Gegenstand hätten, „mit uns und anderen zuständigen Ministerien wenigstens telefonisch abgestimmt werden“.³⁸¹ Für das Bundesministerium der Verteidigung sollte sich diese Fahrlässigkeit als folgenreich erweisen: In den entsprechenden Dokumenten des Politischen Archivs sowie des Bundesarchivs finden sich keine weiteren öffentlichen Deklarationen des BMVg. Vielmehr übernahm ab diesem Zeitpunkt das Auswärtige Amt alle weiteren medialen Schritte.

³⁷⁸ AA an BMVg, 16.12.1968, PA-AA, B 130, Bd. 1426A, unpaginiert. Für die Pariser Verträge siehe zusätzlich Europa-Archiv 1954, S. 7171–7181. Für den bundesdeutschen Beitritt zur NATO siehe ebenfalls das Europa-Archiv 1954, S. 7135–7139. Siehe zudem Vorgänge um dem 1954 abgegebenen ABC-Waffenherstellungsverzicht, 12.7.1968, BArch, B 136/6892, unpaginiert.

³⁷⁹ Vermerk zum WEU-Verzicht zur Herstellung von BC-Waffen, 12.12.1968, PA-AA, B 130, Bd. 1426A, unpaginiert.

³⁸⁰ AA an BMVg, 16.12.1968, PA-AA, B 130, Bd. 1426A, unpaginiert.

³⁸¹ Vermerk zum WEU-Verzicht zur Herstellung von BC-Waffen, 12.12.1968, PA-AA, B 130, Bd. 1426A, unpaginiert; sowie AA an BMVg, 16.12.1968, ebd., unpaginiert.

Die zuvor geschilderte Presseveröffentlichung des Bundesministeriums der Verteidigung ermöglichen dabei weitere Einblicke in die Behörde: Zahlreiche Ungenauigkeiten in den Erklärungen lassen darauf schließen, wie unvorbereitet die Behörde den Anschuldigungen entgegentrat. Vielmehr musste hinsichtlich der Einholung von Informationen über das Institut im Sauerland erst eine Besprechung stattfinden, wobei die dort gesammelten Materialien sich teilweise als fehlerhaft herausstellten.³⁸² Dies verwundert vor allem dahingehend, da sich das Institut in Grafschaft durch Mittel des BMVg finanzierte und das Ministerium über die meisten Forschungsvorhaben die Entscheidungsgewalt innehatte. Demnach erscheinen schon deswegen die meisten ostdeutschen Anschuldigungen als unglaubwürdig, wäre das Ministerium doch ansonsten besser mit der Materie vertraut gewesen, hätten sie einer tatsächlichen Faktenlage entsprochen.

Ähnlich verlief es bei Ehrenfried Petras. Die Angaben zu seiner Person im selben Aktenvermerk konzentrieren sich dabei auf die politischen Tätigkeiten in der FDJ sowie der KPD Ende der 1940er, Anfang der 1950er Jahre, führten jedoch keinen Spionageverdacht an.³⁸³ Vergleichbar verhielt es sich bei einer Unterrichtung des Kanzleramts. Da sich im entsprechenden Bestand des Bundesarchivs kaum Akten zum Sachverhalt finden lassen, ist anzunehmen, dass die relevanten Personen zumeist mündlich über die Ereignisse informiert worden waren. Zumindest sprechen einige handgeschriebene Notizen in den Akten für diese Vermutung.³⁸⁴ Die überlieferten Darlegungen bezogen sich dabei weniger auf den Inhalt der erbrachten Vorwürfe und beschränkten sich stattdessen auf das Absetzen Petras' in die SBZ.³⁸⁵ Da das Bundesamt für Verfassungsschutz in der Forschungseinrichtung in Grafschaft einen Spion vermutet hatte, sei auch Petras observiert worden, allerdings „ohne Ergebnis“.³⁸⁶ Anders verhielt sich das anschließend zuständige Bundeskriminalamt (BKA): Aufgrund der Umstände seiner Übersiedlung in den Osten vermutete

³⁸² Aktenvermerk zu Institut Grafschaft, 26.11.1968, BW 1/25350, Bl. 148–151; sowie BMVg an Bundeskanzler, 25.11.1968, BArch, B 136/6892, unpaginiert. Beispielsweise sei das Institut 1959 durch die Fraunhofer Gesellschaft gegründet worden. In Wahrheit hatte der damalige Institutsleiter, Dr. Karl Bisa, das Institut gegründet. Erst ein Jahr später war es aus finanziellen Gründen Teil der Forschungsgemeinschaft in München geworden. Siehe Wirtschaftsplan für das Jahr 1968, 20.7.1967, BArch, B 126/69308, unpaginiert.

³⁸³ Aktenvermerk Institut Grafschaft, 26.11.1968, BW 1/25350, Bl. 151.

³⁸⁴ So beispielsweise die handgeschriebene Notiz vom 23.6.1970, BArch, B 136/27173, unpaginiert.

³⁸⁵ BMVg an Bundeskanzler, 25.11.1968, BArch, B 136/6892, unpaginiert.

³⁸⁶ Sicherheitsüberprüfung Petras, 18.12.1968, BArch B 106/203172, Bl. 46.

die Behörde, „daß er vorher Verbindung zu dortigen Behörden aufgenommen hat“.³⁸⁷ Das BKA ging dabei jedoch vermutlich nicht von einer langanhaltenden Agententätigkeit aus, da es in einem vorläufigen Schlussbericht Ende 1969 wiederum den Verdacht äußerte, Petras habe erst „nach seinem Übertritt nach Berlin (Ost) einer Behörde der SBZ, wahrscheinlich dem Ministerium für Staatssicherheit, über geheim gehaltene oder offene Vorgänge, die ihm als Leiter des Labors im Institut für Aerobiologie in Grafschaft/Sauerland zur Kenntnis gelangten, berichtet“.³⁸⁸

Dahingehend erklärt sich auch, warum die involvierten westdeutschen Ministerien erst seit der Veröffentlichung des DDR-Memorandums Mitte 1969 von einer „breit angelegten systematischen Verleumdungskampagne“³⁸⁹ ausgingen. Erst seit diesem Zeitpunkt kann daher von einem gezielten Krisenmanagement gesprochen werden, bei dem vor allem das Auswärtige Amt offensiv auf die Anschuldigungen reagierte. In einem Interview mit dem Deutschlandfunk informierte der Bundesminister des Auswärtigen, Willy Brandt, die Öffentlichkeit, dass es sich bei den ostdeutschen Dokumentationen um reine Propagandapamphlete handele. Diese beinhalteten die „üblichen Verdrehungen und an manchen Stellen glatte Unwahrheiten“.³⁹⁰ Vielmehr beteilige sich die Bundesrepublik aktiv an den internationalen Diskussionen zur Thematik, stehe hinsichtlich dieser Kampfmittel in „ihrer Selbstbeschränkung an der Spitze aller Staaten“³⁹¹ und sei jederzeit bereit, an einem weltweiten Verbot von Chemiewaffen mitzuwirken. Brandts Ausführungen wurden kurze Zeit später auch durch ein offizielles Memorandum der Bundesregierung schriftlich fixiert. Darin gab die Regierung zu Protokoll, dass sie sich „aktiv an den Bemühungen um eine Abrüstung und Rüstungskontrolle auch der biologischen und chemischen Waffen“³⁹² beteilige. Nicht nur sei die Bundesrepublik Signatarstaat des Genfer Protokolls von 1925, sie habe zudem 1954 auf biologische und chemische Waffen verzichtet und entsprechende multinationale

³⁸⁷ Ermittlungsverfahren Petras, undatiert, BArch B 106/203172, Bl. 49. Der Bericht stammt aus der 48. Kalenderwoche 1968 und erreichte das Bundesministerium des Innern erst am 15.1.1969.

³⁸⁸ Vorläufiger Schlussbericht, 28.10.1969, BArch B 106/203172, Bl. 69.

³⁸⁹ AA an Bundeskanzleramt und BMI, 16.9.1969, PA-AA, B 130, Bd. 1537A, unpaginiert; sowie BArch, B 136/27165, unpaginiert; sowie in BArch, B 136/27173, unpaginiert.

³⁹⁰ Bulletin, 27.8.1969, Nr. 109, S. 930. Dieses finden sich zudem in: BArch, BW 1/318122, unpaginiert. Zudem DIE WELT, 2.9.1969.

³⁹¹ Standpunkt der Bundesregierung zu B/C-Waffen, 10.4.1970, BArch, B 136/6892, unpaginiert.

³⁹² Memorandum Bundesrepublik, 12.9.1969, PA-AA, B 130, Bd. 1537A, unpaginiert.

Kontrollen „angenommen“.³⁹³ Obwohl durch das Auswärtige Amt verfasst, blieb die Formulierung dabei bewusst ungenau, wussten die Beteiligten doch spätestens seit den internen Kompetenzstreitigkeiten Ende 1968 um die Problematik einer genauen Ausdrucksweise. Zum Schluss bekräftigte das Memorandum den westdeutschen Verzicht auf Massenvernichtungswaffen. Die Bundesrepublik stelle „weder biologische noch chemische Kampfmittel her, noch besitzt sie biologische oder chemische Waffen für Einsatzzwecke“.³⁹⁴

Die Erklärung der Bundesregierung ließ keinerlei Zweifel aufkommen. Aber besaß die Bundesrepublik wirklich keine chemischen Waffen? Diese Frage lässt sich anhand kürzlich freigegebener Akten des Bundesarchivs beantworten. Obwohl die NATO in einem zukünftigen Krieg fest mit dem Einsatz chemischer Kampfstoffe rechnete und diese Möglichkeit auch im eigenen Emergency Defense Plan (EDP) vorsah, waren die eigenen Truppen kaum entsprechend vorbereitet. Während einer NATO-Tagung im Dezember 1961 hatte der damalige Generalinspekteur der Bundeswehr, Friedrich Foertsch, ebenfalls mit Bezug auf die Bundesrepublik die Ansicht vertreten, „we cannot do without such a means“.³⁹⁵ Die Notwendigkeit, sich mit chemischen Kampfmitteln auseinanderzusetzen, entsprang zahlreichen Geheimdienstberichten, wonach die Truppen des Warschauer Paktes über ein großes Arsenal solcher Waffen verfügten.³⁹⁶ Demnach war im März 1962 an den Führungsstab des Heeres die Weisung ergangen, „Planungen hinsichtlich einer ABC-Kampfführung“³⁹⁷ einzuleiten. Neben notwendigen Schutzmaßnahmen für die Truppen beinhaltete der Befehl auch Aspekte der Bewaffnung, der Ausrüstung sowie der Grundsätze für die Anwendung chemischer Kampfstoffe. Obwohl der Bundesrepublik die Anwendung sowie die Herstellung solcher Mittel vertraglich untersagt war, bewegte sie sich bei diesen Bestrebungen trotzdem im legalen Bereich: Laut Völkerrecht war es jedem Land erlaubt, die eigenen Truppen für die Eventualität entsprechend auszubilden und auszurüsten, da „ein besonderer völkerrechtlicher Rechtfertigungsgrund bei einer schweren

³⁹³ Ebd.

³⁹⁴ Ebd., unpaginiert. Siehe zudem DPA-Meldung, 29.8.1969, PA-AA, B 130, Bd. 1537A, unpaginiert.

³⁹⁵ Nato Cosmic Top Secret – Record MC/CS 27, 5.1.1962, S. 41.

³⁹⁶ Chemische und biologische Kriegführung der sowj. Streitkräfte, 6.8.1964, BArch, BH 2/1583, unpaginiert. Zur Rolle chemischer Waffen in der sowjetischen Militärdoktrin siehe *Krause/Mallory*, *Chemische Waffen*, 1993, S. 119–185, *Gu*, *C-Waffen-Diskussion*, 1990, S. 30–41.

³⁹⁷ Möglichkeiten eines B- und C-Krieges, 27.5.1964, BArch, BH 2/1585, unpaginiert.

Völkerrechtsverletzung des Feindes den Einsatz dieser an sich verbotenen Kampfstoffe als Repressalie rechtfertigt“.³⁹⁸ Anschließend hatte der damalige Verteidigungsminister, Kai-Uwe von Hassel, jedoch vergeblich den Versuch unternommen, in den Vereinigten Staaten die dafür notwendige Munition einzukaufen.³⁹⁹ Und wenngleich zahlreiche Dokumente die ostdeutschen Anschuldigungen zu belegen scheinen, sind die bundesdeutschen Bestrebungen vermutlich nie über die Planungsphase hinausgegangen. Zwar richtete die Bundeswehr die Studiengruppe ABC-Wesen für eine aktive C-Kriegführung ein, dennoch war zu keinem Zeitpunkt abschließend geklärt, ob die Bundeswehr „für eine B- und C-Kriegführung ausgebildet und ausgerüstet werden soll“.⁴⁰⁰ Vielmehr erteilte von Hassels Nachfolger als Verteidigungsminister, Gerhard Schröder, 1968 den Befehl, „keine Vorbereitungen für eine aktive Verwendung von chemischen Waffen durch die Bundeswehr vorzusehen“, obwohl die politische Zustimmung dazu gegeben sei.⁴⁰¹ Die Gefechtsführung müsse „zunächst auf das ‚Hinnehmen‘ und damit Überleben des ersten Schlages ausgerichtet sein, die Truppen also eine hohe Abwehrfähigkeit besitzen“.⁴⁰² Dies erklärt auch die zahlreichen Überlegungen zu besseren Schutzmaßnahmen für die eigenen Soldaten im Aktenbestand des Bundesarchivs in Freiburg.⁴⁰³ Die Bundeswehr konzentrierte sich daher auf die Abwehr von C-Waffen und ließ in diesem Bereich intensiv forschen, so auch im Institut in Graftschaft.

Ein erstes internationales Echo erreichte die bundesdeutschen Botschaften in London, Paris und Washington etwa zwei Wochen nach der Pressekonferenz vom 6. Dezember 1968. Zuvor hatte das Auswärtige Amt in Bonn bereits die eigenen diplomatischen Vertretungen informiert und entsprechendes Material weitergeleitet, um für eine erste Stellungnahme entsprechend vorbereitet zu sein.⁴⁰⁴ Französische Reaktionen tauchen bemerkenswerterweise kaum in

³⁹⁸ Ebd.; sowie Bericht über die Planungsarbeiten auf dem Gebiet der ABC-Kriegführung, 6.8.1964, BArch, BH 2/1584, unpaginiert.

³⁹⁹ Möglichkeiten eines B- und C-Krieges, 27.5.1964, BArch, BH 2/1585, unpaginiert.

⁴⁰⁰ Planungsarbeiten auf dem Gebiet der ABC-Kriegführung, 6.8.1964, BArch, BH 2/1584, unpaginiert.

⁴⁰¹ Auswertung der Ergebnisse der Planuntersuchung Damokles, 5.6.1968, ebd. Siehe zusätzlich BArch, BW 1/575490, Bl. 97–100; sowie BArch, BW 2/8526, Bl. 14–22.

⁴⁰² Eigener Einsatz und ABC-Gefechtsführung, 6.8.1964, BArch, BH 2/1584, unpaginiert.

⁴⁰³ Aktenauswahl: BArch, BW 1/106313; BArch, BW 1/283192; BArch, BW 1/402726.

⁴⁰⁴ Das Material beinhaltete eine Abschrift der Pressekonferenz vom 6. Dezember sowie eine Stellungnahme des BMVg vom 24.11.1968, siehe: AA an die Botschaften London und Paris, 29.11.1968, PA-AA, B 130, Bd. 1426A, unpaginiert. Das AA in Bonn war zuvor von der Dienststelle in West-Berlin unterrichtet worden. Siehe AA-Dienststelle Berlin an AA-

den eingesehenen Dokumenten auf, vielmehr beschränkten sich die Mitteilungen aus und nach Paris auf das RKA der WEU.⁴⁰⁵ In den Fällen London und Washington waren sowjetische Diplomaten in den jeweiligen Außenministerien vorstellig geworden und hatten die Behauptungen Petras' aufgegriffen.⁴⁰⁶ Besonders in der amerikanischen Hauptstadt seien die ostdeutschen Anschuldigungen dabei in einer Weise dargestellt worden, die „über die von Petras gemachten Äußerungen“⁴⁰⁷ weit hinausgingen. Dies erklärt sich dahingehend, da die MfS-Kampagne hauptsächlich die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den USA torpedieren sollten, da in ihnen ein Eckpfeiler der Bonner Westintegration ausgemacht worden war. Das Ministerium für Staatssicherheit erhoffte sich dadurch, den ‚Klassenfeind‘ zu isolieren und so im Idealfall aus dem Bündnis herauszulösen.

Die eingesehenen Aktenbestände belegen jedoch, dass dieses Ziel misslang. Vielmehr hielt die Botschaft in Washington fest, dass das State Department nicht die geringste Veranlassung habe, den vorliegenden Behauptungen Glauben zu schenken und beabsichtigte, „das letzte Wort nicht den Sowjets zu überlassen“.⁴⁰⁸ Im entsprechenden Deutschlandreferat sei eine Zurückweisung vorbereitet worden, welche zur Absprache mit dem Auswärtigen Amt der amerikanischen Botschaft in Bonn übermittelt worden sei. Ähnlich verlief es auch in der britischen Hauptstadt, wo in Übereinkunft mit dem westdeutschen Bündnispartner eine angemessene Antwort verfasst werden sollte.⁴⁰⁹ Auch seien in beiden Ländern kaum Pressereaktionen zu beobachten gewesen, mit Ausnahme einer Meldung der Washington Post.⁴¹⁰ Dementsprechend gingen die bundesdeutschen Botschaften von einer geringen medialen Wirkungskraft der ostdeutschen Anschuldigungen aus.

Bonn, 6.12.1968, ebd. Das AA informierte die diplomatischen Vertretungen in der ganzen Welt im Februar 1969. Siehe dazu AA an diplomatische Vertretungen, 26.2.1969, PA-AA, B 130, Bd. 1537A, unpaginiert.

⁴⁰⁵ Osthus an Arnot, 18.12.1968, PA-AA, B 130, Bd. 1426A, unpaginiert. Interessanterweise lassen sich in den Akten zahlreiche französische Versuche finden, über den amerikanischen Bündnispartner an Informationen und Richtigstellungen zu kommen. Dies verwunderte auch das AA, da Frankreich Mitglied der WEU war und dementsprechend den direkten Draht zur Bundesrepublik hätte wählen können.

⁴⁰⁶ Botschaft London an AA, 19.12.1968, PA-AA, B 130, Bd. 1426A, unpaginiert; sowie Botschaft Washington an AA, 20.12.1968, ebd.

⁴⁰⁷ Botschaft Washington an AA, 20.12.1968, ebd.

⁴⁰⁸ Ebd.

⁴⁰⁹ Botschaft London an AA, 19.12.1968, ebd.

⁴¹⁰ Botschaft Washington an AA, 20.12.1968, ebd.

Die Stellungnahme der Außenministerien in London, Paris und Washington erfolgte kurz vor Weihnachten und flankierte die Bonner Presseerklärungen. Die Regierungen der drei Länder hätten vollstes Vertrauen in den deutschen Bündnispartner und dessen Zurückweisung, „which stated that the activities conducted at the Grafschaft Institute relate only to the development of protective measures to be used for defense against air pollution through waste gases, environmental factors, or military actions by others“.⁴¹¹ Auch das RKA der WEU zweifelte nicht an besagter Positionierung und hatte bereits kurz vorher eine Überprüfung des Instituts als „überflüssig“⁴¹² erachtet. Die Behörde begründete dies mit dem eigenen Kenntnisstand, dass das Institut im Sauerland sich nicht mit einer Produktion von biologischen und chemischen Kampfmitteln beschäftige.⁴¹³

Die weitreichendsten Auswirkungen der ostdeutschen Desinformationskampagne betrafen die Anschuldigungen des MfAA aus dem Juli 1969. Neben der Veröffentlichung der Dokumentation über biologische und chemische Waffen sowie des Memorandums an die Vereinten Nationen hatte das Außenministerium in Ost-Berlin behauptet, in der Bundesrepublik lagere amerikanisches Nervengas.⁴¹⁴ Entsprechende Zeitungsveröffentlichungen zur Thematik aus den USA schwappten dabei über den Atlantik und wurden von der westdeutschen Presse aufgegriffen.⁴¹⁵ Gegenüber der New York Times hatte die deutsche Botschaft in Washington erklärt, dass die Lagerung von US-Nervengas in der Bundesrepublik der NATO-Strategie entspreche und es sich daher

⁴¹¹ Siehe dazu die Anlage 2 im Fernschreiben des AA an die Vertretungen in Washington, London, Paris, der NATO sowie an das BMVg und das BMWi, 23.12.1968, ebd. Das amerikanische National Archive gab auf Anfrage des Verfassers die Auskunft, dass diesbezüglich keine Unterlagen gefunden worden seien, weshalb die Untersuchung in diese Richtung zunächst nicht weiterverfolgt werden konnte.

⁴¹² Vermerk AA, 20.12.1968, ebd.

⁴¹³ Osthus an Arnot, 18.12.1968, ebd. Entsprechende Angaben des RKA basierten auf zahlreichen Kontrollen in Werken und wissenschaftlichen Instituten in den Jahren 1960 bis 1972.

⁴¹⁴ Siehe hierzu FN 348. Für weitere Informationen hinsichtlich eines Artikels der Washington Post vom 29.6.1969 siehe: AA an das BMWi und das BMVg, 21.7.1969, PA-AA, B 130, Bd. 1537A, unpaginiert; sowie BArch, BW 1/49393, unpaginiert.

⁴¹⁵ Auswahl: Das Nervengas des Pentagon, in: Süddeutsche Zeitung, 24.7.1969; USA lagern Nervengas vermutlich auch in der Bundesrepublik, in: Die Welt, 24.7.1969; FDP fragt nach US-Nervengas, in: Frankfurter Rundschau, 25.7.1969; Umfangreiche Bestände von Giftgas lagern in der Bundesrepublik, in: Stuttgarter Zeitung, 25.7.1969; US-Giftgase auf deutschem Boden?, in: General-Anzeiger, 25.7.1969; sowie B- und C-Waffen auf deutschem Gebiet, in: Bonner Rundschau, 26.7.1969.

um einen logischen Schritt seitens der amerikanischen Regierung handele, der allerdings „ohne Wissen der Bundesregierung“⁴¹⁶ vorgenommen worden sei. Auch in diesem Fall lässt sich in den Akten Gegensätzliches feststellen: In einem Antwortschreiben auf die Anfrage des Mitgliedes des Bundestages, Kurt Jung, gab das Auswärtige Amt an, dass die Bundesregierung von der Lagerung auf deutschem Boden Kenntnis gehabt habe.⁴¹⁷ So sei die Deponierung solcher Kampfstoffe ein wesentlicher Bestandteil der NATO-Abschreckung gegenüber den militärischen Kräften des Warschauer Paktes. Auch die sowjetischen Streitkräfte verfügten über „erhebliche Vorräte an chemischen Kampfstoffen und chemischer Munition und eine Vielzahl von geeigneten Waffensystemen“.⁴¹⁸ Dementsprechend müssten auch die „Streitkräfte der Allianz in der Lage sein, den möglichen Gegner von einem völkerrechtswidrigen chemischen Angriff durch glaubhaftes Androhen von Repressalien abzuschrecken“.⁴¹⁹ Ein Ersteinsatz dieser Waffen sei im Verteidigungskonzept der NATO jedoch nicht vorgesehen.

Abseits der Lagerung von Nervengas wirkte sich die Aktion ‚Verwüstung‘ nur begrenzt auf die öffentliche Meinungsbildung in Westdeutschland aus. Zwar gingen bundesrepublikanischen Medien auf die ostdeutschen Vorwürfe ein, ließen sich dabei jedoch kaum beeinflussen. Obwohl einige der auflagenstärksten Zeitungen zu dem Thema informierten, resümierte sich die Berichtserstattung zumeist auf kleinere Randnotizen.⁴²⁰ Sinnbildlich steht

⁴¹⁶ Botschaft Washington an AA, 24.7.1969, PA-AA, B 130, Bd. 1537A, unpaginiert.

⁴¹⁷ AA an Jung, 29.9.1969, ebd.

⁴¹⁸ Ebd.

⁴¹⁹ Ebd. Der Bundeswehrführung sowie dem Verteidigungsministerium lagen dafür detaillierte Pläne der sowjetischen Streitkräfte über den Einsatz solcher Kampfmittel vor. Siehe: Chemische und biologischen Kriegführung der sowj. Streitkräfte, 6.8.1964, BArch, BH 2/1583.

⁴²⁰ Auswahl: Bonn weist Behauptungen über Kampfstoffe zurück, in: DIE WELT, 25.11.1968; Forscher ging in die Zone, in: BILD, 25.11.1968; Westdeutscher Wissenschaftler im Ost-Fernsehen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.11.1968; Westdeutscher Wissenschaftler in die DDR übergegangen. Schwere Anschuldigungen gegen Bonn, in: Süddeutsche Zeitung, 25.11.1968; Petras hat seit Jahren Kontakt zur DDR gehabt. Schon seit langem in Grafschaft kaltgestellt – Es gab nichts zu spionieren, in: Stuttgarter Zeitung, 26.11.1968; B- und C-Waffen für den Frieden? Unterscheidung zwischen ziviler und militärischer Forschung ist oft nur Theorie, in: Süddeutsche Zeitung, 26.11.1968; Die Flucht des Dr. Ehrenfried Petras. Das Institut für Aerobiologie in Grafschaft wird von der Bevölkerung mit gemischten Gefühlen betrachtet, in: Stuttgarter Zeitung, 27.11.1968; Die „Hexenküche in der Rattenburg“. Nach seiner Flucht in die DDR erhebt Mikrobiologe Dr. Ehrenfried Petras den Vorwurf: Die Bundesrepublik stellt ABC-Waffen her, in:

auch der Beitrag des Spiegels zum Thema, der sich beispielsweise nicht unter den Titelthemen einordnete, sondern lediglich in der Rubrik ‚Kultur‘ am Ende des Heftes Platz fand.⁴²¹

Einzig das linksorientierte Hamburger Magazin Konkret berichtete ausgiebig über das Thema. An einem Stand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes in Bonn war der damalige Chemiestudent Jörg Heimbrecht auf die Publikation *Bonn bereitet Giftkrieg vor* gestoßen und hatte den Konkret-Journalisten Günter Wallraff über die ostdeutschen Vorwürfe unterrichtet.⁴²² Daraufhin sollten mindestens fünf Artikel in Konkret erscheinen und insbesondere an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel für Aufmerksamkeit sorgen.⁴²³ Wallraff und Heimbrecht hatten sich als Ministerialrat Strathmann des BMVg ausgegeben und einigen bundesdeutschen Hochschulprofessoren, deren Namen auf der Pressekonferenz in Ost-Berlin aufgetaucht waren, telefonisch Wehrforschung angeboten.⁴²⁴ Der damalige Direktor des Hygiene-Institutes der Universität Kiel, Prof. Horst Gärtner, hatte dabei weiterführende Gespräche über die Überwindung der „Immunitätsbarriere für Pockenerreger“⁴²⁵ nicht zweifelsfrei ausgeschlagen. Die anschließende Veröffentlichung des Telefonprotokolls in Konkret sorgte zunächst bei den Studierenden für Aufsehen und resultierte in der Folge in zahlreichen Senatsanhörungen der

Münchener Abendzeitung, 28.11.1968; Fall Petras im Verteidigungsausschuß, in: Stuttgarter Zeitung, 28.11.1968; Bonn betont erneut: Keine Kampfstoffe, in: Westfälische Rundschau, 28.11.1968; Ein Wissenschaftler flüchtet in die Zone, in: Rundschau am Sonntag, 1.12.1968, S. 5.

⁴²¹ „Anderslautendes zurückweisen!“, in: DER SPIEGEL 49/1968, S. 216.

⁴²² Das Zeitzeugengespräch mit Jörg Heimbrecht erfolgte am 24.10.2019. Der Verfasser dankt an dieser Stelle für die Unterstützung und der Bereitstellung zahlreicher Dokumente. Heimbrecht hatte anschließend die Möglichkeit, neben dem Institut für Aerobiologie auch die Erprobungsstelle E 53 in Munster zu besuchen. Dort lagerten zum damaligen Zeitpunkt noch chemische Munition aus dem Zweiten Weltkrieg. Für die vorliegende Studie wird die Diskussion um eine mögliche Spionagetätigkeit Günter Wallraffs als IM ‚Wagner‘ ausgeklammert. Vielmehr ist auch der Verfasser der Ansicht, dass es sich bei Wallraff nicht um einen bewusst handelnden Einflussagenten des MfS handelte. Siehe dazu BArch, MfS, HA XX, Nr. 2921, Bl. 1–9 und die anschließende Gegendarstellung Wallraffs; sowie *Kopp*, Desinformant, 2016, S. 173–182.

⁴²³ Giftgas für die Bundeswehr, in: Konkret Nr. 21/1969, S. 12–15; Umfrage bei Giftmischern, in: Konkret Nr. 21/1969, S. 16–19; Die Giftmischer von Kiel, in: Konkret Nr. 21/1969, S. 39–41; Nervengas nur Zufall?, in: Konkret Nr. 5/1970, S. 51–53; Bundeswehr hat Giftgas, in: Konkret Nr. 7/1970, S. 46–51.

⁴²⁴ Umfrage bei Giftmischern, in: Konkret Nr. 21/1969, S. 19.

⁴²⁵ Ebd.

Hochschule.⁴²⁶ Obwohl die sogenannte ‚Horst-Gärtner-Affäre‘ keine beruflichen Auswirkungen für den beschuldigten Professor hatte, führte erst ein wegen Verleumdung eingeleitetes Strafverfahren dazu, die obigen Anschuldigungen zurückzunehmen.⁴²⁷ Die Ereignisse in Kiel stellen dabei ein Beispiel dafür dar, wie sich eine ostdeutsche Desinformationskampagne in Westdeutschland idealerweise verselbstständigte und tatsächlich ohne geheimdienstlichen Input weiterlaufen konnte.

Abschließend bleibt zu konstatieren, dass die bundesdeutschen Akteure zunächst nicht auf die Vorwürfe aus Ost-Berlin vorbereiteten waren und erst einige Zeit später gezielt darauf reagierten. Auch die westlichen Bündnispartner sowie die westdeutsche Öffentlichkeit reagierte nur begrenzt auf die Anschuldigungen. Neben den zahlreichen Verweisen auf bestehende Verträge konzentrierte sich vor allem das Auswärtige Amt darauf, die intensiven Bemühungen der Bundesregierung zu betonen, auf ein neues BC-Abkommen hinzuwirken. Hierbei zeigt die abgeschlossene Biowaffenkonvention Anfang der 1970er Jahre, welche untergeordnete Rolle die Bundesrepublik dabei einnahm beziehungsweise welche Stellung sie zu diesem Zeitpunkt im Ost-West-Konflikt bekleidete. Zwar hatte sie sich an der Vorbereitung des Übereinkommens „intensiv beteiligt“,⁴²⁸ im Vergleich zum Übergewicht der USA und der UdSSR jedoch kaum Einfluss auf den Inhalt des Vertrages nehmen können. Demnach erklärt sich auch, warum einzig die Bundesrepublik erneut den Verzicht auf Chemiewaffen betonte, der nicht Teil der Vereinbarung war.⁴²⁹

⁴²⁶ Für die Senatsanhörung siehe LASH Abt. 47, Nr. 2140, unpaginiert; sowie Die Giftmischer von Kiel, in: Konkret Nr. Nr. 21/1969, S. 39-41. Weitere Signatures zur Affäre: LASH Abt. 811 Nr. 16523; Nr. 21094; Nr. 21095; Nr. 21096; sowie Nr. 21097.

⁴²⁷ Prof. Gärtner ist kein Giftmischer, in: Konkret Nr. 22/1969, S. 7. Ein telefonische Entschuldigung Wallraffs an Gärtner im Jahr 1998. Siehe hierfür https://www.focus.de/auto/neuheiten/affaere-anruf-von-wallraff_aid_170660.html (28.01.2020 12:40); Heimbrecht setzte im Anschluss seine Recherchen zu chemischen Waffen in der Bundesrepublik fort und veröffentlichte insbesondere für den Verband Deutscher Studenten (VDS/VDSt) in Bonn zahlreiche Artikel. Siehe: Giftgas für die Bundeswehr, in: VDS Projektbereich Kriegsforschung Info 2; Die verbotene Aufrüstung, in: VDS Projektbereich Kriegsforschung Info 3.

⁴²⁸ Anlage I zu Denkschrift, 13.11.1972, BACh, BW 1/112997 unpaginiert.

⁴²⁹ Chef des Bundeskanzleramts an die Bundesminister, 29.2.1972, BACh, BW 1/112997, unpaginiert; Anlage I zu Denkschrift, 13.11.1972, ebd. Eine Übereinkunft über C-Waffen kam erst in den 1990er Jahren zustande, wozu jedoch noch keine wissenschaftliche Literatur vorliegt.

Schluss und Ausblick

„Sie [die Bundesrepublik, DRB] besitzt und lagert keine B- und C-Waffen, strebt weder deren Besitz noch Verfügungsgewalt darüber an, hat keinerlei Vorbereitungen für ihre Verwendung getroffen, bildet keine Soldaten dafür aus und wird dies alles auch in Zukunft nicht tun. Anderslautende Behauptungen, wie sie in der Öffentlichkeit gelegentlich aufgestellt werden, sind falsch.“⁴³⁰

Das Phänomen ostdeutscher Desinformationskampagnen ist bisher kaum in das Rampenlicht der Historiographie geraten. Dabei kristallisierten sich bei der vorliegenden Studie gerade die ‚aktiven Maßnahmen‘ als eine der zentralen Methoden des MfS heraus, welche die deutsch-deutschen Beziehungen während des gesamten Kalten Krieges hinweg begleiten sollten. Neben den Passierscheinabkommen, den Häftlingsfreikäufen oder den Milliardenkrediten sollte der Nachkriegsgeschichte demnach zwingend das Kapitel der ‚aktiven Maßnahmen‘ hinzugefügt werden.⁴³¹ Sie bilden ebenso ein eindrucksvolles Beispiel für das SED-Regime und seiner legitimationsbedürftigen Aktivitäten gegenüber der Bundesrepublik. Sie fügen dem Bild des Kalten Krieges wichtige Konturen hinzu, der in seiner Auseinandersetzung neben der nuklearen Frage hauptsächlich durch Propaganda und Täuschung geführt wurde. Wenngleich der Grundlagenvertrag 1972 die Beziehungen zwischen Bonn und Ost-Berlin auf eine andere Ebene hob, führte dies jedoch lediglich zu einer veränderten Schwerpunktsetzung ostdeutscher Propagandafeldzüge, da sich die

⁴³⁰ *BMVg* (Hrsg.) Weißbuch 1970, S. 41f.

⁴³¹ Zum Passierscheinabkommen siehe *Scholtzseck*, Außenpolitik, 2003, S. 23; sowie *Potthoff*, Mauer, 1999, S. 40f. Zum Häftlingsfreikauf siehe ebenfalls *Potthoff*, Mauer, 1999, S. 32f. Zudem *Wölbern*, Häftlingsfreikauf, 2014; *Koch*, Häftlingsfreikauf, 2012; sowie *Jenkis*, Freikauf, 2012.

alte Strategie nicht länger aufrechterhalten ließ, die Bundesrepublik für alle politischen Missgeschicke in Europa verantwortlich zu machen. Vielmehr beschränkten sich die Aktionen fortan erneut auf einzelne westdeutsche Amtsträger.⁴³²

Ausgangspunkt für ostdeutsche Desinformationskampagnen und daher auch für die Aktion ‚Verwüstung‘ war das Streben nach staatsrechtlicher Anerkennung des zweiten deutschen Staates, was das Zentralkomitee der SED unter anderem durch die fortlaufende Diffamierung der Bundesrepublik zu erreichen versuchte. Zusätzlich lieferten der Aufstand des 17. Juni 1953 und die Pariser Verträge für Ost-Berlin die Notwendigkeit, die eigene ‚Westarbeit‘ zu intensivieren und durch geheimdienstliche Tätigkeiten außenpolitische Ereignisse in Gang zu setzen, die der DDR auf diplomatischem Wege durch das MfAA nicht möglich waren. Dabei entstammten diese Maßnahmen weitgehend den Methoden des KGB.⁴³³

Obwohl Albert Norden mit der Agitationskommission des ZK der SED die ersten ostdeutschen Desinformationskampagnen initiierte, übernahm ab Anfang der 1960er Jahre das Ministerium für Staatssicherheit diesen Aufgabenbereich; 1961 zunächst durch die Abteilung VII/7 und ab 1966 durch die Abteilung X der HV A. Die absolute Geheimhaltung der Abteilung X unter Rolf Wagenbreth in der Behörde selbst und der besondere Status innerhalb des ohnehin schon als elitär angesehenen ostdeutschen Auslandsgeheimdienstes verkörpern einmal mehr die Relevanz der ‚aktiven Maßnahmen‘ für das MfS und somit auch für das DDR-Regime als Ganzes.

Die Idee zur Aktion ‚Verwüstung‘ entstand im April 1967 in Moskau und war Teil einer ganzen Serie von Desinformationskampagnen, die das MfS in Kooperation mit dem Komitee für Staatssicherheit durchführen sollte.⁴³⁴ Ziel dieser Maßnahmen war die Erosion des westlichen Bündnisses und die Unterstützung sowjetischer Außenpolitik. Dahingehend wird deutlich, warum sich die Anschuldigungen stets an die nationalsozialistische Vergangenheit Deutschlands anlehnten und sich daher wie eine Konstante durch die hier untersuchte Aktion ziehen, verstand sich die Bundesrepublik doch als

⁴³² Kleßmann, Ostpolitik, 2005, S. 15. Beispiele bilden die Abhöraffären Strauß/Scharnagl sowie Kohl/Biedenkopf oder der Barschel-Brief. Siehe hierfür Marxen/Werle (Hrsg.), Strafjustiz und DDR-Unrecht, Bd. 4, 2004, S. 497–549.

⁴³³ Diese wurden anschließend von der HV A aufgrund britischer Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg systematisch weiterentwickelt. Siehe dazu Brehmer, Spiel der Dienste, 2003, S. 79f.

⁴³⁴ Für die Entstehung der Aktion ‚Verwüstung‘ siehe S. 43.

Rechtsnachfolger des 1945 untergegangenen Deutschen Reiches.⁴³⁵ Etwaige Vorwürfe in der Frage Massenvernichtungswaffen konnten demnach nur wirken, wenn sie in Relation zu einem expansionistischen Bestreben der Bonner Regierung und daher zum ‚Dritten Reich‘ gestellt wurden.

Aufgrund der Überlieferungslücken in den Aktenbeständen des Stasi-Unterlagen-Archivs lässt sich besonders die Planungsphase der Aktion nur schwer greifen und durch die ‚Desinformationsmethode‘ auch nur in Ansätzen rekonstruieren. Wahrscheinlich konkretisierten sich die einzelnen Schritte während der Konferenz im Herbst 1967 in Ost-Berlin, zu der eigens ein Vertreter des KGB anreisen sollte. Die Dokumente der Abteilung Agitation geben zwar Auskunft darüber, wie die spätere Aufgabenteilung ausgesehen haben könnte, beantworten jedoch nicht, warum sich die Kampagne erst viel später entfaltete. Spekulativ bleibt weiterhin, welchen Einfluss der Fall Adolf-Henning Frucht sowie außenpolitische Ereignisse wie der ‚Prager Frühling‘ oder die Abrüstungsverhandlungen in Genf dabei spielten. Zwar wurden einzelne Zielvorstellungen konkretisiert, die eigentlichen Auslöser bleiben jedoch unklar. Anzunehmen ist, dass gerade eine Kampagne zu Massenvernichtungswaffen nicht vollkommen aus der Luft gegriffen war, obschon sie sich gerade für etwaige Verschwörungstheorien hervorragend eignete. Vielmehr operierten die sozialistischen Staatssicherheitsdienste gezielt innerhalb eines bereits bestehenden internationalen Diskurses, der spätestens nach Abschluss der Biowaffenkonvention als Eigenwerbung im Kampf der Systeme diente.⁴³⁶ Demnach kann auch das eingangs aufgestellte Postulat der Nutzung ostdeutscher Spionageaktivitäten bestätigt werden: Abgeschöpfte Geheimdienstinformationen aus der Bundesrepublik dienten dem MfS auch zur Durchführung von Desinformationskampagnen.

Zur Struktur ostdeutscher Desinformationskampagnen kann festgehalten werden: Für den Beginn einer solchen Aktion war die öffentliche Wahrnehmung unabdingbar, wozu primär der Auftritt von Multiplikatoren diente. Durch sie sollte nicht nur die mediale Aufmerksamkeit und die notwendige Glaubwürdigkeit für die erhobenen Vorwürfe erzeugt werden; sie boten vor allem einen Anlass für weiterführende Schritte durch staatliche Behörden. Anschließend sollten verfügbare Kanäle wie die UNO genutzt werden, um die eigenen, friedlichen Absichten auch auf internationalem Parkett zu bekräftigen. Im Idealfall machten ‚nützliche Idioten‘ anschließend ohne ostdeutschen Input mit der Kampagne weiter. Die Aktion ‚Verwüstung‘ war demnach

⁴³⁵ Für die Rolle des ‚Dritten Reiches‘ siehe S. 49, 52 und 71f.

⁴³⁶ Siehe hierzu Anmerkung 166.

besonders dann effektiv, wenn es darum ging, ‚Staub aufzuwirbeln‘ und von etwaigen Maßnahmen gegen den Ostblock abzulenken. Demnach erklärt sich auch, warum zumeist wahre mit frei erfundenen Angaben verbunden wurden.⁴³⁷ Dies machte es für die Betroffenen schwieriger, die Anschuldigungen insgesamt zu widerlegen.

Auch zur Arbeitsteilung und zur Vorgehensweise von Desinformationskampagnen der Stasi lassen sich anhand der erfolgreichen Umsetzung der ‚Desinformationsmethode‘ weitere Aussagen tätigen: Hauptakteur war die Abteilung X, der es oblag entsprechende Themenvorschläge für mögliche Propagandafeldzüge zu erarbeiten und diese Markus Wolf vorzulegen. Bei der Kampagne erfolgte die Planung sogar in Moskau selbst, was wiederum bekräftigt, wie sehr solche Operationen die sowjetische Außenpolitik unterstützen sollten. Anschließend musste verwertbares Material aus den eigenen Archiven gesammelt und aufbereitet werden, wobei die Abteilung Agitation ins Spiel kam und hierbei eine Mischung aus der ‚operativen Agitation‘ und der ‚Spezialpropaganda‘ durchführte.⁴³⁸ Dabei war die Entscheidung, welche Dokumente eingesetzt und dadurch ‚verbrannt‘ werden sollten, von den Zugeständnissen des KGB abgänglich, dem die Möglichkeit oblag, ebenfalls Material beizusteuern (siehe Anhang).

Da die HV A für den Vorbereitungszeitraum der Kampagne noch nicht auf die SIRA-Datenbanken zurückgreifen konnte, besteht kaum die Möglichkeit, unter den Ein- und Ausgangsberichten der Westspione herauszufinden, welche Anzahl an Dokumenten schließlich auch Verwendung fand. Vermutlich wird es sich dabei jedoch um den Großteil der verfügbaren Akten gehandelt haben, da einige Schriftstücke bis in das Jahr 1962 datieren. In einem nächsten Schritt sprachen die involvierten Abteilungsleiter (Wagenbreth und Halle) im Zentralkomitee der SED am Werderschen Markt vor, um für die erarbeitete Phasen der Kampagne die notwendige Genehmigung einzuholen. Obwohl das MfAA die Unternehmung nach Beginn weiterführen sollte, oblag es zu jedem Zeitpunkt dem ZK der SED sowie dem MfS, die weitere Vorgehensweise zu bestimmen.

Als Startpunkt der Kampagne diene der angebliche Überläufer Ehrenfried Petras. Wie aber das genaue Auswahlverfahren für diesen Multiplikator ausgesehen haben könnte und inwiefern sich Petras dafür qualifizierte, bleibt ebenfalls im Dunkeln und bedingt weiterführende Untersuchungen. Anhand

⁴³⁷ Siehe die Ausführungen hierzu auf S. 65f.

⁴³⁸ Siehe hierzu die Ausführungen auf S. 39f.; sowie den Abschnitt zur Beschaffungs- und Planungsphase ab S. 49.

der Rekonstruktion seines Lebenslaufes kann aber vermutet werden, dass für den Auftakt der Aktion ein bewusst handelnder Einflussagent eingesetzt werden sollte.⁴³⁹ Wahrscheinlich informierte er die HV A im März 1968 über seine anstehende Arbeitslosigkeit und die Tatsache, aus der Forschungsstätte in Graftschaft keine Informationen mehr liefern zu können. Nachfolgende Bewerbungsgespräche in West-Berlin im folgenden Sommer könnten für eine erste Unterrichtung über die geplanten Ereignisse genutzt worden sein, da der ostdeutsche Geheimdienst möglicherweise seine baldige Bedeutungslosigkeit als Agent erkannt hatte. Dass Petras tatsächlich aus operativen Gründen zurückgezogen werden musste, erscheint hier als wenig plausibel, hätte die HV A ihren Agenten doch mit sofortiger Wirkung in die DDR geholt. Dagegen sprechen schon die Entwürfe zahlreicher Briefe an westdeutsche Fachkollegen, die einen größeren Vorbereitungszeitraum implizieren.

Im Anschluss an die zahlreichen öffentlichen Inszenierungen und die Berichterstattung in nahezu jeder ostdeutschen Zeitung bot sich dem MfAA nunmehr die Gelegenheit, auch von staatlicher Stelle offiziell in die Kampagne einzusteigen. Dazu dienten neben erneuten Pressekonferenzen vorrangig die zuvor erstellten Publikationen und Memoranden, die beispielsweise im Rahmen der Vereinten Nationen publik gemacht werden sollten. Spätestens seit diesem Zeitpunkt fügte sich die Kampagne daher in den bereits bestehenden internationalen Diskurs zu Konventionen im Bereich der Massenvernichtungswaffen ein. Vor allem der Entschluss, die Aktion einzustellen, weist erneut darauf hin, wer die deutsch-deutschen Beziehungen von DDR-Seite maßgeblich beeinflusste: Moskau.⁴⁴⁰ Dabei zeigen die mangelnden Ressourcen für Übersetzungstätigkeiten des ostdeutschen Außenministeriums einmal mehr, welche nachrangige Stellung diese Behörde im Vergleich zum MfS innerhalb des politischen Systems der DDR einnahm. Interessant wäre es, an dieser Stelle zu untersuchen, ob sich die Rolle des MfAA im Anschluss an den Grundlagenvertrag und die Schlussakte der KSZE-Akte in Helsinki 1974 veränderte.⁴⁴¹

Im Hinblick auf die Arbeit mit MfS-Akten ist es bedeutsam, die Objektivität des einzelnen Stasibearbeiters zu hinterfragen. Diese Problematik wird vor allem bei den in den SIRA-Datenbanken gespeicherten Ausgangsberichten an die obere Parteiführung deutlich. Oftmals wurden mehrere eingegangene Spionageberichte zu einem einzigen zusammengefasst (*finished intelligence*), weshalb dadurch eine Art Informationsfilter entstand. Dementsprechend

⁴³⁹ Siehe dazu den Abschnitt zum Multiplikator Petras ab S. 54.

⁴⁴⁰ Siehe beispielsweise den Entschluss zur Einstellung der Aktion auf S. 79 und 86.

⁴⁴¹ Für die Rolle des MfAA siehe S. 85f.

kann im Nachhinein nicht überprüft werden, welcher Inhalt dabei ‚unter den Tisch fiel‘. Gerade die zahlreichen Arbeitsunterlagen zur Aktion ‚Verwüstung‘ in Form von Rohmanuskripten und Gutachten liefern der Forschung jedoch brauchbares Quellenmaterial. Letztlich zeigt dieses Beispiel auf, dass die Verwertbarkeit von Stasiakten davon abhängen kann, welche Fragen an sie gestellt werden. Beispielshalber können sie über die Intensität und dem Ausmaß der Konspiration seitens der ostdeutschen Geheimpolizei detaillierter Auskunft geben.⁴⁴² Sie zeigen auf, welche Kapazitäten die DDR für diese Maßnahmen einsetzte beziehungsweise welche Einstellung sie gegenüber Westdeutschland vertrat. Im Gegensatz dazu eignen sie sich kaum dafür, die tatsächlichen Aktivitäten der Bundesrepublik hinsichtlich möglicher Massenvernichtungsprogramme nachzuzeichnen.

Des Weiteren lässt sich zur Aktion ‚Verwüstung‘ ein weiteres wichtiges Stilmittel festhalten: der gezielte Versuch der sprachlichen Manipulation. Beispielsweise sollten die Involvierten durchgängig die Bezeichnung ‚Bundesverteidigungsministerium‘ vermeiden, da dadurch die angeblichen expansionistischen Absichten der Bonner Regierung nicht deutlich genug herausgestellt werden konnten. Der Terminus ‚Kriegsministerium‘ entsprach demnach eher den eigentlichen Absichten des Ministeriums für Staatssicherheit.⁴⁴³ Auch die zumeist verwendeten Tautologien (westdeutsche Bundesrepublik/Bundeswehr) können hierbei der Intention gedient haben, sich so gezielt vom ‚Klassenfeind‘ zu unterscheiden. Bei den eingesehenen Dokumenten fällt dennoch auf, dass die konsequente Durchsetzung dieser Stilmittel nur bedingt gelang. Vielmehr tauchten diese überwiegend erst in den fertigen Schriftstücken auf; in internen Arbeitspapieren findet sich zumeist ein differenzierter und in sich stark unterscheidender Sprachgebrauch. Dass die herangezogenen Gutachter dies mit Nachdruck monierten, gibt Hinweise darauf, wie unterschiedlich die jeweiligen Bearbeiter qualifiziert waren.⁴⁴⁴ Es wirft obendrein die Frage auf, warum nicht gleich von Beginn an eine entsprechende Sprache vorgegeben wurde, was die uneinheitlichen Formulierungen direkt hätte vermeiden können. Zudem wurden die jeweiligen bundesdeutschen Behörden oftmals mit dem Namen des verantwortlichen Ministers bezeichnet (Hassel-Ministerium). Ob diese Personifizierung in Anlehnung an das ‚Dritte Reich‘ – Hitler, Himmler, Göring – geschah, bleibt unklar.

⁴⁴² Zur Geheimhaltung innerhalb des MfS siehe S. 81.

⁴⁴³ Für die sprachlichen Ungenauigkeiten siehe S. 84f.

⁴⁴⁴ Zu den inhaltlichen Mängeln siehe S. 84.

Aktive Maßnahmen und im speziellen Desinformationskampagnen stellen zumindest von ostdeutscher Seite ein indirektes Mittel dar, mit dem ‚Klassenfeind‘ zu kommunizieren. Auch wenn es dem MfS – mit Ausnahme der Brandt-Abstimmung 1972 – kaum gelang, in die inneren Verhältnisse der Bundesrepublik einzugreifen und die politische Stimmung zu eigenen Gunsten zu beeinflussen, stellen diese Geheimdienstaktivitäten ein Beispiel dafür dar, wie der Arm der Stasi tatsächlich in den Westen hineinreichen konnte. Dabei musste das Ministerium für Staatssicherheit nicht zwangsweise selbst in Westdeutschland agieren, sondern konnte durch diese Aktivitäten auch vom eigenen Territorium heraus wirken.

Obgleich es der Aktion ‚Verwüstung‘ gelang, zumindest regionale Affären auszulösen, hat sie ihre eigentlichen Ziele jedoch verfehlt.⁴⁴⁵ Die Anschuldigungen sorgten zwar durchaus für politischen Wirbel und brachten die Bundesregierung in Erklärungsnot, sie konnte dabei jedoch weder die Beziehungen zum wichtigsten Bündnispartner, den USA, noch zu den restlichen Alliierten verschlechtern.⁴⁴⁶ Eher zeigt die Reaktion in Washington, Paris und London, wie eng die westliche Staatengemeinschaft mittlerweile miteinander verflochten war. Im Gegensatz dazu wird ersichtlich, wie sehr sich die DDR von der internationalen Reputation der Bundesrepublik abhängig machte und sich zu keiner Zeit von ihr zu lösen vermochte. Auch die Tatsache, dass die HV A mit der Desinformationskampagne durch Zufall in eine sich verändernde politische Grundstimmung in Westdeutschland hinein operierte, weist auf, wie realitätsfern das SED-Regime Außenpolitik betrieb.

Auch hinsichtlich der Bundesrepublik konnte die vorliegende Studien einige weitere Blickwinkel ermöglichen: Wenngleich die Bonner Regierung um Willy Brandt und Egon Bahr mit einer deutsch-deutschen Verständigung begonnen hatte, zeigen die Planuntersuchungen der Bundeswehr für eine chemische Kriegführung auf, wie das Bundesverteidigungsministerium durchaus ihrem Auftrag nachkam, im Blickfeld des Kalten Krieges zur eigenen staatlichen Sicherheit beizutragen und der Politik Lösungsansätze für Situationen aufzuzeigen, die ein bestimmtes militärisches Handeln erforderten.⁴⁴⁷ Vielleicht führte die Kampagne bei den Verantwortlichen dazu, die eingeleitete Entspannungspolitik nunmehr mit Nachdruck zu forcieren. Aus dem bundesdeutschen Krisenmanagement wird darüber hinaus ersichtlich, wie wenig westdeutsche Behörden auf propagandistische Umtriebe aus dem Osten

⁴⁴⁵ Siehe hierzu beispielsweise die Anmerkung 142 und 143.

⁴⁴⁶ Zur Reaktion der westdeutschen Bündnispartner siehe S. 95f.

⁴⁴⁷ Zu Status quo hinsichtlich C-Waffen in der Bundesrepublik siehe S. 93f.

vorbereitet waren. Während staatliche Stellen erst Mitte 1969, also erst ein halbes Jahr nach Petras' Pressekonferenz, von einer gezielten Desinformationskampagne ausgingen, benötigten beispielsweise das Bundesamt für Verfassungsschutz und das Bundeskriminalamt fast ein Jahr, um zu Petras nennenswerte Ermittlungsergebnisse vorstellen zu können. Dennoch weist dies weniger auf die Inkompetenz staatlicher Stellen hin, sondern signalisiert, wie wenig Ost-Berlin bundesdeutsches Handeln tatsächlich zu tangieren vermochte.⁴⁴⁸ Dabei wird erkennbar, dass die westdeutsche Reaktion sich nicht bloß auf die Regierungsebenen beschränkte und sich stattdessen in mehrere Ebenen unterteilte. Bei einschlägigen Fernsehreportagen kamen unter anderem der Institutsleiter der Forschungseinrichtung in Graftschaft zu Wort, der die ostdeutschen Beschuldigungen nicht nur glaubhaft widerlegen konnte, sondern der DDR obendrein selbst vorwarf, ebenfalls Einrichtungen zu biologischen und chemischen Waffen zu unterhalten.⁴⁴⁹

Abschließend konnte die vorliegende Studie aufzeigen, dass die deutsch-deutsche Geschichte und insbesondere die DDR keineswegs ausgeforscht sind. Im Gegenteil: Zahlreiche Teilbereiche wie beispielsweise die Sozialpolitik oder Genderstudien zum MfS wurden bisher kaum bis gar nicht beleuchtet, weswegen sich der historischen Aufarbeitung der deutschen Nachkriegsgeschichte weiterhin fruchtbare Forschungsfelder offenbaren.⁴⁵⁰ Die Erstellung eines Gesamtüberblicks über ostdeutsche ‚aktive Maßnahmen‘ und Desinformationskampagnen ist die Geschichtswissenschaft bislang ebenso schuldig geblieben, wie eine Untersuchung zur Rolle chemischer Waffen für den Souveränitätsanspruch der damals noch jungen Bonner Republik.⁴⁵¹ Ein entsprechendes Korrelat zu Massenvernichtungswaffen in der DDR entsteht beispielsweise an der Universität Hamburg.⁴⁵² Die Ausführungen des Verteidigungsministers Gerhard Schröder, dass die politische Zustimmung gegeben sei, sich mit

⁴⁴⁸ Für die bundesdeutschen Reaktionen siehe S. 98f.

⁴⁴⁹ Zum ZDF-Interview siehe S. 89.

⁴⁵⁰ Zum Verweis Kowalczyks zur fehlenden Genderstudie zum MfS siehe Fußnote 354 auf S. 83.

⁴⁵¹ Angerer, *Chemische Waffen*, 1985; *Brauch/Schrempf*, *Giftgas*, 1982; *Kassapis*, *C-Waffen*, 1986; *Martinetz*, *Chemiewaffenverbot*, 1995, S. 200–229; *Marauhn*, *Chemiewaffen-Verzicht*, 1994; sowie *Gu*, *C-Waffen-Diskussion*, 1990.

⁴⁵² Diese Aussagen bekräftigte Prof. Dr. Stefan Kirschner von der Universität Hamburg gegenüber dem Verfasser (31.01.2020 10:43).

chemischer Kriegführung zu beschäftigen, lässt nur erahnen, welch immenses Potential einer entsprechenden Untersuchung zugrunde liegt.⁴⁵³

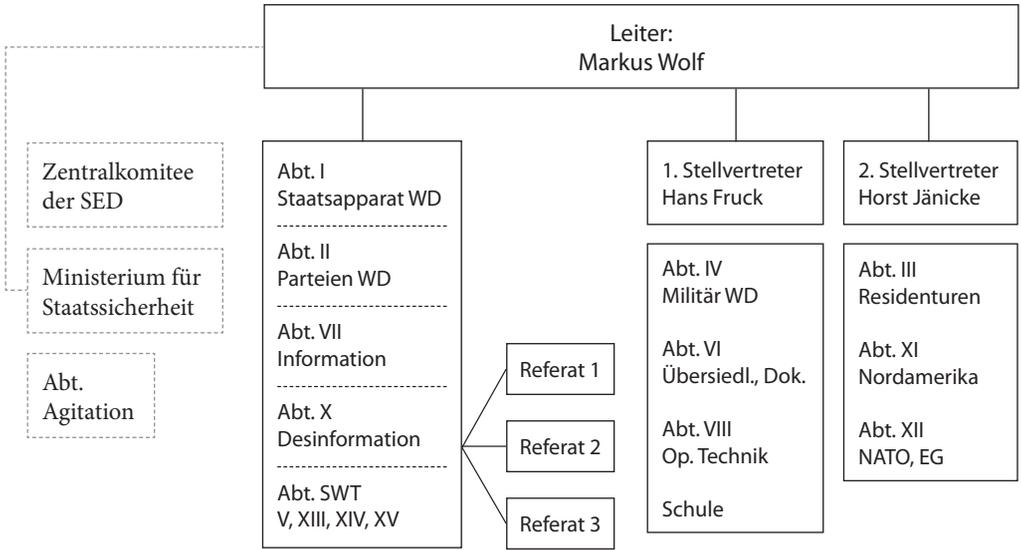
Gleiches gilt für die Aktion ‚Verwüstung‘, deren Betrachtung durch zahlreiche Aspekte erweitert werden kann. Demnach könnte ein Einblick in französische (WEU), britische und vor allem US-amerikanische und sowjetische Dokumente einen besseren Einblick darüber ermöglichen, wie eine etwaige bundesdeutsche Verfügungsgewalt über chemische Waffen bewertet wurde. Weiterhin bieten besonders die zahlreichen Parteiarchive (CDU, SPD, FDP), aber auch das Archiv der Außerparlamentarischen Opposition die Chance, einen innerdeutschen Diskurs zur Thematik zu führen. Interessant erscheint auch eine Analyse der Abteilung für psychologische Kriegführung des Verteidigungsministeriums, die im Jahr 1961 auf Weisung des damaligen Ministers Franz-Josef Strauß aufgestellt worden war. Initiierte vielleicht auch die Bundesrepublik Desinformationskampagnen gegen die DDR? Die von den Konkret-Journalisten Günter Wallraff und Jörg Heimbrecht ausgelöste Horst-Gärtner-Affäre bietet einen Anlass dazu, auch diverse Studierendenverbände sowie die 68er-Bewegung in die Analyse einfließen zu lassen.

⁴⁵³ Siehe dazu Anmerkung 394.

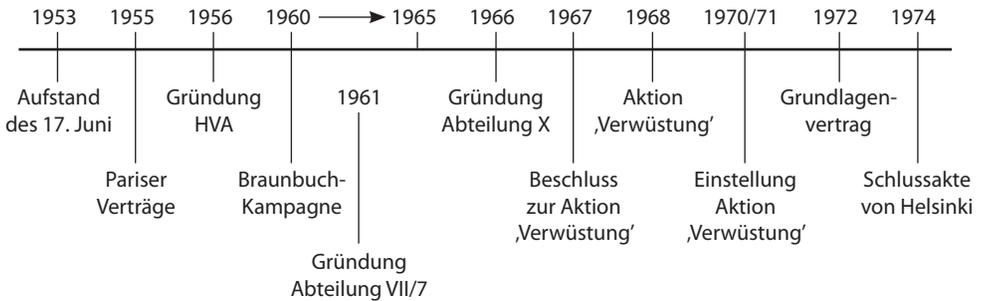
Anhang

Aktive Maßnahmen der HV A

bis 1970



Zeitspanne Aktion ‚Verwüstung‘



Quellenverzeichnis

Unveröffentlichte Quellen

Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaft:

ABBAW, VA-PA, Dr. Ehrenfried Petras
ABBAW, Erhard Geißler, Bestand Buch, Nr. A1603
Math. Habil. Nr. 175.1, Ehrenfried Petras

BW 1/283192
BW 1/318121
BW 1/318122
BW 1/34350
BW 1/368710
BW 1/368712
BW 1/402726
BW 1/49391
BW 1/49393
BW 1/49395
BW 1/49396
BW 1/575490
BW 2/8526

Bundearchiv Koblenz:

B 102/438180
B 106/203172
B 122/11254
B 126/69308
B 136/25193
B 136/27165
B 136/27173
B 136/6892
B 138/6668
B 196/7176

Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde:

DY 30, 68946
DY 30/ 40646
DY 30/ 42228
DY, 30/68946
DZ 9/2294
DZ 9/2436

Bundesarchiv Abt.-Militärarchiv Freiburg:

BH 2/1583
BH 2/1584
BH 2/1585
BH 24/2250
BM 1/5249
BW 1/106313
BW 1/112997
BW 1/234195
BW 1/25250
BW 1/25351
BW 1/25376

Stasi-Unterlagen-Archiv im Bundesarchiv:

BVfS Leipzig, Abt. KuSch 00477
JHS, Nr. 1475-83
JHS, Nr. 21805
MfS, AG XVII, Nr. 1136, Bl. 2-39
MfS, AGM, Nr. 3
MfS, AGM, Nr. 486
MfS, AOP, Nr. 135/86
MfS, AOP, Nr. 3073/71
MfS, AP, Nr. 9559/72
MfS, GH, Nr. 67/82
MfS, HA VI, Nr. 16181

MfS, HA XX, Nr. 2921
MfS, SdM, Nr. 1416
MfS, SdM, Nr. 1465
MfS, SdM, Nr. 1468
MfS, SdM, Nr. 1890
MfS, SdM, Nr. 286
MfS, ZA, SdM, Nr. 1921
MfS, ZA, SdM, Nr. 1558
MfS, ZAIG, Nr. 3967
MfS, ZAIG, Nr. 10628
MfS, ZAIG, Nr. 10629
MfS, ZAIG, Nr. 10631
MfS, ZAIG, Nr. 10633
MfS, ZAIG, Nr. 10637
MfS, ZAIG, Nr. 10871
MfS, ZAIG, Nr. 11724
MfS, ZAIG, Nr. 11725
MfS, ZAIG, Nr. 11727
MfS, ZAIG, Nr. 11728
MfS, ZAIG, Nr. 11739
MfS, ZAIG, Nr. 6979
Personenkartei F 16/ HV A zu Petras, Ehrenfried
Personenkartei F 22/ HV A zu Petras, Ehrenfried

Rundfunkarchiv:

Deutsches Rundfunkarchiv Fernsehbestand: ID 085274

Landesarchiv Schleswig-Holstein:

LASH Abt. 47 Nr. 2140
LASH Abt. 811 Nr. 16523
LASH Abt. 811 Nr. 21094
LASH Abt. 811 Nr. 21095
LASH Abt. 811 Nr. 21096
LASH Abt. 811 Nr. 21097

NATO-Archiv:

Nato Cosmic Top Secret – Record MC/CS 27, 5.1.1962.

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA-AA):

B 130, Bd. 1426A
B 130, Bd. 1427A
B 130, Bd. 1537A
B 130, Bd. 1968A
B 130, Bd. 537A
B 130, Bd. 573A
B 130, Bd. 877A
B 130, Bd. 976A
B 130, Bd. 978A
B 43, Bd. 107
B 43, Bd. 108
B 43, Bd. 186
B 43, Bd. 187
B 43, Bd. 188
B 43, Bd. 189
B 43, Bd. 193

Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages:

PA-DBT 3119 A5/5-Prot. 93

Universitätsarchiv Greifswald:

UAG, Math. Habil. Nr. 175.1, Ehrenfried Petras
UAG, Personalakten Aspiranten Nr. 81, Ehrenfried Petras

Universitätsarchiv Jena:

UAJ, Bestand Studentenakten, Nr. 19009

Veröffentlichte Quellen

- Befehl Nr. 14/66 von Erich Mielke an den Ministerrat der DDR, 28.5.1966, BArch, MfS, BdL-Dok., Nr. 1071.
Befehl Nr. 38/67 von Mielke an Ministerrat, BArch, BdL-Dok., Nr. 1170.
Befehl Nr. 38/67 von Erich Mielke an den Ministerrat der DDR, 15.12.1967, BArch, MfS, BdL-Dok., Nr. 1171.
Dienstabweisung Nr. 18/56, BArch, MfS, BdL-Dok., Nr. 2225.
Gesetzesblatt der DDR Nr. 15/1950.
Richtlinie 2/68 für die Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern im Operationsgebiet, BArch, MfS, BdL-Dok., Nr. 2534.
Richtlinie 2/79 für die Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern im Operationsgebiet, BArch, BdL-Dok., Nr. 3240.
Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 2. Wahlperiode 1953, Stenographische Berichte Bd. 26, Bonn 1955.

Zeitungen

- | | |
|--------------------------------|------------------------|
| Berliner Zeitung | Münchner Abendzeitung |
| BILD | National-Zeitung |
| Bonner Rundschau | Neue Zeit |
| BZ am Abend | Neues Deutschland |
| Der Morgen | New York Times |
| Der Tagesspiegel | Rundschau am Sonntag |
| DIE WELT | Stuttgarter Zeitung |
| Frankfurter Allgemeine Zeitung | Süddeutsche Zeitung |
| Frankfurter Rundschau | Tribüne |
| General-Anzeiger | Westfälische Rundschau |
| Junge Welt | |

Magazine

- | | |
|---------------------|---------------------|
| DDR Revue 2/69 | DER SPIEGEL 27/1978 |
| DER SPIEGEL 49/1968 | DER SPIEGEL 28/1978 |
| DER SPIEGEL 24/1978 | DER SPIEGEL 29/1991 |
| DER SPIEGEL 25/1978 | DER SPIEGEL 11/2006 |
| DER SPIEGEL 26/1978 | Konkret Nr. 21/1969 |

Konkret Nr. 22/1969
Konkret Nr. 5/1970
Konkret Nr. 7/1970

VDS Projektbereich Kriegsforschung
Info 2
VDS Projektbereich Kriegsforschung
Info 3

Literaturverzeichnis

- Amos, Heike*, SED-Deutschlandpolitik 1961 bis 1989. Ziele, Aktivitäten und Konflikte, Göttingen 2015.
- Amos, Heike*, Die Westpolitik der SED 1948/49–1961, Berlin 1999.
- Andrew, Christopher M./Gordievsky, Oleg*, KGB. Die Geschichte seiner Auslandsoperationen von Lenin bis Gorbatschow, München 1990.
- Angerer, Jo*, Chemische Waffen in Deutschland. Mißbrauch einer Wissenschaft, Darmstadt 1985.
- Bange, Oliver*, Die Außenpolitik der DDR. Plädoyer für ein vernachlässigtes Forschungsfeld, in: Archiv für Sozialgeschichte 44 (2004), S. 492-500.
- Bauerkämper, Arnd/Sabrow, Martin/Stöver, Bernd*, Doppelte Zeitgeschichte, Bonn 1998.
- Bäumer-Schleinkofer, Änne*, Die ABC-Waffenkampagne der DDR. Die Desinformationspolitik der Stasi über die westdeutsche C-B-Waffenforschung, in: Bäumer-Schleinkofer, Änne (Hrsg.), Die Westlinke und die DDR. Journalismus, Rechtsprechung und der Einfluss der Stasi in der DDR und der BRD, Frankfurt am Main u.a. 2005.
- Bell, Falko*, Britische Feindaufklärung im Zweiten Weltkrieg. Stellenwert und Wirkung der „Human Intelligence“ in der britischen Kriegführung 1939–1945, Paderborn 2016.
- Benz, Wolfgang*, Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland, München 2002.
- Beyer, Marcus*, Außenpolitische Deutungsverwaltung im SED-Regime. Das Institut für Internationale Beziehungen der DDR, Frankfurt am Main u.a. 2015.
- Bundesministerium des Innern* (Hrsg.), Erfahrungsbericht über die Beobachtungen der Ämter für Verfassungsschutz im Jahre 1968, Bonn 1969.
- Bundesministerium der Verteidigung* (Hrsg.) Weißbuch 1970. Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr.

- Boghardt, Thomas*, Operation Infektion. Soviet Bloc Intelligence and it's AIDS Disinformation Campaign, in: *Studies in Intelligence* 53 (2009), 2009, S. 1–24.
- Bohnsack, Günter*, Hauptverwaltung Aufklärung. Die Legende stirbt. Das Ende von Wolfs Geheimdienst, Berlin 1997.
- Bohnsack, Günter/Brehmer, Herbert*, Auftrag: Irreführung. Wie die Stasi Politik im Westen machte, Hamburg 1992.
- Booz, Rüdiger Marco*, Hallsteinzeit. Deutsche Außenpolitik 1955–1972, Bonn 1995.
- Brauch, Hans Günter/Schrempf, Alfred*, Giftgas in der Bundesrepublik Deutschland. Chemische und biologische Waffen, Frankfurt am Main 1982.
- Brehmer, Herbert*, Das Spiel der Dienste, in: Forschungsverband SED-Staat der Freien Universität Berlin, *Zeitschrift des Forschungsverbandes* 14/2003, S. 78–84.
- Brendecke, Arndt/Friedrich, Markus/Friedrich, Susanne*, Information als Kategorie historischer Forschung. Heuristik, Etymologie und Abgrenzung zum Wissensbegriff, in: *Brendecke, Arndt/ Friedrich, Markus/ Friedrich, Susanne* (Hrsg.), *Information in der Frühen Neuzeit. Status, Bestände, Strategien*, Berlin 2008, S. 11–44.
- Brünner, Thomas*, Public Diplomacy im Westen. Die Presseagentur Panorama DDR informiert das Ausland, Frankfurt am Main u.a. 2011.
- Bruns, Wilhelm*, Die Außenpolitik der DDR, Berlin 1985.
- Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik* (Hrsg.), *Stasi im Westen. Spionage in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin 1952 bis 1989*, Berlin 2017.
- Daalder, Ivo H.*, *The Nature and Practice of Flexible Response. NATO Strategy and Theater Nuclear Forces Since 1967*, New York 1991.
- Dertinger, Antje*, *Frauen der ersten Stunde*, Frankfurt am Main 1989.
- Diebel, Martin*, *Die Stunde der Exekutive. Das Bundesinnenministerium im Konflikt um die Notstandsgesetzgebung 1949–1968*, Göttingen 2019.
- Diedrich, Torsten*, *Waffen gegen das Volk. Der 17. Juni 1953 in der DDR*, München 2003.
- Diedrich, Torsten/Kowalczyk, Ilko-Sascha*, *Staatgründung auf Raten*, Berlin 2005.
- Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR* (Hrsg.), *Dr. Petras schlägt Alarm*, Berlin 1969.

- Droit, Emmanuel*, Geheimdienste. Zur verflochtenen Parallelgeschichte von Terrorismus, in: Reichherzer, Frank/Droit, Emmanuel/ Hansen, Jan C., Den Kalten Krieg vermessen. Über Reichweite und Alternativen einer binären Ordnungsvorstellung, Berlin u. a. 2018, S. 137–149.
- Duffield, John S.*, Power Rules. The Evolution of NATO'S Conventional Force Posture, Palo Alto 1995.
- Engelmann, Roger*, Die DDR im Blick der Stasi 1953. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, Göttingen 2003.
- Engelmann, Roger*, Diener zweier Herren. Das Verhältnis der Staatssicherheit zur SED und den sowjetischen Beratern 1950–1959, in: Süß, Walter/Suckut, Siegfried (Hrsg.), Staatspartei und Staatssicherheit 1997, S. 51–72.
- Engelmann, Roger*, Schild und Schwert der Partei als Exportartikel. Die Sowjets und der Aufbau der DDR-Geheimdienste, in: Krieger, Wolfgang (Hrsg.), Geheimdienste in der Weltgeschichte. Spionage und verdeckte Aktionen von der Antike bis zu Gegenwart, München 2003, S. 249–259.
- Engelmann, Roger*, Zur Westarbeit der Staatssicherheit in den fünfziger Jahren, in: Herbstritt, Georg/Müller-Enbergs, Helmut, Das Gesicht dem Westen zu. DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland, Bremen 2003, S. 143–152.
- Engelmann, Roger/Erker, Paul*, Annäherung und Abgrenzung. Aspekte deutsch-deutscher Beziehungen 1956-1969, München 1993.
- Engelmann, Roger/Fricke, Karl Wilhelm*, Konzentrierte Schläge. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953-1956, Berlin 1998.
- Engelmann, Roger/Halbrock, Christian/Joestel, Frank*, Vernichtung von Stasi-Akten. Eine Untersuchung zu den Verlusten 1989/90, Berlin 2020.
- Engelmann, Roger/Joestel, Frank*, Grundsatzdokumente des Ministeriums für Staatssicherheit, Berlin 2004.
- Faulenbach, Bernd/Jelich, Franz-Josef* (Hrsg.), Asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte, Essen 2005.
- Fiedler, Anke*, Medienlenkung in der DDR, Köln 2014.
- Florath, Bernd*, DDR im Blick der Stasi 1968, Göttingen 2018.
- Förster, Günter*, Bibliografie der Diplomarbeiten und Abschlußarbeiten an der Hochschule des MfS, Berlin 1998.
- Förster, Günter*, Die Dissertationen an der Juristischen Hochschule des MfS. Eine annotierte Bibliografie, Berlin 1994.
- Freedman, Lawrence*, The Evolution of Nuclear Strategy, New York 1981.
- Fricke, Karl-Wilhelm*, Die DDR-Staatssicherheit. Entwicklung, Strukturen, Aktionsfelder, Köln 1989.

- Fricke, Karl-Wilhelm*, MfS Intern. Macht, Strukturen, Auflösung der DDR Staatssicherheit, Köln 1991.
- Fricke, Karl-Wilhelm*, Ordinäre Abwehr-elitäre Aufklärung. Zur Rolle der Hauptverwaltung A im Ministerium für Staatssicherheit, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 50/97* (1997).
- Fricke, Karl-Wilhelm/Marquardt, Bernhard*, DDR-Staatssicherheit. Das Phänomen des Verrats. Die Zusammenarbeit zwischen MfS und KGB, Bochum 1995.
- Friedman, Tuvia*, Der Nazi-Minister Theo Oberländer begann als erster mit den Massen-Erschießungen der Juden in Lemberg, Anfang Juli 1941, Haifa 2004.
- Lord of Liverpool, Russell*, Geißel der Menschheit, Berlin 1956.
- Geißler, Erhard* (Hrsg.), Philosophische und Ethische Probleme der modernen Genetik. Veranstaltet von der Gesellschaft für reine und angewandte Biophysik der DDR, der Forschungsgruppe Mikrobengenetik der Sektion Biologie der Universität Rostock und der Sektion Marxistisch-Leninistisch Philosophie der Humboldt-Universität Berlin, Berlin 1972, S. 118–123.
- Geißler, Erhard*, Anthrax und das Versagen der Geheimdienste, Berlin 2003.
- Geißler, Erhard*, Biowaffen für die Bundeswehr? Dr. Petras und die Entlarvung der westdeutschen B-Waffen-Rüstung durch das MfS, in: *Forschungsverband SED-Staat der Freien Universität Berlin, Zeitschrift des Forschungsverbandes 14/2003*, 2005, S. 72–103.
- Geißler, Erhard*, Drosophila oder die Versuchung. Ein Genetiker der DDR gegen Krebs und Biowaffen, Berlin 2010.
- Gerick, Gunter*, SED und MfS. Das Verhältnis der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt und der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit 1961 bis 1989, Berlin 2013.
- Gieseke, Jens*, East German Espionage in the Era of Détente, in: *Journal of Strategic Studies 31* (2008), S. 395–424.
- Gieseke, Jens*, Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945-1990, Stuttgart u.a. 2001.
- Gieseke, Jens*, Die Stasi. 1945-1990, München 2003.
- Gieseke, Jens/Bahr, Andrea*, Die Staatssicherheit und die Grünen. Zwischen SED-Westpolitik und Ost-West-Kontakten, Berlin 2016.
- Gill, David/Schröter, Ulrich*, Das Ministerium für Staatssicherheit, Berlin 1991.
- Goldbeck, Markus*, Die Unterlagen des MfS und ihre spätere Nutzung. Zwischen Aufarbeitung und Instrumentalisierung, in: *Großböting, Thomas/Kittel, Sabine*, Welche Wirklichkeit und wessen Wahrheit, Göttingen 2019, S. 233–246.

- Gray, William Glenn*, Germany's Cold War. The Global Campaign to Isolate East Germany. 1949–1969 (The New Cold War History), Chappel Hill 2003.
- Grewe, Wilhelm*, Deutschlandvertrag, in: Weidenfeld, Werner/Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.), Handbuch zur deutschen Einheit. 1949–1989–1999, Frankfurt am Main u.a. 2003, S. 291–299.
- Großbölting, Thomas/Kittel, Sabine*, Welche Wirklichkeit und wessen Wahrheit? Methodische und quellenkritische Überlegungen zur Geheimdienst- und Repressionsforschung, in: Großböting, Thomas/Kittel, Sabine, Welche Wirklichkeit und wessen Wahrheit, Göttingen 2019, S. 7–18.
- Großmann, Werner*, Bonn im Blick. Die DDR-Aufklärungen aus der Sicht ihres letzten Chefs, Berlin 2007.
- Gu, Xuewu*, Die C-Waffen-Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland und ihre internationale Dimension, Bonn 1990.
- Hammerich, Helmut R.*, Stets am Feind. Der Militärische Abschirmdienst (MAD) 1956-1990, Göttingen 2019.
- Hammerich, Helmut R./Kollmer, Dieter H. /Rink, Martin /Schlaffer, Rudolf J.*, Das Heer 1950 bis 1970. Konzeption, Organisation und Aufstellung, München 2006.
- Heidemeyer, Helge*, Das Ministerium für Staatssicherheit und sein Verhältnis zur SED, in: Münkkel, Daniela (Hrsg.), Staatssicherheit. Ein Lesebuch zur DDR-Geheimpolizei, Berlin 2015, S. 10–18.
- Engelmann, Roger/Henke, Klaus-Dieter*, Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung, in: Francia 24/3 (1995), S. 322–323.
- Herbsttritt, Georg*, Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage. Eine analytische Studie, Göttingen 2007.
- Herbsttritt, Georg*, Entzweite Freunde. Rumänien, die Securitate und die DDR-Staatssicherheit 1950 bis 1989, Göttingen 2016.
- Herbsttritt/Müller-Engbergs* (Hrsg.), Das Gesicht dem Westen zu, Bremen 2003.
- Herbsttritt, Gerog/Stadelmann-Wenz, Elke*, Westarbeit in: Münkkel, Daniela (Hrsg.), Staatssicherheit. Ein Lesebuch zur DDR-Geheimpolizei, Berlin 2015, S. 139–151.
- Herman, Michael*, Intelligence Power in Peace and War, Cambridge 1996.
- Hirsch, Rudolf*, Der Markus-Wolf-Prozess, Eine Reportage, Berlin 1994.
- Holzweißig, Gunter*, Medienlenkung in der SBZ/DDR, in: Vierteljahreshefte für Kommunismusforschung 39 (1994), S. 58–71.
- Holzweißig, Gunter*, Die schärfste Waffe der Partei, Köln 2002.

- Jackson, Peter*, Historical Reflections and the Uses and Limits of Intelligence, in: Intelligence and Statecraft, München 2005, S. 11–51.
- Jakob, Bernd*, Geheime Nachrichtendienste und Globalisierung. Der Faktor „Intelligence“ zwischen staatenweltlicher Bedrohungsanalyse und weltgesellschaftlicher Risikoperzeption, Frankfurt am Main 1999.
- Jaster, David/Lanius, Romy*, Die Wahrheit schafft sich ab. Wie Fake News Politik machen. Ditzingen 2019.
- Jenkins, Helmut*, Der Freikauf von DDR-Häftlingen, Berlin 2012.
- Jessen, Ralpf*, Professoren im Sozialismus. Aspekte des Strukturwandels der Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära, in: Kaelble, Hartmut (Hrsg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 217–254.
- Judt, Matthias*, DDR-Geschichte in Dokumente. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse (Forschungen zur DDR-Gesellschaft), Berlin 1997.
- Kaiser, Monika*, Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker, Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962–1972, Berlin 1997.
- Kassapis, Georg*, C-Waffen. Der völkerrechtliche Hintergrund der Genfer Verhandlungen über ihre Eliminierung, München 1986.
- Keil, Lars-Broder/Kellerhoff, Sven Felix*, KZ-Baumeister. Die Kampagnen gegen Bundespräsident Heinrich Lübke 1964 bis 1969, in: Fake News machen Geschichte. Gerüchte und Falschmeldungen im 20. und 21. Jahrhundert, Berlin 2017, S. 113–132.
- Kent, Sherman*, Strategic Intelligence, Princeton 1949.
- Killian, Werner*, Die Hallstein-Doktrin. Der diplomatische Krieg zwischen der BRD und der DDR 1955–1973. Aus den Akten der beiden deutschen Außenministerien, Berlin 2001.
- Kirschner, Stefan/Johannsen, Stefan*, Das Institut für Aerobiologie der Fraunhofer-Gesellschaft und die Verteidigungsforschung in den 1960er Jahren, Augsburg 2006.
- Kirschner, Stefan/Johannsen, Stefan*, Ehrenfried Petras, East German Spy, and the late 1960s West German Biological and Chemical Weapons Affair, in: Forschungsverband SED-Staat der Freien Universität Berlin, Zeitschrift des Forschungsverbandes 132/2012, S. 122–134.
- Kleßmann, Christoph*, Das geteilte Deutschland und die Westarbeit der DDR im Ruhrgebiet, Essen 2012.
- Knabe, Hubertus*, Der diskrete Charme der DDR, Stasi und Westmedien, Berlin 2001.
- Knabe, Hubertus*, Die Stasi als Problem des Westens, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) B 50/97 (1997).

- Knabe, Hubertus*, Die Täter sind unter uns. Über das Schönreden der SED-Diktatur, Berlin 2009.
- Knabe, Hubertus*, Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, Berlin 1999.
- Knabe, Hubertus*, West-Arbeit des MfS. Das Zusammenspiel von Aufklärung und Abwehr, Berlin 1999.
- Koch, Alexander*, Häftlingsfreikauf. Eine deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte, München 2014.
- Koelges, Barbara*, Der Demokratische Frauenbund. Von der DDR-Massenorganisation zum modernen politischen Frauenverband, Wiesbaden 2001.
- Konopatzky, Stephan*, Möglichkeiten und Grenzen der SIRA-Datenbanken, in: Herbstritt, Georg/Müller-Enbergs, Helmut, Das Gesicht dem Westen zu. DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland, Bremen 2003, S. 112–118.
- Kopp, Horst*, Der Desinformant. Erinnerungen eines DDR-Geheimdienstlers, Berlin 2016.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha*, 17. Juni 1953. Geschichte eines Aufstandes, München 2013.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha*, 17. Juni 1953. Volksaufstand in der DDR. Ursachen, Abläufe, Folgen, 2003.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha*, Stasi konkret. Überwachung und Repression in der DDR 2013.
- Krähnke, Uwe*, Im Dienst der Staatssicherheit. Eine soziologische Studie über die hauptamtlichen Mitarbeiter des DDR-Geheimdienstes, Frankfurt am Main 2017.
- Krause, Joachim/Mallory, Charles*, Chemische Waffen in der Militärdoktrin der Sowjetunion. Historische Erfahrungen und militärische Lehren 1919–1991, Baden-Baden 1993.
- Krieger, Wolfgang* (Hrsg.), Adenauer und die Wiederbewaffnung, Bonn 2000.
- Krieger, Wolfgang*, Geschichte der Geheimdienste. Von den Pharaonen bis zur NSA, München 2014.
- Krüger, Dieter/Hoffenaar, Jan*, Blueprints for Battle. Planning for War in Central Europe. 1948–1968, Lexington 2012.
- Kugler, Richard L.*, Commitment to Purpose. How Alliance Partnership Won the Cold War, Santa Monica 1993.
- Kühn, Detlef*, Mit chemischen und publizistischen Waffen. Wie die DDR die Vorbereitungen eines Giftkrieges erfand, in: Forschungsverband SED-Staat der Freien Universität Berlin, Zeitschrift des Forschungsverbandes 15/2004, S. 107–113.

- Leide, Henry*, NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR, Göttingen 2006.
- Lemke, Michael*, SED-Kampagnen gegen Bonn 1960–1963, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 41 (1993), S. 153–175.
- Link, Werner*, Die Entstehung des Moskauer Vertrages im Lichte neuer Archivalien, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 49 (2001), S. 295–315.
- Lokatis, Siegfried*, Der rote Faden. Kommunistische Parteigeschichte und Zensur unter Walter Ulbricht, Köln 2003.
- Lutsch, Andreas*, Westbindung oder Gleichgewicht? Die nukleare Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland zwischen Atomwaffensperrvertrag und NATO-Doppelbeschluss, München 2019.
- Mählert, Ulrich*, Die Freie Deutsche Jugend 1945–1949. Von den Antifaschistischen Jugendausschüssen zur SED-Massenorganisation, Paderborn 1995.
- Mählert, Ulrich/Stephan, Gerd-Rüdiger*, Blaue Hemden-Rote Fahnen, Wiesbaden 1996.
- Maibaum, Werner*, Geschichte der Deutschlandpolitik, Bonn 1998.
- Marauhn, Thilo*, Der deutsche Chemiewaffen-Verzicht. Rechtsentwicklungen seit 1945, Berlin 1994.
- Martinetz, Dieter*, Vom Giftfeil zum Chemiewaffenverbot. Zur Geschichte der chemischen Kampfmittel, Frankfurt am Main 1995.
- Marxen, Klaus/Werle, Gerhard* (Hrsg.), Strafjustiz und DDR-Unrecht. Dokumentation, Band 4., Berlin 2004.
- Mastny, Vojtech*, War Plans and Alliances in the Cold War. Threat Perceptions in the East and West, Abingdon 2006.
- Mey, Holger H.*, NATO-Strategie vor der Wende. Die Entwicklung des Verständnisses nuklearer Macht im Bündnis zwischen 1967 und 1990, Baden-Baden 1992.
- Michels, Eckhard, Guillaume*, der Spion. Eine deutsch-deutsche Karriere, Berlin 2013.
- Mitrokhin, Vasily*, KGB Lexicon, 2002. The Soviet Intelligence Officer's Handbook, London u.a. 2002.
- Mittler, Günther R.*, Geschichte im Schatten der Mauer, Paderborn 2012.
- Mönninghoff, Martin*, Hettstedt ruft Münster. Westarbeit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Bezirk Halle und in Nordrhein-Westfalen (1956-1970), Münster 1998.
- Müller, Michael L.*, Die DDR war immer dabei. SED, Stasi & Co. und ihr Einfluss auf die Bundesrepublik, München 2010.
- Müller-Enbergs, Helmut* (Hrsg.), Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 2: Anleitung für die Arbeit mit Agenten,

- Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1998.
- Müller-Enbergs, Helmut*, Das Institut für Wirtschaftswissenschaftliche Forschung und die Anfänge der DDR-Spionage. Strukturelle und personelle Weichenstellung 1951 bis 1956, Berlin 2010.
- Müller-Enbergs, Helmut* (Hrsg.), Rosenholz. Eine Quellenkritik, Berlin 2007.
- Müller-Enbergs, Helmut*, Was wissen wir über die DDR-Spionage, in: Herbstritt, Georg/Müller-Enbergs, Helmut, Das Gesicht dem Westen zu. DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland, Bremen 2003, S. 34–72.
- Müller-Enbergs, Helmut*, Wilhelm Zaisser (1893-1958). Vom königlichen-preußischen Reserveoffizier zum ersten Chef des MfS, in: Krüger, Dieter, Wagner, Armin (Hrsg.), Konspiration als Beruf. Deutsche Geheimdienstchefs im Kalten Krieg, Berlin 2003, S. 237–263.
- Münkel, Daniela*, Kampagnen, Spione, geheime Kanäle. Die Stasi und Willy Brandt, Berlin 2013.
- Neubert, Ehrhart*, Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, Berlin 1998.
- Niedhart, Gottfried*, Entspannung in Europa. Die Bundesrepublik Deutschland und der Warschauer Pakt 1966 bis 1975, München 2014.
- Nübel, Christoph* (Hrsg.), Dokumente zur deutschen Militärgeschichte 1945–1990, Berlin 2019.
- Obermaier, Frederik*, Sex, Kommerz und Revolution. Vom Aufstieg und Untergang der Zeitschrift ‚Konkret‘ (1957–1973), Marburg 2011.
- Petrov, Nikita*, Die sowjetischen Geheimdienstmitarbeiter in Deutschland. Der leitende Personalbestand der Staatssicherheitsorgane der UdSSR in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschland und der DDR von 1945–1954. Biografisches Nachschlagewerk, Berlin 2010.
- Pfeil, Ulrich* (Hrsg.), DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949–1989, Berlin 2001.
- Pittwald, Michael*, Zur Entwicklung völkischen Denkens in der deutschen Arbeiterbewegung. Der Nationalrevolutionär Ernst Niekisch, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 32 (1996), S. 3–22.
- Pittwald, Michael*, Ernst Niekisch. Völkischer Sozialismus, nationale Revolution, deutsches Endimperium, Köln 2002.
- Potthoff, Heinrich*, Bonn und Ost-Berlin 1969–1982. Dialog auf höchster Ebene und vertrauliche Kanäle. Darstellung und Dokumente, Bonn 1997.
- Potthoff, Heinrich*, Im Schatten der Mauer. Deutschlandpolitik 1961 bis 1990, Berlin 1999.

- Reichenbach, Alexander*, Chef der Spione. Die Markus-Wolf-Story, Stuttgart 1992.
- Richter, Peter/Rösler, Klaus*, Wolfs-West-Spione. Ein Insider-Report, Berlin 1992.
- Ritter, Falko*, Die geheimen Nachrichtendienste der Bundesrepublik Deutschland, Heidelberg 1989.
- Rödter, Andreas*, Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990, München 2004.
- Roewer, Helmut/Schäfer, Stefan/Uhl, Matthias*, Lexikon der Geheimdienste im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2003.
- Röhl, Bettina*, So macht Kommunismus Spaß! Ulrike Meinhof, Klaus Rainer Röhl und die Akte Konkret, Hamburg 2006.
- Romerstein, Herbert*, Disinformation as a KGB Weapon in the Cold War, in: *The Journal of Intelligence History* 1 (2001), S. 54–67.
- Roth, Margit*, Innerdeutsche Bestandsaufnahme der Bundesrepublik 1969–1989. Neue Deutung, Berlin 2013.
- Scheler, Werner/Oehme, Peter*, Zwischen Arznei und Gesellschaft. Zum Leben und Wirken des Friedrich Jung, Berlin 2002.
- Schlaffer, Rudolf J.*, Der Wehrbeauftragte 1951 bis 1985. Aus Sorge um die Soldaten, München 2006.
- Schlomann, Friedrich W.*, Die Maulwürfe. Die Stasi-Helfer im Westen sind immer noch unter uns, Berlin 1993.
- Schlomann, Friedrich W.*, Operationsgebiet Bundesrepublik. Spionage, Sabotage und Subversion, Frankfurt am Main u.a. 1989.
- Schmaltz, Florian*, Kampfstoff-Forschung im Nationalsozialismus. Zur Kooperation von Kaiser-Wilhelm-Instituten Militär und Industrie, Göttingen 2005.
- Scholtz, Joachim*, Die Außenpolitik der DDR, München 2003.
- Scholz, Michael F.*, Active measures and disinformation as part of East Germanys propaganda war, 1953-1972, in: Friis, Thomas Wegener/Macrakis, Kristie/Müller-Enbergs, Helmuert, East German foreign intelligence, London u.a. 2010, S. 113–133.
- Schulenberg, Wolfgang*, Top-Spion oder Opfer der deutsch-deutschen Wiedervereinigung? Der Abgeordnete Gerd Löffler zwischen DDR-Geheimdienst und Hamburger CDU, Frankfurt am Main 2015.
- Selvage, Douglas/Nehring, Christopher*, Die AIDS-Verschwörung. Das Ministerium für Staatssicherheit und die AIDS-Desinformationskampagne des KGB, Berlin 2010.

- Selvage, Douglas/Süß, Walter*, Staatssicherheit und KSZE-Prozess. MfS zwischen SED und KGB (1972–1989), Göttingen 2019.
- Siebenmorgen, Peter*, Staatssicherheit der DDR, Bonn 1993.
- Spernol, Boris*, Notstand der Demokratie, Essen 2008.
- Staatd, Jochen*, Die geheime Westpolitik der SED 1960–1970. Von der gesamtdeutschen Orientierung zur sozialistischen Nation, Berlin 1993.
- Staatd, Jochen/Voigt, Tobias/Wolle, Stefan*, Operation Fernsehen. Die Stasi und die Medien in Ost und West, Göttingen 2008.
- Staatsverlag DDR* (Hrsg.), Bonn bereits Giftkrieg vor, Berlin 1969.
- Stiller, Werner*, Im Zentrum der Spionage, Mainz 1986.
- Sturm, Daniel F.*, Metternich in Moskau. Egon Bahrs Wandel durch Annäherung, in: Deutschland Archiv 42/5 (2009), S. 841–846.
- Suckut, Siegfried*, Probleme mit dem großen Bruder, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 3 (2010), S. 403–439.
- Sun Tzu*, Kunst des Krieges, Darmstadt 2013.
- Süß, Walter*, Schild und Schwert. Das Ministerium für Staatssicherheit und die SED, in: Henke, Klaus-Dieter/Engelmann, Roger, Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung, Berlin 1995, S. 83–97.
- Taplin, Winn L.*, Six general Principles of Intelligence, in: International Journal of Intelligence and CounterIntelligence ¾ (1989), S. 475.
- Thoß, Bruno*, NATO-Strategie und nationale Verteidigungsplanung. Planung und Aufbau der Bundeswehr unter den Bedingungen einer massiven atomaren Vergeltungsstrategie 1952-1960, München 2006.
- Timmermann, Heiner* (Hrsg.), Deutschlandvertrag und Pariser Verträge. Im Dreieck von Kaltem Krieg, deutscher Frage und europäischer Sicherheit, Münster 2003.
- Tomes, Robert R.*, US Defense Strategy from Vietnam to Operation Iraqi Freedom. Military innovation and the new American way of war, 1973–2003, New York 2007.
- Trischler, Helmuth/vom Bruch, Rüdiger*, Forschung für den Markt. Geschichte der Fraunhofer-Gesellschaft, München 1999.
- von Flocken, Jan/Scholz, Michael F.*, Ernst Wollweber, Berlin 1994.
- von Weizsäcker, Ernst U.*, BC-Waffen und Friedenspolitik, Stuttgart 1972.
- Wachs, Philipp-Christian*, Der Fall Theodor Oberländer (1905–1998). Ein Lehrstück Deutscher Geschichte, Frankfurt am Main 2000.
- Walsh, David M.*, The Military Balance in the Cold War. US perceptions and policy 1976-85, Abingdon 2007.

- Wentker, Hermann*, Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System, München 2007.
- Wettig, Gerhard*, Sowjetische Deutschlandpolitik 1953 bis 1958. Korrekturen an Stalins Erbe, Chruschtschows Aufstieg und der Weg zum Berlin-Ultimatum, München 2003.
- Wölbern, Jan P.*, Der Häftlingsfreikauf aus der DDR, 1962/63–1989. Zwischen Menschenhandel und humanitären Aktionen, Göttingen 2014.
- Wolf, Markus*, Spionagechef im geheimen Krieg. Erinnerungen, München 1997.
- Zubok, Vladislav*, Der sowjetische Geheimdienst in Deutschland und die Berlinkrise 1958–61, in: Krieger; Weber (Hrsg.), Spionage für den Frieden? Nachrichtendienste in Deutschland während des Kalten Krieges, München 1997, S. 121–143.

Nachschlagewerke

Archiv der Gegenwart.

Bulletin des Presse- und Informationsamtes 1968, Nr. 159.

Bulletin des Presse- und Informationsamtes 1969, Nr. 109.

Bundesgesetzblatt 1955.

Engelmann, Roger/Florath, Bernd/Heidemeyer, Helge/Münkel, Daniela/Polzin, Arno/Siß, Walter (Hrsg.), Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR, Berlin 2016.

Europa-Archiv 1954.

Reichsgesetzblatt 1929, Teil II.

Suckut, Siegfried, Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur politisch-operativen Arbeit, Berlin 2001.

Internetlinks

http://archiv.ub.uni-heidelberg.de/volltextserver/21918/3/Disseration_Nehring_zumDruck.pdf

<http://www.nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0292-97839421302024>

https://archive.org/stream/braunbuchBRD/braunbuch_djvu.txt

<https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2018/Streng-geheim-Deutsche-Chemieaffenplaene-im-Kalten-Krieg,giftwaffen100.html>

<https://www.baainbw.de/portal/a/baain/start>

<https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/187440/jenseits-von-zahlen-ueberlegungen-zur-staatssicherheit-der-ddr-an-westuniversitaeten>

<https://www.stasi-unterlagen-archiv.de/informationen-zur-stasi/publikationen/publikation/hauptverwaltung-a-hv-a-1/>

<https://www.stasi-unterlagen-archiv.de/mfs-lexikon/detail/abteilung-agitation/>

https://www.focus.de/auto/neuheiten/affaere-anruf-von-wallraff_aid_170660.html

<https://www.geschichte.hu-berlin.de/de/bereiche-und-lehrstuehle/gewest/personen/1692029>

<https://www.gesetze-im-internet.de/stug/index.html>

https://www.ime.fraunhofer.de/de/ueber_das_institut/Geschichte.html

<https://www.spiegel.de/geschichte/ddr-ausreiser-armin-petras-ich-bin-ein-deutsch-deutscher-zwitter-a-1282939.html>

<https://www.welt.de/print-welt/article442646/Die-Stasi-und-die-nuetzlichen-Idioten.html>

<https://www.wilsoncenter.org/blog-post/operation-denver-kgb-and-stasi-disinformation-regarding-aids>

<https://www.zdf.de/dokumentation/zdfzeit/zdfzeit-30-jahre-mauerfall--joachim-gaucks-suche-nach-der-einheit-100.html>

Plante die Bundesrepublik nur 20 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs eine erneute europäische Grenzrevision? Sollten dabei sogar biologische und chemische Waffen eingesetzt werden? Bonenkamps bahnbrechende Recherche zeigt auf, wie sehr Desinformationskampagnen Teil der deutsch-deutschen Auseinandersetzung im Kalten Krieg waren. Als einen Versuch Ost-Berlins, den westlichen Klassenfeind international zu diskreditieren, steht die Aktion „Verwüstung“ des Ministeriums für Staatssicherheit im Mittelpunkt dieses Buches. Die Kampagne zeigt auf, wie sehr die Verantwortlichen in der DDR um staatsrechtliche Anerkennung bemüht waren und welche enorme Mittel dafür mobilisiert wurden. Dabei stützt sich die Untersuchung auf zahlreiche Originalakten.

Daniel R. Bonenkamp ist Doktorand an der Westfälische Wilhelms-Universität Münster.



UNIVERSITY OF TARTU
Press

